

aep

informationen

Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft

netzwerk
geschlechter
forschung

ERWERBSLEBEN NEU DENKEN

Perspektiven in Zeiten der Finanzkrise

Dokumentation der Tagung des Vereins Netzwerk Geschlechterforschung
am 29./30. Juni 2012 im Künstlerhaus Büchsenhausen in Innsbruck

Liebe Leserinnen und Leser,

Praxis mit Theorie verbinden – wissenschaftliche Erkenntnisse, die Fragestellungen des alltäglichen Lebens behandeln, weitergeben und aus dem Elfenbeinturm der Universität herausholen – dies hat sich der Verein Netzwerk Geschlechterforschung unter anderem zur Aufgabe gemacht. So finden Sie in diesem Heft die Dokumentation einer Tagung, die im Juni 2012 in Innsbruck stattgefunden hat: Eine Tagung, die sich die Frage stellte, inwieweit die aktuelle Finanz- und daraus resultierende Euro- und Schuldenkrise auch Chancen für eine grundlegende Veränderung im Geschlechterverhältnis bringen kann. Wird es nach der Krise ein „Erwerbsleben neu“ geben oder wird die Krise tradierte Geschlechterverhältnisse weiter zementieren?

Unsere Zeitschrift hat schon früher über Tagungen berichtet und diese zu Dokumentationen zusammengefasst; wir wollen und wollten damit Erkenntnisse der wissenschaftlichen Forschung einem breiteren Publikum zugänglich machen, insbesondere solche wissenschaftlichen Erkenntnisse, die Praxisfragen mit Wissen verbinden. Wir meinen, die hier vorliegenden Vorträge und Kommentare erfüllen in spannender Weise diese Voraussetzungen.

Wie gewohnt stellen wir Ihnen, wie in jedem Heft, eine Menge interessanter Bücher vor und auch unsere kurzen Meldungen müssen Sie nicht vermissen.

Judith Klemenc und Monika Jarosch von der Redaktion

Verein Netzwerk Geschlechterforschung (Hg.) Erwerbsleben neu denken! Perspektiven in Zeiten der Finanzkrise. Tagungsdokumentation. AEP-Informationen, feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, 4/2012, Innsbruck

Sonderredaktion: Elisabeth Grabner-Niel, Marion Jarosch, Ruth Mayr, Mathilde Schmitt, Itta Tenschert, Barbara Wildauer

IMPRESSUM

Herausgeber und Verleger: Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft, Müllerstraße 26, 6020 Innsbruck

Für den Inhalt verantwortlich: die Redaktion – Grafik: büro54 – Druck: dps Arnold

Die in den namentlich gekennzeichneten Artikeln vertretenen Meinungen müssen nicht identisch sein mit denen der Redaktion.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 31.10.2012. Die nächste Ausgabe der AEP-Informationen erscheint Anfang März 2013 –

Redaktionsschluss hierfür ist der 31.1.2013

Redaktion: Monika Jarosch, Judith Klemenc

Fotos: Verein Netzwerk Geschlechterforschung

Titelbild: Verena Grießer

Offenlegung nach dem Mediengesetz:

Medieninhaber und Verleger: AEP (s. Impressum). Die AEP-Informationen sind eine feministische Zeitschrift, die zur Auseinandersetzung mit der patriarchalen Mitwelt und zum Widerspruch anregen wollen. Sie möchten dazu beitragen, die widerständigen Kämpfe von Frauen zu dokumentieren und die vielfältigen Existenzweisen von Frauen sowie die Freiräume, die sich Frauen immer schaffen und geschaffen haben, sichtbar zu machen. Unser Anspruch ist es, Hierarchien in den Geschlechterverhältnissen aufzudecken sowie der Marginalisierung und Diskriminierung von Frauen und den gewalttätigen Strukturen in Ökonomie, Politik und Gesellschaft entgegenzuwirken. Damit wenden sich die AEP-Informationen gegen alle Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse, die weibliche Lebensmöglichkeiten einschränken und streben eine umfassende Veränderung des von Herrschaft gekennzeichneten Geschlechterverhältnisses an.

INHALTSVERZEICHNIS

	Editorial	2
VEREIN NETZWERK		
GESCHLECHTERFORSCHUNG	Theorie und Praxis der Geschlechterforschung trafen sich im Künstlerhaus	4
ERNA APPELT	ERWERBSLEBEN NEU DENKEN! Perspektiven in Zeiten der Finanzkrise. Eine Tagung des Innsbrucker Vereins „Netzwerk Geschlechterforschung“ im Künstlerhaus Büchsenhausen, Innsbruck, am 29./30. Juni 2012	6
MIEZE MEDUSA	Hoch! Die! Internationalalalalalalalaaaa	8
GABRIELE MICHALITSCH	Über-Arbeiten und Über-Leben: Krise, Krisenpolitik und feministische Alternativen.	10
SILKE ÖTSCH	Ein Schritt Symbolpolitik und drei Schritte zurück. Kommentar zu: Gabriele Michalitsch: Über-Arbeiten und Über-Leben: Krise, Krisenpolitik und feministische Alternativen	14
ERICH LEHNER	Männliche Care Arbeit – ein Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit	17
MARIA A. WOLF	Kommentar zu Erich Lehner: Männliche Care Arbeit	21
BARBARA STIEGLER	Care Arbeit: Neu bewerten – Neu verteilen – Neu gestalten	25
EVA FLEISCHER	Care Arbeit in Österreich. Kommentar zu Barbara Stiegler: Care Arbeit: Neu bewerten – Neu verteilen – Neu gestalten	29
MARGIT APPEL	Mehr Einkommen, weniger Arbeit? Eine geschlechterkritische Bewertung des bedingungslosen Grundeinkommens	32
MAX PREGLAU	Kommentar zu Margit Appel: Mehr Einkommen, weniger Arbeit? Eine geschlechterkritische Bewertung des bedingungslosen Grundeinkommens	35
MATHILDE SCHMITT	Anagramm: Erwerbsleben neu denken	37
REZENSIONEN	40
BÜCHERTISCH ZUM THEMA IN DER AEP-FRAUENBIBLIOTHEK		55
KURZMELDUNGEN		



Vorstand des Vereins sowie ReferentInnen der Tagung „Erwerbsleben neu denken“ am 29./30. Juni 2012 im Künstlerhaus Büchsenhausen in Innsbruck. V. l. Maria Wolf, Erich Lehner, Erna Appelt, Silke Ötsch, Gabriele Michalitsch, Max Preglau, Barbara Stiegler, Margit Appel, Eva Fleischer, Angelika Ritter-Grepl, Itta Tenschert und Marion Jarosch.

THEORIE UND PRAXIS DER GESCHLECHTERFORSCHUNG TRAFEN SICH IM KÜNSTLERHAUS

VEREIN NETZWERK GESCHLECHTERFORSCHUNG



Bei der ersten Tagung des Vereins „Netzwerk Geschlechterforschung“ am 29./30. Juni 2012 im Künstlerhaus Büchsenhausen in Innsbruck widmeten sich ca. 60 TeilnehmerInnen über zwei Tage intensiv der Frage, inwieweit die aktuelle Finanz- und daraus resultierende Euro- und Schuldenkrise auch Chancen für eine Veränderung im Geschlechterverhältnis bringen kann. Wird es nach der Krise ein „Erwerbsleben neu“ geben oder wird die Krise tradierte Geschlechterverhältnisse weiter zementieren?

Die erste Referentin der Tagung im Künstlerhaus Büchsenhausen in Innsbruck, Dr.ⁱⁿ **Gabriele Michalitsch**, umriss die Krise als Mehrfach-Krise – Krise der Ökonomie, des Sozialen und der Arbeit – und stellte fest, dass nach der jüngsten Finanzkrise die neo-liberale Politik fortgesetzt wurde, gekennzeichnet durch Maßnahmen wie Privatisierungen, Kürzungen staatlicher Leistungen, Hinnahme der ungleichen Verteilung von Vermögen und Einkommen und Abbau von ArbeitnehmerInnen-Rechten. Es han-

delt sich dabei um Maßnahmen, die Frauen in höherem Maße treffen als Männer. Dieser wachsende Druck auf Frauen bleibt aber durchwegs unbeachtet, weil Haus-, Pflege- und Versorgungsarbeit nach wie vor als Privatsache gelten.

Geschlechterforschung befasst sich damit, wie gesellschaftliche Veränderungen auf Frauen und Männer bzw. auf das Verhältnis zwischen den (sozialen) Geschlechtern wirken. Einen besonderen Stellenwert nimmt dabei der gesamte Betreuungs- und Pflegebereich ein, der in den letzten Jahren neue Anforderungen und eine rasante Entwicklung erfährt.

Drei ReferentInnen der Tagung stellten den aktuellen Forschungsstand vor und thematisierten die „Auswirkungen der Krise“ aus unterschiedlichen Blickwinkeln und Betrachtungsweisen. **Erich Lehner** bereicherte das Tagungsthema mit interessanten Aspekten aus der aktuellen Männerforschung, **Barbara Stiegler** stellte konkrete Modelle vor, die im Pflege- und Versorgungsbereich in Deutschland gerade angestrebt werden. Einiges da-

von ist in Österreich und speziell in Tirol bereits in ersten Ansätzen umgesetzt. **Margit Appel** schloss die Tagung mit einem interessanten Blick auf das in jeder Krise von verschiedensten Seiten immer wieder ins Gespräch gebrachte Modell eines „bedingungslosen Grundeinkommens“, das auch in der aktuellen Finanz- und Schuldenkrise wieder interessante Lösungsmöglichkeiten für eine nachhaltige Grundsicherung anvisiert.

Das Fazit der Tagung: Krisen beschleunigen Veränderungen! Die aktuelle Krise verschärft die Lebenssituation vieler Frauen (und auch Männer). Sie birgt aber auch die Chance zu Neuausrichtungen und einer Infragestellung der gegenwärtigen Wirtschaft und Politik.

Obfrau des veranstaltenden Vereins „Netzwerk Geschlechterforschung“, Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Erna Appelt**, ist Leiterin der Forschungsplattform Geschlechterforschung an der Universität Innsbruck und befasst sich speziell mit dem Bereich „Care Arbeit“. Als Obfrau des Vereins liegt ihr besonders die Vermittlung von wissenschaftlich erarbeitetem Wissen über Geschlechterverhältnisse an eine breite Öffentlichkeit am Herzen.

Erna Appelt: „Der Verein ‚Netzwerk Geschlechterforschung‘ wurde im Jahr 2011 mit der Zielsetzung gegründet, Theorie und Praxis aus dem Bereich Geschlechterforschung über verschiedene Austauschmöglichkeiten, von ExpertInnendatenbank über Veranstaltungen und Tagungen einander näher zu bringen. Die erste Tagung Ende Juni 2012 in Innsbruck stieß auf großes Interesse von Frauen und auch einigen wenigen Männern aus verschiedenen Einrichtungen, Organisationen, der Wirtschaft und der Uni-

versität. Der Netzwerkgedanke des Vereins wurde bereits bei der ersten Veranstaltung von den TeilnehmerInnen sehr positiv aufgenommen – PraktikerInnen holten sich bei den WissenschaftlerInnen Wissen und Theorie, die WissenschaftlerInnen erlebten in der Diskussion Fragen und aktuelle Problemstellungen der PraktikerInnen.“

Weitere, regelmäßig aktualisierte Informationen und eine ExpertInnendatenbank zu verschiedenen Themenbereichen stehen auf der Homepage **www.netzwerkgeschlechterforschung.wordpress.com** zur Verfügung.

Der Verein freut sich über neue Mitglieder: <http://netzwerkgeschlechterforschung.wordpress.com/mitglied-werden/>

KooperationspartnerInnen der Tagung (in alphabetischer Reihenfolge)

- » Abteilung Familie und Lebensbegleitung, Diözese Innsbruck
- » AEP – Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft, Innsbruck
- » Arbeitskreis Wissenschaft und Verantwortlichkeit, Universität Innsbruck
- » Büro für Gleichstellung und Gender Studies, Universität Innsbruck
- » Die Grünen Frauen Tirol
- » Haus der Begegnung, Diözese Innsbruck
- » Institut für Gebirgsforschung: Mensch & Umwelt, ÖAW, Innsbruck
- » Interfakultäre Forschungsplattform Geschlechterforschung, Universität Innsbruck
- » Künstlerhaus Büchsenhausen, Innsbruck

- » Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen
- » StudienVerlag.

Für die finanzielle Unterstützung der Tagung danken wir den Mitgliedern des Vereins Netzwerk Geschlechterforschung, der Abteilung Familie und Partnerschaft der Diözese Innsbruck, den Grünen Frauen Tirol, dem Haus der Begegnung, der Interfakultären Forschungsplattform Geschlechterforschung der Universität Innsbruck sowie der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung.



ERWERBSLEBEN NEU DENKEN! Perspektiven in Zeiten der Finanzkrise

EINE TAGUNG DES INNSBRUCKER VEREINS „NETZWERK GESCHLECHTERFORSCHUNG“ IM KÜNSTLERHAUS BÜCHSENHAUSEN, INNSBRUCK, AM 29. /30. JUNI 2012
ERNA APPELT



Die „Krise“ ist in aller Munde: In den Medien, in Statements von Politiker_innen, in wissenschaftlichen Debatten und auch im Alltagsleben. Täglich informieren uns die Medien über die Bewegungen auf den Börsen und Finanzmärkten. In schöner Regelmäßigkeit wird über milliarden schwere Verstaatlichungen von maroden Banken berichtet. Längst haben wir unseren Wortschatz um die Begriffe *Banken-Rettungsschirm*, *fire wall*, *too big to fail*, *Stabilitätsfazilität* etc. erweitert. Es ist nicht zu leugnen: Wir sind im Zeitalter der Postdemokratie angelangt. Die Liberalisierung der Finanzmärkte, das heißt der Rückzug der Politik aus der Steuerung der grenzüberschreitenden Bewegungen des Kapitals, hat endgültig dazu geführt, was viele politische Beobachter_innen längst befürchtet und oft auch vorausgesagt haben: Die Finanzmärkte treiben die Politik vor sich her. Das Wörtchen „alternativlos“ ist zum Lieblingswort mancher Politiker_innen avanciert. Politik soll die „Bedürfnisse der Märkte“ befriedigen.

Die andauernde Rede von der Krise hat mehrere Funktionen: Sie soll uns zunächst an den Gedanken gewöhnen, dass die „guten Jahre“ vorbei sind, dass es ja noch viel schlimmer

kommen könnte; sie artikuliert Existenzängste, Unsicherheiten, Unbehagen. Die Rede von der Krise schürt jedoch auch Ängste; mit Ängsten wird mehr denn je Politik gemacht. Auch hier schlägt der neoliberale Zeitgeist voll durch: Angst spaltet, verhindert Solidarisierung; jedeR möchte seine eigenen Schäfchen ins Trockene bringen. Ängstlichkeit blockiert kritisches Denken, untergräbt den Mut zur Analyse. Angst fördert Resignation, schürt Misstrauen. Aber genau das darf nicht akzeptiert werden! Hier ist Widerspruch gefordert. Unsere Tagung ERWERBSLEBEN NEU DENKEN! wollte und hat auch ein Zeichen gesetzt: Denken in Alternativen ist nicht nur möglich, es ist ein Gebot der Stunde!

Der Verein „Netzwerk Geschlechterforschung“ will Alternativen zur bestehenden Gesellschafts- und Geschlechterordnung aufzeigen. Gleichzeitig wollen die Mitglieder des Vereins ganz bewusst gegen jene Tendenzen antreten, die von der Grazer Soziologin Angelika Wetterer so treffend beschrieben wurden: Jeweils dem eigenen Handlungsimperativ folgend hätten sich Geschlechterforscher_innen, frauenbewegte Aktivistinnen, Gleichstellungsakteur_innen in Institutionen oft nichts mehr zu sagen. Die Handlungslogiken, die Anforderungen des beruflichen bzw. privaten Alltags hätten sich zu sehr auseinanderentwickelt (Wetterer 2009).

Demgegenüber hat sich der Verein „Netzwerk Geschlechterforschung“ zum Ziel gesetzt, wieder zusammenzuführen, was zusammengehört: Geschlechterforschung, die den Zusammenhang mit politischer Praxis gänzlich verloren hat, läuft Gefahr ihr kritisch-politisches Potential zu verlieren; aber auch Gleichstellungsakteur_innen, die den Zusammenhang mit den frauenbewegten Frauen, aber auch mit feministischer Forschung verloren haben, werden zu bürokratischen Agenturen und ver-

lieren ihr gesellschaftspolitisches Potential. Eine neue Diskussionskultur ist hier gefragt! Die Mitglieder des Vereins „Netzwerk Geschlechterforschung“ haben sich viel vorgenommen: Gegen den Strom schwimmend leisten wir uns den Luxus, kritisches Denken zu kultivieren, in Alternativen zu denken, nach Alternativen zu suchen, neue Wege und Perspektiven zu diskutieren. Uns geht es darum auch in der gegenwärtigen „Krise“ Neues zu denken, geschlechterkritische Analysen durchzuführen, Fragen nach der Verteilungsgerechtigkeit zu stellen!

Ziel der hier dokumentierten ersten Tagung des Vereins „Netzwerk Geschlechterforschung“ war es zunächst, sichtbar zu machen, was die Krise und v.a. auch die Krisenbewältigung für prekär Beschäftigte, Leiharbeitskräfte, Teilzeitbeschäftigte, für Berufseinsteiger_innen, Erwerbslose, vor allem aber auch für den Bereich der Kinderbetreuung und den Bereich der Betreuung und Pflege alter oder bedürftiger Menschen bedeutet. Dabei geht es nicht nur um die Erhebung des Ist-Zustandes, sondern darüber hinaus um die Fragen: Wie könnte/sollte geschlechtergerechte Erwerbsarbeit im 21. Jahrhundert aussehen? Gibt es neue institutionelle Lösungen? Wie können tief eingeschriebene Denk- und Verhaltensmuster geändert werden? Bieten sich lang diskutierte Alternativen wie z.B. das Grundeinkommen aufs Neue als Lösung an? Ist die „alte“ Forderung nach „Arbeitszeitverkürzung für alle“ nach wie vor aktuell? Ist der Ausbau der Care-Ökonomie zugleich eine Möglichkeit, Wachstumsimpulse in wenig ressourcenintensiven Dienstleistungen zu schaffen? Wie können die Rechte von Personen, die unbezahlte Betreuungsarbeit leisten, gestärkt werden? Wie kann deren Lebensqualität verbessert werden? Die Spoken-Word-Performance von **Mieze Medusa** war ein fulminanter

Auftakt der Tagung. Besser als jeder wissenschaftliche Vortrag hat uns Mieke Medusa ins Thema „geschleudert“ und mit den Widersprüchen des neoliberalen Gesellschaftsmodells konfrontiert. Daran konnten die Vortragenden aus dem Bereich der feministischen Ökonomie, der kritischen Sozialwissenschaft sowie der kritischen Männlichkeitsforschung „nahtlos“ anschließen.

„Über-Arbeiten und Über-Leben: Eine feministische Kritik der Krisenpolitik“ lautete der Titel des Eröffnungsvortrags von **Gabriele Michalitsch**. Mit Fokus auf Österreich reflektierte die Vortragende die „Vielfachkrise“ des gegenwärtigen Kapitalismus, deren Auswirkungen auf die Lebenssituation von Frauen, auf das Geschlechterverhältnis. Dabei thematisierte Michalitsch v.a. den Siegeszug des neoliberalen Denkens. Von der Perspektive der kritischen Männerforschung näherte sich der Vortrag von **Erich Lehner** dem Thema. Er thematisierte männliche Care Arbeit als grundlegende Voraussetzung für Geschlechtergerechtigkeit. Dabei ging es nicht nur um Ausmaß und Kontext männlicher Care Arbeit, sondern auch um die Auswirkungen männlicher Care Arbeit auf das Leben und Wohlbefinden von Männern, Frauen und Kindern. Schließlich stellte Lehner zur Diskussion, wie eine Geschlechterpolitik formuliert werden sollte, die Männer tatsächlich systematisch einbezieht. Aus einer feministischen Perspektive bedeutet Nachdenken über Erwerbsarbeit immer auch Nachdenken über Care Arbeit. Egal, ob über Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit, betriebliche Gleichstellung diskutiert wird, das Thema Care Arbeit muss auf den Tisch. Nur so kann geschlechtersensibel über Erwerbsarbeit nachgedacht werden. **Barbara Stiegler** hat sich des Bereichs Care Arbeit angenommen. Aus einer feministischen Perspektive stellte Stiegler die Frage nach der geschlechterse-

gregierenden Arbeitsteilung und auch nach der Bewertung von Erwerbs- und Betreuungsarbeit in unserer Gesellschaft. Care Arbeit, Betreuungs- und Fürsorgearbeit ist in jeder Gesellschaft unverzichtbar! Sie ist die Grundlage für das Funktionieren, aber auch für die Lebensqualität in unserer Gesellschaft. Den gesellschaftlichen Wert der auch heute überwiegend von Frauen geleisteten Betreuungs-, Sorge- und Pflegearbeit sichtbar zu machen, ist Anliegen der feministischen Care-Ökonomie bzw. einer ökonomischen Theorie „der ganzen Arbeit“. Stiegler beschränkte sich jedoch nicht nur auf eine theoretische Zugangsweise, sondern stellte in ihrem Vortrag auch neue Modelle vor, wie Care Arbeit als gesellschaftliche Aufgabe NEU organisiert werden kann.

Im abschließenden Vortrag setzte sich **Margit Appel** mit der Frage des bedingungslosen Grundeinkommens auseinander. Wäre das eine Option: „Mehr Einkommen, weniger Arbeit?“ Appel hat in ihrem Vortrag versucht, das bedingungslose Grundeinkommen einer geschlechterkritischen Bewertung zu unterziehen. Bereits seit Jahrzehnten wird ein Grundeinkommen in existenzsichernder Höhe, das als soziales Recht jeder Person garantiert ist, als Baustein und Hebel zu einer nachhaltigeren und gerechteren Gesellschaft in die Debatten eingebracht. Im Rahmen einer umfassenden Kritik der immer wieder hergestellten und herrschenden geschlechterhierarchischen Arbeitsteilung punktet das Grundeinkommen durch Bedingungslosigkeit: Es müssen keine Ansprüche erworben werden, weder durch bezahlte oder unbezahlte Arbeit, noch durch die Einhaltung bestimmter Lebensformen und Rollen. Aus einer geschlechterkritischen Perspektive ist jedoch kritisch zu fragen, ob das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens die herrschende Zuwei-

sung jeder Form der Bedingungslosigkeit an den Haushaltssektor und damit vorrangig an Frauen „verstanden“ hat und konzeptuell ausreichend berücksichtigt.

Mit der Tagung ERWERBSLEBEN NEU DENKEN! hat der Verein „Netzwerk Geschlechterforschung“ wichtige gesellschaftspolitische Fragen aufgeworfen. Durch die rege Teilnahme von Menschen, die in unterschiedlichsten Bereichen engagiert sind, ist ein Austausch zwischen Wissenschaftler_innen, zivilgesellschaftlichen Aktivist_innen, Gleichstellungsakteur_innen und interessierten Personen gelungen. Zugegeben: Das war erst ein Anfang. Um gesellschaftlich etwas zu bewegen, muss es nicht nur weitere Informationsveranstaltungen und Diskussionen geben, sondern auch neue Formen politischer Praxis. „Wer schweigt, stimmt zu!“ heißt ein juristischer Grundsatz. Das gilt auch für die Politik. All jene, die nicht resignieren möchten, die sich nicht auf privatistische Lösungen beschränken möchten, sind eingeladen, sich zu engagieren und aktiv einzubringen.

LITERATUR

WETTERER, ANGELIKA (2009): Gleichstellungspolitik im Spannungsfeld unterschiedlicher Spielarten von Geschlechterwissen. Eine wissenssoziologische Rekonstruktion, in: Erna Appelt (Hrsg.): Gleichstellungspolitik in Österreich. Eine kritische Bilanz, Innsbruck.

AUTORIN

ERNA APPELT, Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Mag.^a, Institut für Politikwissenschaft, Leiterin der Interfakultären Forschungsplattform Geschlechterforschung der Universität Innsbruck. Forschungsschwerpunkt: politikwissenschaftliche Geschlechterforschung, Citizenship & Care.



Hoch! Die! Internationalalalalalalaaaa ...

MIEZE MEDUSA

Wir brauchen neue Lieder, die alten taugen nicht mehr.

Es hat sich was getan im Land, zumindest was Musik betrifft, wir brauchen neue Lieder, die alten singen wir nicht mehr.

Die klingen nach Zeiten, die finden wir in uns nicht mehr.



Die klingen nach Krieg, nach Barrikaden, nach Nachladen, nach Essen kochen und es dann quer durch Schusswechsel zur Front tragen, und den Tellerberg ohne Nachfragen und Klagen, dann auch noch abtragen. Wir waren Universal Tellerwäscher, jetzt sind wir Spülmaschinen-Nachlader.

Uns wurde nie ein Rosengarten versprochen, doch seit die Schütte-Lihotzky mal nachdachte, bekommen wir die Einbauküche komplett mit Marken-Spülmaschine ohne nachzufragen, wenn auch auf Raten und die macht, wenn sie fertig ist, drei rote Pfiffe, drei rote Pfiffe, drei rote Pfiffe im Küchenwald.

Wir brauchen neue Lieder, die alten taugen nicht mehr.

Es hat sich was getan im Land, zumindest was Musik betrifft,

ich hör jetzt Rap, du Rock, dort hört wer Schlager,

sie hört so Drone-Noise-Experiment-Zeug ohne Text,

oder wenn dann doch mit Text, dann hörst du Lovesongs, also so songs about love, wo die Politik, wenn überhaupt im Nebensatz zu finden ist. Und du, da drüber, du bist noch nicht ganz da im heute und hier, trinkst Whiskey, bis deine Stimme rauchig ist, wie die von ihr, und singst: "Freedom's just another word, for nothing left to lose, nothing left is all there's left to me."

Und das klingt immer noch gut. Aber es stimmt nicht.

Und das klingt immer noch wahr, doch das war's nie.

Freiheit ist kein Verlustgeschäft, doch Freiheit verliert sich, wenn man Kostennutzenabrechnungen zulässt

Und Freiheit ist das, was man sich selbst gibt

Und Bescheidenheit das, was frau Probleme macht



Mädchen, versteh doch: nur weil du laut sagst, wie gut du was kannst, und was dir dafür zusteht – ja! auch Geld! – bist du noch nicht selbstverliebt.



In Erwägung deiner Erregung bei Themen wie Binnen-I, Grundeinkommen, gleiche Bezahlung und Pflege von Kindern und Alten und Brauchtum, erwäge ich – Schritte.

In Erwägung meiner Erregung bei Dingen wie Ungleichbezahlung, Ungleichbehandlung und ungleiche Teilung der Arbeit daheim, erwägst du – keine Schritte.

Nur Worte in Hülsen

Erklärung als Absicht

Vertröstung auf morgen

Wir fordern nur das was uns zusteht und hören dann immer wieder die alte Leier:

Das geht sich halt leider in diesem Jahr wieder nicht aus.

Wir brauchen neue Lieder, die alten singen wir nicht mehr.

Die klingen nach Zeiten, die finden wir in uns nicht mehr,

wir glauben zwar, glauben dem Ruf nach Gemeinschaft, Vernetzung ist wichtig, doch denken wir nicht automatisch: Gewerkschaft

Und ohne euch reicht für uns schon, hat Brecht gesagt, doch brächt ich es nicht übers Herz ihm zu sagen, wie Recht er hat,

denn jedes Brechtzitat bringt mir nur Ärger, ich denk dran, wer ihm seine Drecksarbeit machte, dem Drecksack.

Schneewittchen, sag schon, wie geht das Zerschlagen vom Glassarg?

Hast du da Erfahrungswert? Gilt der auch für Decken?

„Schlag nicht so zaghaft“, sagst du

„Verschlafe nicht den Zeitpunkt“, sagst du



„Warte nicht zu lang“, sagst du

„Schlag zu, solange du Kraft dazu hast!

Und dann pfeiff:

drei Pfeiffe, und dann pfeiff drei Pfeiffe, und dann pfeiff drei Pfeiffe

Damit die die dir nachkommt im Glassarkophag die Stelle mit Riss weiß!“



Dieser Text ist als Spoken Word-Beitrag Teil der (Gratis-)Doppel-CD „re:composed“, für die 20 Musikerinnen Lieder der Frauen- und ArbeiterInnenbewegung neu interpretiert haben. Nähere Informationen und Bestellmöglichkeit auf <http://www.wien.gv.at/menschen/frauen/recomposed.html>

VERÖFFENTLICHUNGEN (AUSWAHL)

Mia Messer. Roman. (Milena, 2011) (nominiert für den Alpha Literaturpreis 2012)

MIEZE MEDUSA/MARKUS KÖHLE (Hrsg.): Mundpropaganda. Slam Poetry erobert die Welt. (Milena, 2011)

MIEZE MEDUSA/CORNELIA TRAVNICEK (Hrsg.): How I Fucked Jamal. (Milena, 2010)

MIEZE MEDUSA/MARKUS KÖHLE: Doppelter Textpresso (mit CD)(Milena, 2009)

MIEZE MEDUSA & TENDERBOY: Tauwetter. (rufzeichen records, 2009)

Freischnorcheln. Debütroman. (Milena, 2008)

AUTORIN

MIEZE MEDUSA lebt in Wien und fährt oft Zug. Aktiv als Slammerin, Rapperin, Autorin und Herausgeberin. Seit 8 Jahren Gastgeberin des monatlichen textstrom Poetry Slams in Wien. Initiatorin von Ö-Slam, der österreichischen Poetry Slam Meisterschaft (gemeinsam mit Markus Köhle). Zahlreiche Auftritte und Veröffentlichungen mit der Band „mieze medusa & tenderboy“. Teil der Lesebühne „Dogma. Chronik. Arschtritt.“ (gemeinsam mit Markus Köhle und Nadja Bucher).

Mehr Informationen und aktuelle Termine auf www.miezemedusa.com



ÜBER-ARBEITEN UND ÜBER-LEBEN: KRISE, KRISENPOLITIK UND FEMINISTISCHE ALTERNATIVEN

GABRIELE MICHALITSCH



Schon der gemeinsame griechische Wortstamm *krinein* (scheiden, sondern, trennen) verweist auf die inhärente Verknüpfung von Krise und Kritik. Während das griechische *krisis* Entscheidung, Ausschlag, Trennung bedeutet und somit den Aspekt der Veränderung in sich trägt, bezeichnet *krites* den Richter und deutet auf Urteilsfähigkeit. Krise und Kritik stehen folglich in enger Beziehung zueinander: Jede Krise nährt Kritik und bedarf ihrer, um sie generierende Problematiken, Widersprüche, Konflikte ebenso wie Potenziale notwendigen Wandels aufzuzeigen.

Tatsächlich feierte (Kapitalismus-)Kritik im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise vor allem im medialen Mainstream ein eindrucksvolles Comeback: Waren kapitalismuskritische Theorien und Begriffe wie Profit, Ausbeutung oder Klasse noch Anfang 2008 weitgehend als inadäquat oder überholt gebrandmarkt, vielfach verfemt und tabuisiert, machten etwa die Profitgier von Banken oder der finanzmarktge-

triebene Casino-Kapitalismus im Zuge der Krise massenmedial gleichsam *semper et ubique* (wieder) von sich reden.

Doch auch im Krisenkontext erweisen sich Fragen nach Geschlechterverhältnissen einmal mehr als bloß randständig. Sie rückt der vorliegende Beitrag ins Zentrum, indem er zunächst skizzenhaft ökonomische Geschlechterimplikationen der Krise aufzeigt, ehe er in weiterer Folge mögliche Ansatzpunkte feministischer Politiken markiert, die als potenzielle „Antworten“ auf die Wirtschaftskrise über Stabilisierungsprogramme und daran anknüpfende Austeritätspolitik hinausweisen.

1. KRISENÖKONOMIE: ÜBER-ARBEITEN

Das Finanzsystem, das weiterhin als wesentlich spekulative Triebkraft globalisierter Ökonomie fungiert, ist nicht nur im Hinblick auf die Dominanz von Männern als Akteuren, sondern auch im Hinblick auf hegemoniale Männlichkeit als Leitsystem von Handeln und Verhalten hochgradig maskulinisiert. Dies gilt in etwas abgeschwächter Form auch für das „realwirtschaftliche“ Marktsegment, in dem sich die weithin mit Geschlecht verknüpfte Machtasymmetrie zwischen Arbeit und Kapital im Zuge von neoliberaler Transformation ebenso wie von Finanz- und Wirtschaftskrise verschärfte: Frauen haben im Verhältnis zu Männern überaus eingeschränkten Zugang zu Kapital. Dies lässt sich auf – nicht zuletzt in der Tradition patrilinearvererbter Begründete – geschlechtsspezifische Ungleichheiten der Vermögensverteilung ebenso zurückführen wie auf die Verwobenheit von hegemonialer Männlichkeit und Unternehmertum. Auch wenn die Zahl österreichischer Unternehmerinnen – vorwiegend in Gewerbe, Handwerk, Handel sowie Tourismus

und Freizeitwirtschaft tätig – in den letzten Dekaden deutlich gestiegen ist, befindet sich nur etwa ein Drittel aller Unternehmen in weiblicher Hand. Frauen betreiben überwiegend Kleinbetriebe und Ein-Personen-Unternehmen, etwa ein Fünftel aller Frauen-Unternehmen werden im Nebenerwerb geführt, bei 96 % der weiblichen Unternehmen in Österreich liegt das jährliche Umsatzvolumen unter einer Million Euro (Heckl u. a. 2010).

Die Krise führte nicht nur zu Unternehmenskonzentrationen in Finanz- wie Realsektor, anhaltende Massenarbeitslosigkeit schwächt auch die Position der Gewerkschaften weiter. Dabei charakterisieren fortschreitende Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen, zumindest partielle Reallohnsenkungen, verschlechterte Arbeitsbedingungen und erhöhte Leistungs- wie Flexibilitätserfordernisse die Entwicklungen im Kontext von Erwerbsarbeit. Gleichzeitig wird unternehmerisches Risiko durch auslastungsbezogene Entgeltssysteme oder Auftragsvergabe an Neue Selbstständige zunehmend an die Arbeitskräfte externalisiert. So werden etwa Reinigungskräfte in Hotels – bei geringem Fixeinkommen – verstärkt nach der Zahl geputzter Zimmer bezahlt. Bleibt das Hotel leer, kommen die Beschäftigten um den Großteil ihres Lohns. All diese Entwicklungen treffen Frauen überproportional und vertiefen sozioökonomische Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, die sich schon im Zuge neoliberaler Arbeits- und Sozialpolitik von Arbeitsmarkt-Deregulierung, Arbeitskostensenkung, Sozialabbau und Aktivierung verstärkt hatten. Dabei liegt nicht nur die versteckte Erwerbslosigkeit von Frauen infolge fehlender Leistungsansprüche deutlich höher als die von Männern, auch Atypisierung

und Prekarisierung sind vor allem weibliche Phänomene. Nur mehr rund die Hälfte aller Beschäftigungsverhältnisse von Frauen in Österreich umfassen 36 oder mehr Wochenarbeitsstunden, Ende der 1990er Jahre waren es noch knapp 70 %.

Die Ausweitung von prekärer Beschäftigung geht mit fehlender oder nur partieller Integration in soziale Sicherungssysteme einher. Steigende Armut und Armutsgefährdung insbesondere von Frauen sind die Folge. Sie werden vor allem im Alter vulnerabel, treffen im Zuge der Krise aber trotz Erwerbstätigkeit insbesondere auch allein lebende Frauen. Eigenständige Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit ist für Frauen demnach oftmals nach wie vor nicht möglich; entsprechend steigen materielle Abhängigkeiten, nicht zuletzt von Ehepartnern und Familie.

Unter dem austeritätspolitischen Dogma fortschreitender „Verschlankung“ des Staates werden aber auch öffentliche Dienstleistungsangebote tendenziell eingeschränkt. Die daraus resultierenden Verlagerungen etwa von Sozial-, Pflege- oder Gesundheitsdiensten in andere ökonomische Sektoren führ(t)en zur Ausweitung weiblicher Niedriglohnarbeit im Marktsegment, zu vermehrter Informalisierung vorrangig weiblicher Beschäftigung und nicht zuletzt zu verstärktem Druck auf die private, nach wie vor primär Frauen zugewiesene Versorgungsökonomie, mangelnde öffentliche Dienste durch mehr Eigenleistungen auszugleichen.

Auch Einkommensrückgänge im Zuge von Arbeitslosigkeit und Prekarisierung resultieren in der Ausweitung unbezahlter Frauenarbeit im „privaten“ Sektor, während mit der Expansion insbesondere informeller Arbeit im Pflege- und Betreuungs-

bereich gänzlich ungesicherte Frauenbeschäftigung (vorrangig von Migrantinnen) mit Niedrigstlöhnen die Polarisierung von weiblichen Arbeits- und Lebensverhältnissen vorantreiben – zumal vermehrte Reproduktionsarbeit negativ auf Ausmaß und Kontinuität vorrangig weiblicher Arbeitsmarktpartizipation wirkt und somit Machtasymmetrien zwischen den Geschlechtern verstärkt.

Während grundlegende Modifikationen des globalen Finanzsystems nach wie vor auf sich warten lassen, sollten die weltweit geschnürten Konjunkturprogramme den Status quo ante herstellen – und so nicht zuletzt bestehende Machtverhältnisse, auch zwischen den Geschlechtern, stabilisieren. Die europäischen, nur oberflächlich betrachtet keynesianisch anmutenden Stabilisierungsprogramme bedeuteten jedoch keinen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel. Vernachlässigt wurde insbesondere die private Konsumnachfrage, der Ansatzpunkt klassisch keynesianischer Politik. Die in Österreich neben Bankenhilfspaket, „Mittelstandsmilliarde“ und Konjunkturpaket II als Stabilisierungsmaßnahme durchgeführte Steuerreform kam vor allem dem mittleren und oberen Einkommensdrittel zugute, in dem Frauen deutlich unterrepräsentiert sind. Umverteilungsansätze zugunsten des – überwiegend weiblichen – unteren Einkommensdrittels, von dem die stärksten Wirkungen auf den privaten Konsum zu erwarten wären, fehlten hingegen. Die Konjunkturpolitik zielte auch darauf, Männerarbeitsplätze – besonders im Bauwesen – zu sichern, während Erwerbslosigkeit von Frauen und beschleunigte Atypisierung weiblicher Beschäftigung sozioökonomische Geschlechterhierarchien vor allem im Hinblick auf Ar-

beitsmarktstatus, Einkommen und Zugang zu sozialer Sicherheit verstärkten.

Die Konjunkturprogramme negierten dies und gingen dabei nicht zuletzt mit öffentlichen Diskursen einher, die durch wiederholte Behauptungen, Frauen seien von der Krise nicht oder kaum betroffen, vor allem aber durch Dethematisierung von geschlechtsspezifischen Krisendimensionen charakterisiert waren. Retraditionalisierende Geschlechtereffekte von Krise und Konjunkturpolitik wurden kaum wahrgenommen, als „ökonomisch irrelevant“ nicht problematisiert oder schlicht verschwiegen, Gleichstellungsforderungen gleichzeitig mit Verweis auf die Krise und ihre Kosten abgewehrt. Gender Mainstreaming erwies sich dabei einmal mehr als wenig durchschlagkräftige Strategie. Ausdrücklich auf alle Politikbereiche hin konzipiert, kam es – völlig sanktionslos – in wirtschaftspolitischen Kontexten nicht zur Anwendung. Auch Gender Budgeting, explizit auf budgetäre Allokationen fokussiert und in den letzten Jahren von EU-Institutionen zunehmend propagiert, spielte im Kontext der Konjunkturprogramme keine Rolle.

Vor allem an Arbeit, formeller wie informeller Erwerbsarbeit ebenso wie „privater“ Reproduktionsarbeit, lassen sich die unmittelbaren Geschlechterfolgen von Krise und Krisenpolitik ablesen: schlecht(er) oder nicht bezahlte Mehrarbeit von Frauen. Darüber hinaus ließe sich die Krise mit einer Vielzahl Geschlechterverhältnisse retraditionalisierender diskursiver Strategien verknüpfen, die sich im Krisenkontext verstärkt oder überhaupt erst entwickelt haben. Verwiesen sei hier lediglich auf die neue „Männerrechtsbewegung“ und den von ihr propagierten Anti-Feminismus, der zunehmend auch in Mainstream-Medien Re-

sonanz findet. Diese nur skizzenhafte, auf materielle Lebensverhältnisse fokussierte Diagnose macht jedoch die Weitläufigkeit der Krise deutlich, die bis in die Reproduktion des Lebens hineinreicht und die Frage nach dem „guten Leben“ – jenseits ihrer ökologischen Dimension – gerade für Frauen in eine Frage nach dem Überleben transformiert.

2. FEMINISTISCHE ALTERNATIVEN: ÜBER-LEBEN

Neoliberale Verschiebungen der Geschlechterordnung kristallisieren im Krisenkontext, der mit neoliberaler Restrukturierung einhergehende anti-feministische Backlash wird verstärkt sichtbar. Welche feministischen Alternativen zur bestehenden Krisenpolitik aber ließen sich diesem entgegensetzen?

- » Zu den wesentlichen Voraussetzungen emanzipatorischer Veränderungen zählt die Wiederherstellung des Primats der Politik, die wohl nur durch eine umfassende *Neuausrichtung des Finanzsektors* samt Einführung einer Finanztransaktionssteuer, dem Verbot spezifischer spekulativer Transaktionen und der Begrenzung realwirtschaftlicher Unternehmenskonzentration erreicht werden kann.
- » Die Krise böte aber auch die Chance, *Erwerbsarbeit und unbezahlte Versorgungsarbeit* zwischen den Geschlechtern neu zu verteilen. Erwerbsarbeitszeitverkürzung wäre mit breiter öffentlicher Diskussion von destruktiven Aspekten profitorientierter Arbeit einerseits ebenso wie von gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten andererseits zu verknüpfen. Dabei sind auch Fragen nach dem, was als Wohlstand gilt, neu zu stellen und mit der Entwicklung entsprechender Muster gesellschaftlicher Anerkennung zu verbinden. Entgeschlechtlichung impliziert neben der Gleichverteilung von Erwerbs- sowie Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern völlige Gleichstellung im Bereich von Erwerbsarbeit, Orientierung

an Geschlechterparität in der Besetzung aller Berufsfelder und eine grundlegende Revision der Lohnstrukturen durch Neubewertung von Arbeit auf Basis ihrer gesellschaftlichen Notwendigkeit mit Festlegung von Maximal- und Minimaleinkommen.

- » Dem beträchtlichen Bedarf an *Pflege- und Betreuungsleistungen* durch entsprechende Ausweitung öffentlicher Angebote zu begegnen schafft nicht nur Konjunktur stützende Arbeitsplätze, sondern eröffnet auch die Möglichkeit, der geschlechtsspezifischen Zuweisung dieser Berufsfelder gezielt entgegenzuwirken und nicht zuletzt ungesicherte informelle Frauenarbeit zu Niedrigstlöhnen sowie den steigenden Druck auf die unbezahlte Versorgungsökonomie zu reduzieren.
- » Darüber hinaus wären *Bildungsinvestitionen* auf die Qualität von Bildung zu beziehen und dabei der gesellschaftlichen Produktion und Verankerung von Stereotypen und in weiterer Folge geschlechtsspezifischen Segregationstendenzen im Bildungsverhalten entgegenzuwirken.
- » Auch wäre verstärkt die Frage nach dem zu stellen, was in westlichen Gesellschaften als *Bildung* und als *Wissen* gilt. Gegenwärtige Wissensproduktion wäre als Feld strategischer Entscheidungen über künftige Entwicklungen vermehrt zu problematisieren und letztlich zu demokratisieren.
- » Zugangschancen zu Bildung wären vor allem für benachteiligte Gruppen zu fördern, indem adäquate soziale Voraussetzungen wie ein entsprechendes „bildungsfreundliches“ Umfeld und ein solidarisches gesellschaftliches Klima – also Lebensbedingungen, die Lernen ermöglichen und dazu motivieren – geschaffen werden. Angst, Druck und erhöhte Unsicherheit samt individualisierten Überlebenskämpfen, wie sie politische Strategien der letzten beiden Dekaden charakterisieren, richten sich ausschließlich an den/die Einzelne, wirken dabei oftmals kontraproduktiv und lassen die Gestaltung

gesellschaftlicher Rahmenbedingungen außer Acht. Vielmehr bedarf es integrativer Politiken, die auf *gesellschaftliche Inklusion* zielen, um gerade marginalisierten Gruppen vermehrt Chancen auf Teilhabe zu eröffnen und damit der Vertiefung und letztlich Entladung sozialer, sich im Zuge der Krise verschärfender Konflikte entgegenzuwirken.

- » Auf gesellschaftlichen Einschluss zielende Projekte vielfältiger, oft zivilgesellschaftlicher Initiativen leisten essentielle Beiträge zur Schaffung eines integrativen sozialen Gefüges. Viele solcher Projekte scheitern an mangelnder, in den letzten Jahren oft gekürzter Finanzierung. Mit einer *Aufstockung von Fördermitteln* könnten nicht nur Arbeitsplätze generiert, sondern vor allem gesellschaftliche Partizipationschancen – und so mittelfristig selbst das ökonomische Potenzial einer Volkswirtschaft – erhöht werden.
- » Im Zuge der Krise hat sich die Schere zwischen Arm und Reich, immer mit Geschlecht korreliert, weiter geöffnet. *Umverteilung* zugunsten des unteren Einkommensdrittels würde dem entgegenwirken. Eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge, die Ausweitung von Negativsteuer-Ansätzen oder die Erhöhung spezifischer Transferleistungen könnten das untere Einkommensdritteln, in dem Frauen deutlich überrepräsentiert sind, entlasten und damit über die private Konsumnachfrage die Gesamtwirtschaft stabilisieren. Dabei käme einer Reform des Abgabensystems Priorität zu, mit der die hohen Anteile öffentlicher Einnahmen aus regressiv wirkenden Steuern wie der Umsatzsteuer und Sozialversicherungsbeiträgen zugunsten progressiver Komponenten verringert und vermögensbezogene Steuern erhöht werden. Volle Integration atypisch Beschäftigter in das Sozialsystem müsste diese begleiten.
- » Auseinandersetzung mit Alternativen erfordert nicht zuletzt die Öffnung der in den letzten beiden Dekaden mehr und mehr auf den Markt fixierten *Wirtschaftswis-*

senschaften. Die Pluralisierung der in Forschung und Lehre verfolgten volkswirtschaftlichen Ansätze stellt daher eine Voraussetzung dar, soll ökonomisches Denken (wieder) verstärkt in gesellschaftliche Zusammenhänge eingebettet und die kritische Auseinandersetzung mit ökonomischen Geschlechterverhältnissen forciert werden.

- » Eine wesentliche Grundlage all dessen besteht in der Neubesetzung des Freiheitsbegriffs, die, von Markt und Konsum gelöst, grundsätzliche Notwendigkeiten des Lebens sowie die Freiheit der anderen betont und sich dabei an der Vielfalt von Lebensmöglichkeiten, Erfahrungshorizonten und Wissensformen orientiert. Ein solcher *Freiheitsbegriff* hätte sich nicht zuletzt in der Ausrichtung von Wissensproduktion und -vermittlung zu spiegeln: Um Möglichkeiten gesellschaftlichen Über-Lebens jenseits bestehender Modelle aufzuzeigen, müssen sich Denkräume für Kritik öffnen. Denn Gesellschaft braucht Kritik – nicht erst in der Krise.

LITERATUR

BERESWILL, MECHTHILD/NEUBERB, ANKE (Hg., 2011): In der Krise? Männlichkeiten im 21. Jahrhundert, Münster.

BIESECKER, ADELHEID/MICHALITSCH, GABRIELE/REINER, SABINE/STIEGLER, BARBARA/YOUNG, BRIGITTE (2009): Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise. Tagungsdokumentation der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.



HECKL, Eva/DORR, Andrea/GAVAC, Karin/TALKER, Christine Maria (2010): Unternehmerinnen in Österreich. Status quo 2009, Wien.

KURZ-SCHERF, INGRID/SCHEELE, ALEXANDRA (Hg., 2012): Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht, Münster.

MICHALITSCH, GABRIELE (2012): Geschlechter-Regierung in der Krise: Post-Neoliberalismus trotz Kontinuität?, in: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen 2/2012, 37-44.

AUTORIN

GABRIELE MICHALITSCH, MMag.^a Dr.ⁱⁿ, Politikwissenschaftlerin und Ökonomin, lehrt an den Universitäten Wien und Innsbruck und arbeitet derzeit an ihrer Habilitationsschrift zu feministischer politischer Ökonomie.



AKTUELL

RISIKO ARMUT

Die durchschnittliche Notstandshilfe von Frauen in Oberösterreich beträgt 576 Euro (Stand Dezember 2011), jene von Männern 738 Euro. Nach einer EU-Erhebung sind in Österreich Menschen, die zwischen sechs und zwölf Monate arbeitslos sind, zu 37 Prozent von Armut bedroht. Dauert die Arbeitslosigkeit mehr als ein Jahr, was vor allem ältere Menschen trifft, steigt die Armutsgefährdung sogar auf 43 Prozent. (dieStandard.at 10.9.2012)

EIN SCHRITT SYMBOLPOLITIK UND DREI SCHRITTE ZURÜCK

KOMMENTAR ZU: GABRIELE MICHALITSCH: ÜBER-ARBEITEN UND ÜBER-LEBEN. EINE FEMINISTISCHE KRITIK DER KRISENPOLITIK

SILKE ÖTSCH

Gabrielle Michalitsch begreift die Krise als Mehrfach-Krise – „Krise der Ökonomie, des Sozialen und der Arbeit“ – und umreißt, welcher Wandel sich für Frauen ergibt, wenn die Wirtschaftskrise – mit den Worten der Referentin – „über Erwerbsarbeit, Kern kapitalistischer Produktionsweise, in die Gesellschaft diffundiert“. Michalitsch stellt fest, dass nach der jüngsten Finanzkrise die neoliberale Politik fortgesetzt wurde, gekennzeichnet durch Maßnahmen wie Privatisierungen, Kürzungen staatlicher Leistungen, Abbau von ArbeitnehmerInnen-Rechten, Hinnahme der ungleichen Verteilung von Vermögen und Einkommen – Maßnahmen, die Frauen in höherem Maße treffen als Männer. Dieser wachsende Druck auf Frauen bleibt wenig beachtet, u.a. a) weil er nicht direkt über Herrschaftstechniken ausgeübt, sondern auch über Selbsttechniken vermittelt wird – sei es über Anforderungen an unternehmerische Subjekte oder über eine Klassifizierung der reproduktiven Arbeit als Privatsache – und b) weil ein geschlechterspezifischer Blick den Konventionen der Mainstream-Wissenschaft widerspricht. Während Frauen im Übergang zum Post-Fordismus gewisse Freiheiten gewonnen haben, verlieren sie solche in der Krise.

„WEIBLICHE WERTE“ ALS RETTUNG AUS DER KRISE?

Ist diese Tendenz tatsächlich so eindeutig? Nach dem Crash schien es zunächst, als habe die Finanzbranche die Frauen entdeckt. „Women matter“ (MacKinsey & Company 2012, 2007ff) und „Frauen sind die besseren Anleger“ (sic!) (DAB/FTD 2009) war in den Schlagzeilen der Institute zu lesen. „Weibliche Werte in der Finanzwelt“ oder „Gefühlskapital“ sollten „nachhaltige Investitionen in Projekte“ sichern (Spiegel 2009). Dem stellte der Spiegel das „aggressive und rücksichts-

lose“ männliche System des „Penis-Wettkampfs“ gegenüber (Spiegel 2009), und die Musikerin Björk warb für „Frauen-Fonds“. Auf Webseiten von Finanzdienstleistern wurden wissenschaftliche Studien zitiert, die zu dem Ergebnis gekommen waren, dass Frauen zwar nicht weniger risikobereit seien, Risiken aber nur dann eingingen, wenn sie über ausreichende Information verfügen (FAFSG 2009; Barber/Odean 2001). Das Personal von Banken sollte durch umsichtige Bankerinnen aufgestockt werden – so der Beitrag der *Corporate Social Responsibility* der Finanzunternehmen zu Reformdebatten.

Untersuchungen zur Asien-Krise ergaben, dass Frauen durch die Krise stärker benach-

teiligt waren als Männer, dass Frauen früher entlassen wurden, dass ihre Löhne überproportional fielen, dass Mädchen aus der Schule genommen wurden und Armut, Prostitution und häusliche Gewalt zunahm (Klatzer/Lukas 2002). Außerdem wurden Frauen stärker in den informellen Sektor abgedrängt und mussten unter ungünstigen Bedingungen unternehmerische Risiken eingehen (Floro/Dym-ski 2000). Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/2008 hingegen stieg in den Industriestaaten die Männerarbeitslosigkeit stärker als die der Frauen, wie in verschiedenen Medien berichtet wurde (Pöhl 2009; FAZ 2009). Branchen, in denen mehr Männer tätig sind, wie der Bankensektor, die Autoindustrie, die



Computerbranche und die Bauwirtschaft, waren besonders betroffen, und diese Entwicklung war in allen EU-Staaten zu beobachten (Young & Schubert 2010). Nach offiziellen Statistiken stieg die Frauenarbeitslosigkeit in Österreich seit Herbst 2009 jedoch wieder stärker (Statistik Austria/AK 2012) und ab 2010 nahm sie auch in Deutschland geringfügig weniger ab als die der Männer (Arbeitsagentur 2011). Auf EU-Ebene ist die Tendenz nicht ganz eindeutig. Nach Daten der Eurostat hat sich die Erwerbssituation in Europa für Frauen seit 2008 nicht signifikant stärker verschlechtert als die der Männer. Und wie jüngsten Daten zu entnehmen ist, stieg die Arbeitslosigkeit von Männern im Zeitraum April 2011 bis April 2012 in der EU 27 und der Eurozone immer noch stärker als die der Frauen (Eurostat 2012). [Anmerkung der Autorin: Um nicht missverstanden zu werden, betone ich, dass die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt grundsätzlich schlechter ist als die der Männer und die Daten nicht dementsprechend bereinigt sind.]

WER PROFITIERT WIRKLICH VON DER KRISE?

Hinter dem symbolischen Getöse um weibliche Werte in der Wirtschaft und der kurzfristig günstiger erscheinenden Situation von Frauen am Arbeitsmarkt verbergen sich aber strukturelle Probleme – und hier bin ich wieder bei Michalitsch – und zwar solche, die mit der Verteilung von Einkommen und Vermögen verbunden sind und indirekt den Zugang zu Erwerbsarbeit und Produktionsmitteln betreffen. Zunächst weist Michalitsch zutreffend darauf hin, dass Konjunkturprogramme, Rettungsgelder und Garantien v. a. Branchen zugutekamen, in denen eine große Anzahl gut bezahlter männlicher Arbeitnehmer beschäftigt sind. Wie Michalitsch ausführt, profitierten Männer ebenso überproportional von steuerlichen, zur Konjunkturstützung gedachten Maßnahmen. Gemessen an der Tatsache, dass Frauen bessere akademische Leistungen erbringen und 60 % der UniversitätsabsolventInnen weiblich sind, hat sich die Bezahlung von Frauen verschlechtert; das geschlechts-

spezifische Lohngefälle in der EU hat sich seit einigen Jahren bei rund 17 % eingependelt (Europäische Kommission Justiz 2011). Signifikante Unterschiede bestehen v.a. im Bereich der Vermögen. Wenngleich es wenig vergleichende Zahlen zur Verteilung von Vermögen zwischen den Geschlechtern gibt, weisen die vorliegenden Statistiken auf gravierende Ungleichheiten hin. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ergab, dass Frauen im Vergleich zu Männern im letzten Jahrzehnt immer weniger Vermögen besitzen, was die Autoren Frick und Grabka darauf zurückführen, dass Männer einen Großteil der Produktionsmittel besitzen (Frick/Grabka 2009). Auf der Forbes-Liste der reichsten Personen der Welt steht die erste Frau – „Christy Walton & family“ (sic!) – auf Platz 11, gefolgt von Liliane Bettencourt auf Platz 15 (Forbes 2012).

ANKÜNDIGUNGEN VS. TATSÄCHLICHE STRUKTURELLE REFORMEN

Die Krise hätte als Chance genutzt werden können, um über politische Maßnahmen gegenzusteuern und einen strukturellen Wandel einzuleiten, der die Stellung der Frauen in der Ökonomie und der Gesellschaft verbessert und weitere positive Effekte hätte (z. B. demokratische Kontrolle der Wirtschaft und Umweltschutz). Der oberflächlich keynesianisch anmutende Eingriff des Staates in die Wirtschaft über Rettungsmaßnahmen und Konjunkturpakete wurde – anders als in Roosevelts New Deal – nicht von steuerlichen Maßnahmen einer Rückverteilung flankiert (Zinn 2009). Vermögenssteuern, die besonders reiche Männer getroffen hätten, sind nach wie vor nicht (wieder-)eingeführt, obwohl darüber Schulden in der Eurozone einfach beglichen werden könnten – etwa nach dem Vorbild des deutschen Lastenausgleichs (Hentschel 2009). Innerhalb der EU sollten soziale und ökologische Ziele Vorrang haben vor dem Primat des Freihandels, etwa über Sozialkorridore und Steuermindestsätze und eine koordinierte Steuerpolitik und den Abbau der Handelsbilanzungleichgewichte. Die Ausrichtung an alternativen Indikatoren wird zwar seit lan-

gem diskutiert, eine Ausrichtung der Politik an diesen bleibt jedoch aus. Diese Maßnahmen kämen wahrscheinlich Frauen zugute, wenn davon auszugehen ist, dass unterbezahlte, häufig von Frauen verrichtete Arbeiten stärker zum Glück einer Gesellschaft beitragen (NEF 2009). Konjunkturmaßnahmen hätten stärker lenkend konzipiert sein müssen. Beispielsweise hätte der Ausbau der Care-Ökonomie gefördert werden können. Wenn statt ressourcenintensiver Warenproduktion Dienstleistungen gefördert würden, hätte das voraussichtlich positive ökologische Effekte. Die Politik hat die Chancen eines aktiven Umbaus jedoch nicht genutzt.

Nach dem Crash 2008 kündigten zwar viele PolitikerInnen in Machtpositionen durchgreifende Reformen an und griffen oberflächlich Forderungen der sozialen Bewegungen wie die Finanztransaktionssteuer auf. Die Reformen, insbesondere im Bereich der Finanzmarktregulierung, und steuerliche Maßnahmen blieben jedoch bescheiden und Finanzmarktakteure nutzten die zögerliche Haltung der PolitikerInnen, so dass sich paradoxerweise die finanzielle und politische Macht von AnlegerInnen und Finanzunternehmen verstärkte. Hinzu kommt, dass gewählte PolitikerInnen zunehmend mehr Kompetenzen an privat-staatliche ExpertInnengremien abgeben, die zudem überwiegend männlich besetzt sind (Schubert 2009). Unter jüngsten Vorschlägen zum Umgang mit der Eurokrise und im Rahmen des Kuhhandels um den Fiskalpakt finden sich – abgesehen von Minderheitenpositionen – keine Vorschläge, die auf strukturelle Reformen in den Bereichen gendergerechte Gestaltung der Arbeitsmärkte, Ausbau des Sozialstaates oder Umwelt abzielen. Für die Zustimmung zum Fiskalpakt (inklusive der Verpflichtung zum Sparen unabhängig von konjunkturpolitischen Erwägungen und der Überantwortung der Budgethoheit der Parlamente zugunsten der nicht gewählten EU-Kommission) sind lediglich Zugeständnisse im Gespräch wie die ohnehin geplante Finanztransaktionssteuer, bescheidene Maßnahmen zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und ein Wachstumsprogramm, dessen Finanzierung nicht geklärt ist.

Ich schließe: Gemessen an Michalitschs Forderungen „der Entökonomisierung des Selbst“, der „Lösung des Widerspruchs zwischen Erwerbs- und Reproduktionsarbeit“ und deren „Entgeschlechtlichung“ wurde die Chance, die Krise zu benutzen, um Erwerbsleben tiefgreifend umzugestalten, bisher verstanden... Die Rhetorik hinsichtlich der Chancengleichheit für Frauen ändert sich. Hinter der Symbolpolitik verfestigen sich aber Geschlechterungleichheiten, solange – um Michalitsch aufzugreifen – neoliberale Politik fortgeführt wird, die einem reduzierten „von gesellschaftlichen Bedingungen abstrahierenden Begriff von Freiheit“ folgt – der Pseudofreiheit des Kapitals. Aber eine andere Art von Arbeit wird eingefordert. Bei einer Analyse der Forderungen der Occupy-Bewegung und deren Website mit dem Titel „*We are the 99 %*“ stellt David Graeber fest, dass eine große Anzahl von Personen, die sich auf der Webseite äußern, eine andere Art von Arbeit einfordern, und zwar eine Arbeit, die Sinn gibt und es erlaubt, der Rationalität der „Sorge um Andere“ zu folgen (Graeber 2012).

LITERATUR

ARBEITSAGENTUR (2011)

BARBER, BRAD/ODEAN, TERRANCE (2001): Boys Will be Boys: Gender, Overconfidence, and Common Stock Investment. In: The Quarterly Journal of Economics 116 (1), S. 261–292. DAB/FTD 2009

ERTEL, MANFRED (2009): Island Krise. Frauen greifen nach der Macht. in: Spiegel Online, 22. 04. 2009. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/island-krise-frauen-greifen-nach-der-macht-a-619758.html> (Abruf 03.10.2012).

EUROPÄISCHE KOMMISSION JUSTIZ (2011): Die Bekämpfung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles. Online verfügbar unter http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/gender-pay-gap/index_de.htm (Abruf 03.10.2012).

EUROSTAT (2012): Arbeitslosenquote des Euroraums bei 11,0 %. Pressemitteilung euroindikatoren. Online verfügbar unter http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-01062012-AP/DE/3-01062012-AP-DE.PDF (Abruf 03.10.2012).

FAFSG (2009): Investment habits of men vs. women – Fiscal Agents Money Management Newsletter. <http://www.fiscalagents.com/newsletter/4habits.shtml> [6.7.2009].

FLORO, MARIA SAGRARIO/DYMSKI, GARY A. (2000): Financial Crisis, Gender, and Power: An Analytical Framework. World Development, Vol. 28, Issue 7, July 2000.

FORBES (2012): The World's Billionaires. www.forbes.com/billionaires/ (Abruf 03.10.2012).

FRICK, JOACHIM/GRABKA, MARKUS (2009): Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland. Berlin (Wochenbericht des DIW, 4). www.diw.de/documents/publikationen/73/93785/09-4-1.pdf (Abruf 03.10.12).

FRIEDMANN, JED (2009): Psychological Health Before, During, and after an Economic Crisis: Results from Indonesia, 1993-2000. In: The World Bank Economic Review 23 (1), S. 57–76.

GRAEBER, DAVID (2012): Inside Occupy. Frankfurt: Campus.

HENTSCHEL, KARL-MARTIN (2009): Wege aus der Schuldenfalle. In: *taz*, 09. 11. 2009.

KLATZER, ELISABETH/LUKAS, KARIN (2002): Ein feministischer Blick auf die Finanzmärkte. In: Kurswechsel 3/2002, S. 19-31.

MacKINSEY & COMPANY (2012): Gender Diversity als Faktor für den Unternehmenserfolg. Reihe „Gender Matter“. Online verfügbar unter www.mckinsey.de/html/publikationen/women_matter/index.asp (Abruf 03.10.2012).

PÖLL, REGINA (2009): EU-Studie: Männlich, jung, arbeitslos. In: Die Presse, 09. 04. 2009.

SCHUBERTH, HELENE (2009): Ist die Krise männlich? In: VIDC Newsletter (8).

STATISTIK AUSTRIA: www.statistik.at/web_de/statistiken/arbeitsmarkt/arbeitslose_arbeitssuchende/arbeitslose_internationale_definition/index.html

WATERMANN, BRIGITTE (2009): Frauen sind die besseren Anleger. In: Financial Times Deutschland, 19. 04. 2009.

YOUNG, BRIGITTE/SCHUBERTH, Helene (2010): The Global Financial Meltdown And The Impact Of Financial Governance On Gender (Garnet Policy Brief). Online verfügbar unter www.garnet-eu.org/fileadmin/documents/policy_briefs/Garnet_Policy_Brief_No_10.pdf (Abruf 03.10.2012).

ZINN, KARL-GEORG (2009): Mit mehr Wachstum aus der Krise? In: Sauer, Thomas/Ötsch, Silke/Wahl, Peter (Hg.): Das Casino schließen. Analysen und Alternativen zum Finanzmarktkapitalismus. Hamburg: VSA-Verlag, S. 192-203.

AUTORIN

SILKE ÖTSCH, Dr.ⁱⁿ, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für Soziologie, Universität Innsbruck. Mitglied der AG Finanzmärkte und Steuern und des wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland.



MÄNNLICHE CARE ARBEIT – EIN BEITRAG ZUR GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT*

ERICH LEHNER



„Care“, so Margrit Brückner, „umfasst den gesamten Bereich der Fürsorge und Pflege, d.h. familialer und institutionalisierter Aufgaben der Gesundheitsversorgung, der Erziehung und der Betreuung im Lebenszyklus (Kinder, pflegebedürftige und alte Menschen) sowie der personenbezogenen Hilfe in besonderen Lebenssituationen (von Arbeitslosigkeit über häusliche Gewalt bis zu Hilfen bei Wohnungslosigkeit oder angesichts deprivierter Wohnbedingungen).“ (Brückner 2008, 47) In den vielfältigen Bereichen von Care sind vor allem Frauen tätig. Die unterschiedliche Beteiligung der Geschlechter in Care spiegelt traditionelle Weiblichkeits- und Männlichkeitsbilder wider. Die strukturelle Basis für diese Bilder bildet die Grundstruktur der österreichischen Familie: das Familienernährer-Hausfrauen- (Teilzeitarbeiterinnen) Modell. In dem Modell wird Männern die Verantwortung für den Erwerb und Frauen die Sorge um das persönliche Wohl der Familienmitglieder zugeschrieben. Diese Zuschreibung ist aber

auch gleichbedeutend mit einer ungleichen Zuweisung von Machtressourcen an die Geschlechter zugunsten der Gruppe der Männer. Denn in modernen Gesellschaften ist Inklusion und Exklusion in die Gesellschaft in erster Linie über den Erwerbsstatus und erst danach über Familie und Familienbeziehung vermittelt. Für den Großteil der Menschen wird dadurch bezahlte Erwerbsarbeit zu einer wesentlichen Voraussetzung für den Zugang zu materiellen Ressourcen wie Einkommen und sozialer Sicherung ebenso wie zu symbolischen Ressourcen wie Selbstwertgefühl, Anerkennung und Kompetenzen der Lebensplanung (Geissler 2002, 184). Care und Fürsorge spielen daher eine ganz zentrale Rolle in der Frage der Geschlechtergerechtigkeit. Konkret stellt sich die Frage, inwieweit eine stärkere Präsenz von Männern in diesen Bereichen auch zu einer Veränderung traditioneller Männlichkeit führt. Hinweise für diese Annahme fand Scott Coltrane auf der Grundlage seiner Forschungen an nichtindustrial-

sierten Gesellschaften. Es zeigte sich, dass eine gerechte Teilhabe der Geschlechter im öffentlichen Bereich verbunden war mit einer gerechten Aufteilung der Hausarbeit auf die Geschlechter. Auch hatte ein verstärkter Kontakt mit Kindern ein verändertes Männerbild zur Folge, das weniger Dominanz und Konkurrenz und dafür stärkere Aspekte familiärer und sozialer Bezogenheit enthielt (Adams & Coltrane 2005, 243). Dieser Beitrag fokussiert deshalb auf die Care Arbeit in der Familie.

ZUWENDUNG ZUR FAMILIE

Männer haben im Laufe des 20. Jahrhunderts eine maßgebliche Wende in ihrer Orientierung Richtung Familie vollzogen. Helge Pross konnte auf der Grundlage einer der ersten Männeruntersuchungen in Deutschland feststellen: „Beruf, Familie und Partnerschaft sind die Zentren seiner [des Mannes, Anm. d. Verf.] Existenz. Sie haben andere, einstmals ebenfalls ausfüllende Aktivitäten und Kontakte, wie sie zur Kirche, zur Gemeinde, zum Club, zum Bund, zum Freundeskreis, zur Berufsvereinigung, zu sonstigen Zirkeln oder geselligen Verbindungen bestanden, absorbiert.“ (Pross 1978, 61) Dennoch ist diese Zuwendung zur Familie von einer bemerkenswerten Widersprüchlichkeit geprägt. Zwar gibt es unter Männern eine hohe Bereitschaft sich vermehrt um ihre Kinder zu kümmern. So waren in einer Untersuchung im Niederösterreichischen Landesdienst drei Viertel (75%) der Männer bereit, auf Karenz zu gehen, und zwei Drittel (62%) konnten sich vorstellen, zugunsten von Kinderbetreuung Teilzeit zu arbeiten (Lehner & Matkovits & Heger 2010, 16). Demgegenüber stehen jedoch eklatant niedrige Karenzväter- und Teilzeitraten unter Männern. Es gibt also auffällig wenige Väter, die ihre Berufsarbeit tatsächlich zugunsten der Betreuung von Kindern reduzieren.

Die befragten Männer der Studie führten vor allem die Angst vor Einkommensverlust und vor Nachteilen in der beruflichen Karriere als Haupthindernisse dafür an, ihre grundsätzliche Bereitschaft auch in die Tat umzusetzen (Lehner & Matkovits & Heger 2010, 20, 23f). Claudia Born und Helga Krüger stellten in einer mehrere Generationen umfassenden Untersuchung die im Vergleich zur Vätergeneration weit größere Bereitschaft der jüngeren Generation fest, väterliche Präsenz in der Familie zu zeigen. Allerdings stießen sie auch an eine klare Grenze. Sie besteht in einer „Struktur, die die veränderte Vaterschaft nur soweit hinnimmt, wie sie nicht die Arbeitsmarktverfügbarkeit des Mannes betrifft.“ (Born & Krüger 2002, 138) Wenn zwei erwachsene Personen mit zumindest einem Kind unter 16 Jahren zusammenleben, zeigen sich gravierende Geschlechterunterschiede. Der Anteil für berufliche Tätigkeiten beträgt bei Frauen rund 44% und bei Männern 70%. Während so gut wie alle Frauen täglich Hausarbeit verrichten, tun dies nur rund drei Viertel der Männer. Bei einzelnen Tätigkeiten wie z.B. dem Kochen steht einem Anteil von 91% Frauen ein Anteil von 38% Männern gegenüber. Im Schnitt verbringen Frauen deutlich mehr Zeit mit ihren Kindern als Männer. Demnach bleibt also trotz aller Veränderungen die Berufsorientierung im Leben von Männern zentral verankert (Ghassemi & Kronsteiner-Mann 2009, 70f).

Dieses männliche Verhaftetsein an Erwerbsarbeit lässt sich nicht ausschließlich mit einer männlichen Orientierung an der Machtressource Erwerbsarbeit erklären. In ihr sind auch Aspekte männlicher Sorge enthalten. Männer und Frauen, so lässt sich folgern, sehen in Bezug auf die Familie unterschiedliche Handlungsfelder als prioritär an. Während Frauen mit Familie in erster Linie Sorge für das leibliche und seelische Wohl der Familienmitglieder assoziieren, denken Männer in Bezug auf Familie eher an deren materielle Versorgung durch Erwerbsarbeit. „Arbeit ist eine männliche Form der Sorge“ (Schnack & Gesterkamp 1996, 169), haben es Dieter

Schnack und Thomas Gesterkamp treffend formuliert.

Neben der Betreuung von Kindern trägt familiäre Fürsorge auch die Hauptlast der Pflege alter und kranker Menschen. Mehr als 80% der pflegebedürftigen Menschen in Österreich werden zu Hause von Angehörigen gepflegt. 79% dieser Pflegenden sind weiblich, 21% männlich (Pochobradsky & Bergmann & Brix-Samoylenko & Erfkamp & Laub 2005, 11f). Die Zahl der männlichen Pflegenden ist derzeit im Steigen begriffen. Während beispielsweise 1991 in Deutschland der Anteil männlicher Pflegenden 17% betrug, liegt er derzeit bei 35%. Ein Hauptgrund dafür dürfte die demografische Entwicklung sein: Durch die gestiegene Lebenserwartung der Männer steigt auch die männliche Betreuungsleistung unter Ehepartnern. Ein Charakteristikum pflegender Männer ist, dass sie ihre pflegerische Tätigkeit erst im späten Alter entwickeln. Ihr Kohorten-Spitzenwert liegt bei den 80 – 84-Jährigen. „Männliche Angehörigenpflege ist somit überwiegend (Ehe-)Partnerinnenpflege und seltener Elternpflege.“ (Langehenning 2010, 199)

AUSWIRKUNGEN VON CARE WORK AUF IDENTITÄT UND LEBENSGESTALTUNG

Wie wirkt sich nun Care Work auf das Leben und die Männlichkeitskonstruktionen der kleinen Gruppe jener Männer aus, die sie ausführen? In Bezug auf die Betreuung von Kindern durch Väter kommen Sarah Allen und Kerri Daly in einer Zusammenschau der vorliegenden Forschungen zu dem Schluss, dass präsenste Väter eine enorm positive Auswirkung auf die Männer selbst und ihre Lebensgestaltung, auf ihre Partnerinnen und vor allem auf ihre Kinder in Bezug auf ihre soziale, emotionale, physische und kognitive Entwicklung haben. Engagierte Väter haben mehr Selbstvertrauen als Elternteil und erleben sich auch effektiver. Sie haben mehr Verständnis und größere Akzeptanz für ihre Kinder und ein stärkeres Bemühen, sie zu unterstützen und mit ihnen zu kommunizieren. Es gibt Hinweise, dass eine engagierte Vater-

schaft größere eheliche Stabilität und Zufriedenheit mit der Beziehung nach zehn bzw. zwanzig Jahren Ehen zur Folge hat (Allen & Daly 2007, 11f). Schließlich zeigen diese Väter ein größeres soziales Engagement (Eggerbeen & Knoester 2001, 63, 386ff).

Aber auch die Pflege kranker Familienangehöriger verändert das Leben der Pflegenden. Vor allem die amerikanische Pflegeforschung hat versucht einen männlichen Stil der Pflege zu zeichnen. In diesen Studien schilderten Männer sehr oft ihre Herangehensweise in einer Haltung, die aus ihrem Berufsleben stammte. Sie zeigten eine „care management orientation“ (Thompson 2002, 29), in der sie die Pflege aufgabenorientiert, möglichst effektiv zu erledigen suchten und gleichzeitig dafür sorgten, dass sie neben der Pflege auch ein eigenes Leben – z.B. in Form sozialer Kontakte zu anderen Männern – aufrecht erhalten konnten. Dieser als „professional model“ (Thompson 2002, 34) bezeichnete männliche Pflegestil wurde oft als kalt und distanziert kritisiert. Demgegenüber zeigten jüngere Studien, dass Männer diesen Managementstil sehr wohl mit einer Fürsorgehaltung verbinden, in der sie auch persönlich emotional involviert sind. Die in diesen Studien befragten Männer verrichteten häusliche Aufgaben wie Essen zubereiten sowie die Pflege und Intimpflege ihrer Partnerinnen. Liebe und emotionale Verbundenheit sind für sie wichtige Elemente ihrer Betreuung. Allerdings schien es, dass es den Männern leichter fiel über ihre Organisationstätigkeit als über emotionale Aspekte der Pflege zu sprechen (Russell 2007, 311).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass durch familiäre Care Work das Leben der sie ausführenden Männer eine Veränderung erfährt. Die Frage bleibt, ob damit auch ein traditionelles Männlichkeitsbild in Frage gestellt wird. Lori D. Campbell und Michael P. Carroll bleiben skeptisch. In ihrer Studie über pflegende Söhne wurden Verhaltensweisen und Haltungen sichtbar, die einem traditionellen Männlichkeitsbild widersprechen und

auf Veränderung hindeuten: das selbstverständliche Ausführen der Pflege, das Erledigen des Haushalts und ihre emotionale Beteiligung (Campbell & Carroll 2007, 500ff). Andererseits blieben aber auch Elemente einer traditionellen Männlichkeit erkennbar. Auffällig war zunächst ein „male bonding“ und zwar derart, dass Söhne, die ihre Väter pflegten, eine größere Identifikation mit ihnen zeigten als Söhne mit ihren Müttern, die sie pflegten. Ein weiteres Element zeigte sich in der Frage, ob Kinder eine Verpflichtung haben, Eltern zu pflegen. Der Verpflichtung wurde klar widersprochen, dagegen wurde von den meisten „Reziprozität und Fairness“ betont. Sie meinten, wie Eltern früher für ihre Kinder sorgten, so sorgten die Kinder jetzt für ihre Eltern im Alter. Diese Haltung belegen auch andere Studien, sie muss jedoch zusammen mit der von den Befragten geäußerten Überzeugung gesehen werden, dass Frauen sich weitaus besser für die Pflege eignen. Zusammen gelesen ergibt das dann den sehr traditionellen Gedankengang, dass Männer aufgrund abstrakter Prinzipien von Reziprozität und Fairness, Frauen jedoch aufgrund ihrer natürlichen Veranlagung pflegen. Obwohl sich also das Handeln dieser Männer in manchen Punkten von herkömmlichen Männlichkeitsidealen

unterscheidet, haben sie dennoch ein traditionelles Genderbewusstsein. Die AutorInnen folgern, dass traditionelle Männlichkeiten durch diese Männer nicht herausgefordert und verändert werden.

HERAUSFORDERUNGEN DURCH CARE ARBEIT

Zu bedenken ist, dass es sich in diesen Studien um Beispiele von einzelnen Personen handelte. Man kann berechtigt die Frage stellen, ob Männlichkeitsbilder allein durch das Bewusstsein Einzelner verändert werden. „Masculinity“, so formuliert R. Connell, „are configurations of practice within gender relations, a structure that includes large-scale institutions and economic relations as well as face-to-face relationships and sexuality. Masculinity is institutionalized in this structure, as well as being an aspect of individual character or personality.“ (Connell 2000, 29) Männlichkeit ist demnach sowohl auf der individuell-persönlichen als auch auf einer strukturellen Ebene wirksam. Diesem Zusammenhang widmete sich das europaweite Forschungsprojekt „Work Changes Gender“, dessen zentrale Frage ist, wie sich veränderte Arbeitsmarktstrukturen auf Geschlechterverhältnisse und die Männlichkeiten von Männern auswirken.

In einem Subprojekt wurden Männer aus unterschiedlichen europäischen Ländern, die sich für einen längeren Zeitraum der Kinderbetreuung gewidmet hatten, befragt. Auf der Basis dieser Befragungen kommen die AutorInnen zu dem Schluss, dass Care Arbeit Gender verändert (Scambor & Schwerma & Abril 2005, 143ff). Die neuen und unerwarteten Erfahrungen brachten einen Großteil der Männer in eine Situation, in der sie habituelle Unsicherheit in Bezug auf ihren Genderstatus erlebten. Diese Verunsicherung wurde bewältigt durch einen Reflexionsprozess über das Selbst-Konzept und einer Neuausrichtung der sozialen Netzwerke. Konkret wurden vier Stadien herausgearbeitet. Die meisten Männer drückten ihren anfänglichen Stress mit der Pflegesituation in dem Gefühl, am falschen Ort, allein unter Frauen zu sein, aus. Diese Phase wurde deshalb auch „Deplatzierung“ genannt. Um das Selbstkonzept aufrechterhalten zu können wurde in dieser Phase auch auf Distanzierung von Frauen zurückgegriffen. Unter Umständen konnte diese sogar abwertenden Charakter bekommen. Wenn Männer keine Modelle zur Verfügung hatten um dieses Gefühl der Deplatzierung zu integrieren, konnte es zu einer Phase der „Gender Status Unsicherheit“ kommen. Da-



ran schloss sich dort, wo Sorgearbeit nicht abgebrochen wurde, eine Phase der „Reflexion“ an. In ihr reflektierten in Auseinandersetzung mit den herkömmlichen berufsorientierten Männlichkeitsbildern die Männer erneut ihr Selbstkonzept. Schließlich mündete dieser Reflexionsprozess in ein „Rearrangement des Selbstkonzepts“, in dem Care Work als stabiles Element von Männlichkeit etabliert wurde. Dieser beschriebene Prozess kann natürlich auch nicht gelingen und betroffene Männer in eine andauernde Krise mit niedriger Zufriedenheit führen. Wenn er aber gelingt, kann es zu einem geänderten Selbstkonzept in Bezug auf Gender kommen. Allerdings ist dieser positive individuelle Prozess eingebettet und in einem komplexen Zusammenhang mit vielen äußeren Faktoren wie staatliche Gesetzgebung, Milieus, unterstützende organisationale Strukturen und unterstützende Umwelten, etc. zu sehen.

Gerade im Hinblick auf diese Untersuchung kann man annehmen, dass Care Work in der Familie sehr wohl zur Entwicklung neuer, partnerschaftlicherer Männlichkeitsbilder beitragen kann. Das Veränderungspotenzial darf dabei nicht nur in den geänderten Mentalitäten veränderter Personen gesehen werden. Gefordert ist ein tiefgreifender gesellschaftspolitischer Prozess, in dem individuelle Veränderungsprozesse durch gesellschaftliche Strukturen und öffentliche Diskurse aufgenommen, bearbeitet und unterstützt werden.

ANMERKUNG

* Dieser Beitrag stellt die gekürzte Version dar von Lehner, Erich (2011): Neue Männlichkeitsbilder durch männliche „careworker“. In: Kurswechsel, Heft 4, 86 – 94.

LITERATUR

ADAMS, MICHELE/COLTRANE, SCOTT (2005): Boys and Men in Families. In: Kimmel, Michael; Hearn, Jeff; Connell, R.W. (Hg.): Handbook of Studies on Men & Masculinities, Thousand Oaks, 243.
ALLEN, SARAH/DALY, KERRI (2007): The Effects of Father Involvement. An Updated Re-

search Summary of the Evidence, Guelph, http://www.worklifecanada.ca/cms/resources/fira/29/Effects_of_Father_Involvement.pdf (download 13.09.2012), 1; 11f.

BORN, CLAUDIA/KRÜGER, HELGA (2002): Vaterschaft und Vater im Kontext sozialen Wandels. Über die Notwendigkeit der Differenzierung zwischen strukturellen Gegebenheiten und kulturellen Wünschen, in: Walter, Heinz (Hg.): Männer als Väter. Sozialwissenschaftliche Theorie und Empirie, 138.

BRÜCKNER, MARGRIT (2008): Wer sorgt für wen? Auswirkungen sich wandelnder Geschlechter- und Generationsverhältnisse auf die gesellschaftliche Organisation des Sorgens (Care). In: Bauer, Annemarie; Gröning, Katharina (Hg.) Gerechtigkeit, Geschlecht und demografischer Wandel, Frankfurt a. Main, 47.
CAMPBELL, LORI D./CARROLL, MICHAEL P. (2007): The Incomplete Revolution: Theorizing Gender When Studying Men Who Provide Care to Aging Parents. In: Men and Masculinities 9, 500ff.

CONNELL, ROBERT W. (2000): The Man and the Boys. Berkeley, 29.

EGGERBEEN, DAVID/KNOESTER, CHRIS (2001): Does Fatherhood Matter for Men? In: Journal of Marriage and Family, 63; 386ff.

GEISSLER, BIRGIT (2002): Die (Un-)Abhängigkeit der Ehe und das Bürgerrecht auf Care. Überlegungen zur Gendergerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat, in: Karin, Gottschall/Birgit Pfau-Effinger (Hg.), Zukunft der Arbeit und Geschlecht. Diskurse, Entwicklungspfade und Reformoptionen im internationalen Vergleich, Opladen, 184.

GHASSEMI, SONJA/KRONSTEINER-MANN, CHRISTA (2009): Zeitverwendung. Ein Überblick über geschlechtsspezifische Unterschiede, Endbericht der Bundesanstalt Statistik Österreich an die Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst, Wien, 70f.

LANGHENNING, MANFRED (2010): In der Angehörigenpflege ein richtiger „Mann“ bleiben. In: Elisabeth, Reitinger; Sigrid, Beyer (Hg.) Geschlechtersensible Hospiz- und Palliativkultur, Frankfurt a. Main, 199.

LEHNER, ERICH/MATKOVITS, SUSANNE/HEGER, NORA (2010): Projektergebnisse: El-

ternorientierte Personalpolitik mit Focus auf Väter in Niederösterreich, St. Pölten www.noel.gv.at/bilder/d47/zusammenf_EOP_web.pdf?18884 (download 30.09.2012), 16, 20,23f.
POCHOBRADESKY, ELISABETH/BERGMANN, FRANZ/BRIX-SAMOYLENKO, HARALD/ERFKAMP, HENNING/LAUB, RENATE (2005): Situation pflegender Angehöriger. Endbericht, ÖBIG, Wien, 11f.

PROSS, HELGE (1978): Die Männer. Eine repräsentative Untersuchung über die Selbstbilder von Männern und ihre Bilder von der Frau, Reinbek, 61.

RUSSELL, RICHARD (2007): The Work of Elderly Men Caregivers: From Public Careers to an Unseen World. In: Men and Masculinities 9, 311.

SCAMBOR, CHRISTIAN/SCHWERMA, KLAUS/ABRIL, PACO (2005): Towards a New Positioning of Men. In: Puchert, Ralf; Gärtner, Marc; Höyng Stephan (eds.) Work Changes Gender, Men in the Transition of Labour Forms, Opladen, 143ff.

SCHNACK, DIETER/GESTERKAMP, THOMAS (1996): Hauptsache Arbeit. Männer zwischen Familie und Beruf, Reinbek, 169.

THOMPSON, EDWARD H. (2002): What's Unique About Men's Caregiving? In: Kramer, Betty J.; Thompson, Edward H. (Eds.): Men as Caregivers. Theory, Research and Service Implications, New York, 29.

THOMPSON, EDWARD H. (2002): What's Unique About Men's Caregiving? In: Kramer, Betty J.; Thompson, Edward H. (Eds.): Men as Caregivers. Theory, Research and Service Implications, New York, 34.

AUTOR

ERICH LEHNER, Psychoanalytiker in freier Praxis; Männer- und Geschlechterforschung und Palliative Care an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Wien, Graz; Fakultät-IFF, Abt. Palliative Care und Organisations-Ethik.

KOMMENTAR ZU ERICH LEHNER: MÄNNLICHE CARE ARBEIT

MARIA A. WOLF

Erich Lehner hat in seinem Vortrag drei Fragen diskutiert: die nach dem Ausmaß und den Inhalten männlicher Care Arbeit, die nach den Auswirkungen der Care Arbeit von Männern auf Männer, Frauen und Kinder und die nach den Konsequenzen, welche daraus für eine Geschlechterpolitik formuliert werden können. Der Kommentar überlegt im Kontext dieser Fragen, weshalb der Diskurs um die Väter, die sich der Betreuung, Erziehung und Bildung ihrer Kinder widmen (sollten), in den letzten zehn Jahren in Wissenschaft und Sozialpolitik derart wichtig wurde. Weshalb sollen Väter für Elternzeit motiviert werden? Weshalb haben Väter dermaßen an politischer Bedeutung gewonnen?

„ENTFAMILIALISIERUNG DER PRODUKTION“

Diese Fragen sind nicht neu. Mit der „Entfamiliarisierung der Produktion“ im Zuge der Industrialisierung, d.h. der Spaltung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit in Hausarbeit und Erwerbsarbeit, wurden historisch die Weichen gestellt für ein Problem, das bis heute gesellschaftlich wie politisch ungelöst bleibt: die mangelnde Anerkennung von Hausarbeit als Fürsorgearbeit im umfassendsten Sinne, im Kern ein Problem der Verteilungsgerechtigkeit und der sozialen Anerkennung. Die Hausarbeit wurde naturalisiert, familiarisiert und feminisiert und mit einem hohen ideologischen, politischen, rechtlichen und wissenschaftlichen Aufwand als Arbeit unsichtbar gemacht. Das daraus hervorgehende Modell der geschlechtshierarchischen Teilung gesellschaftlich notwendiger Arbeit, das sich im Ideal vom Mann als Vater und Familienernährer und der Frau als Mutter und Hausfrau manifestiert, hat sich historisch aber nie klassenübergreifend durchgesetzt. Es ist im 20. Jahrhundert im

besten Fall für die besser verdienende Mittelschicht ab den 1970er Jahren realisierbar geworden. Vor allem für die Frauen der Arbeiterschicht und der Bauern, letztlich aber für die Frauen jeder gesellschaftlichen Gruppe, die nicht „im Geld schwimmt“, hat diese Arbeitsspaltung zu Doppel- und Dreifachbelastungen geführt, weil sie sowohl Erwerbsarbeit als auch Haus- und Mütterarbeit bewältigen müssen. Das Problem, das bis heute ungelöst bleibt, ist nicht die geschlechtliche Arbeitsteilung an und für sich, sondern die Tatsache, dass Familienarbeit und Erwerbsarbeit, reproduktive und produktive Arbeit hierarchisiert werden. Denn in einer Gesellschaft, in der alle für die Sicherung der eigenen Existenz auf ein finanzielles Einkommen angewiesen sind, erhält die Arbeit, die Geld einbringt, einen höheren Status, und jene, über deren Verrichtung die eigene Existenz nicht abgesichert werden kann, einen niedrigeren Status. Dieser unbezahlte Teil bleibt aber trotz Rationalisierung und Technisierung der Hausarbeit bis heute eine Arbeit, die getan werden muss, d.h. gesellschaftlich notwendige Arbeit.

NATURALISIERUNG, FAMILIALISIERUNG UND FEMINISIERUNG

Und bis heute dominiert im ökonomischen wie sozial- und bildungspolitischen Umgang mit diesem Teil gesellschaftlich notwendiger Arbeit in Österreich eine starke Tradition der *Naturalisierung, Familiarisierung und Feminisierung*. Und diese drei Mechanismen bleiben bis heute das „Betriebsgeheimnis“ der kapitalistischen Ökonomie wie auch des im 20. Jahrhundert auf- und ausgebauten Sozialstaates. Denn es ist nicht nur die Wirtschaft, die ein Interesse daran hat, die Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen im Dienste betrieblicher Gewinnmaximierung

zu instrumentalisieren, indem durch private Fürsorgearbeit von Frauen die Arbeitskraft der (meist männlichen) ArbeitnehmerInnen kostenlos regeneriert wird. Auch der Sozialstaat hat ein Interesse daran, die geschlechtliche Arbeitsteilung aufrechtzuerhalten und durch seine Sozialpolitik zu organisieren (Care-Regime). Dabei lässt sich ein staatliches Prinzip der *Ausgrenzung und der Indienstnahme von Frauenarbeit* erkennen. Es hat sich also nicht nur aufgrund der ökonomischen Veränderungen und der dabei durchgesetzten Privilegierung männlicher Erwerbsarbeit eine ungerechte Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen entwickelt (privater Patriarchalismus), sondern auch zwischen dem Sozialstaat und den Frauen (öffentlicher Patriarchalismus), die eine permanente staatliche Nutzung weiblicher Arbeitskraft v.a. in den Bereichen des Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialwesens zur Folge hat. Frauen sind dabei aufgrund der unbezahlten Haus-, Erziehungs- und Bildungsarbeit, die voneinander oft kaum zu trennen sind, und als bezahlte Angestellte in sozialen, erzieherischen und Gesundheits-Berufen die wichtigsten Subjekte des sozialen Sicherungssystems. Die Naturalisierung, Familiarisierung und Feminisierung gesellschaftlich notwendiger Arbeit in der bürgerlichen Moderne aber führte zur Ab- und Entwertung der in privaten Lebensverhältnissen erbrachten Versorgungs-, Erziehungs- und Bildungsarbeit von Frauen. Und für den Fall, dass diese Arbeit vergesellschaftet wird, zum Auf- und Ausbau der bis heute abgewerteten und schlecht bezahlten „Frauenberufe“ im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich der Wohlfahrtsstaaten des 20. Jahrhunderts.

Die Entfamiliarisierung der Produktion evolvierte eine Verhäuslichung von Mutterschaft

und Kindheit und eine Enthäuslichung von Vaterschaft. Die Verhäuslichung von Mutterschaft führte zur Verheimlichung der weiblichen Produktivität – auch im Bereich der Sorgearbeit – und zur Diskriminierung von Frauen. Die Enthäuslichung der Vaterschaft führte zur Sichtbarkeit männlicher Produktivität und zur Privilegierung von Männern als Väter, deren Status als „Familienernährer“ in der Öffentlichkeit, im Bereich der Erwerbsarbeit und im Feld des Privaten honoriert und rechtlich privilegiert wurde. Die „patriarchale Dividende“ (vgl. Connell 1999) von Männern resultiert – bis ins letzte Drittel des 20. Jahrhunderts – im Öffentlichen wie im Privaten

Gesellschaft und diente seit ihren Anfängen bis weit ins 20. Jahrhundert hinein dazu, die Unsicherheit der Vaterschaft mit Hilfe der Institutionalisierung monogamer Geschlechterbeziehungen in Ehe und Familie zu kontrollieren (vgl. O'Brian 1981; 1997). Die in patriarchal strukturierten Kulturen und Gesellschaften übliche Herstellung männlicher Genealogien (z.B. durch Namensgebung, Erbschaft, Nachfolge) verweist auf dieses spezifische Problem der Väter: ihre Zweifel, ob ein Kind tatsächlich das eigene ist, von „eigenem Fleisch und Blut“, und auf die notwendige Anerkennung ihrer Position durch die Mütter ihrer Kinder und die Gesellschaft. Der die-

senschaft und Sozialpolitik, Männer für Elternzeit zu motivieren? Weshalb haben Väter dermaßen an politischer Bedeutung gewonnen? Dafür können mehrere Gründe genannt werden:

1) *Die Veränderung der Erwerbsarbeitsverhältnisse* für Männer wie Frauen. Es gibt immer weniger männliche Arbeitsplätze mit langfristig gesicherten und ausreichenden Einkommen für eine ganze Familie. Die männliche Normalbiographie kann aufgrund von Flexibilisierung, Entgrenzung, Subjektivierung und Feminisierung von Arbeit, Prekarität und Diskontinuität von Beschäftigungsverhältnissen nicht mehr aufrechterhalten werden. Das männliche „Normalarbeitsverhältnis“, das die moderne Position des Vaters als „bread-winner“ auf Basis geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung erst ermöglichte, verschwindet also infolge der *Strukturveränderungen am Arbeitsmarkt*. Zum anderen gibt es immer mehr befristete Teilzeitjobs für Mütter, deren Arbeitszeitregelung sich nicht an Bedürfnissen der Familien, sondern der Betriebe orientieren (z.B. im Handel, im Gesundheitswesen). Immer mehr Frauen und Mütter müssen für den ökonomischen Erhalt der Familie in Lohnarbeitsverhältnissen arbeiten und/oder wollen dies auch aufgrund ihrer hohen Bildungsabschlüsse.

2) *Die Vervielfältigung familiärer Lebensformen* (z.B. Freundschafts-Familien, Alleinerziehende, Single-Haushalte, Scheidungs-Familien, Patchwork-Familien) führt dazu, dass mütterliche und väterliche Praxis zunehmend unter äußerst heterogenen Bedingungen und Verhältnissen stattfinden.

3) Das zunehmende *Veralten des traditionellen Elternmodelles*, d.h. der bürgerlich-patriarchalen Arbeitsteilung, die um das Ideal des „Familieneinkommens“ zentriert war, führt zu dessen Ersetzung durch ein partnerschaftliches Paarmodell, das die Arbeitsteilung nicht auf Kosten eines Partners/einer Partnerin organisieren will.



immer noch aus der Position von Vätern in einem nachhaltig von Recht und Staat privilegierten Verwandtschaftssystem, auch wenn die Sozialstaaten die Transformation des Privaten in einen öffentlichen Patriarchalismus auf den Weg bringen und antreiben.

Die patriarchale Regulierung der Verwandtschaftsverhältnisse ist ihrerseits historisch wesentlich älter als die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung in der bürgerlichen

se Verwandtschaftsstrukturen immer wieder aufgreifende Familiendiskurs dient also der Aufwertung einer bestimmten Konfiguration von Sozialbeziehungen. Damit bleiben Strukturen der Verwandtschaft bedeutsam.

DISKURS UM DIE VÄTER

Weshalb aber wurde der Diskurs um die Väter, die sich der Betreuung, Erziehung und Bildung ihrer Kinder widmen, in den letzten zehn Jahren so wichtig? Was motiviert Wis-

4) *Die Strukturen der Verwandtschaft*, welche die Unsicherheit der Vaterschaft über Jahrtausende kontrolliert haben, erodieren infolge der biotechnologischen Revolution und infolge der Tatsache, dass zunehmend mehr Frauen Mütter ohne Väter werden.

5) *Sozialversicherungsprogramme veralten*, welche zum Ersten traditionell die LohnbezieherInnen gegen existenzielle Risiken wie Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit versichern, zum Zweiten die Reproduktionsarbeit (Haus-, Erziehungs-, Versorgungs-, Pflegearbeit) durch direkte finanzielle Unterstützung (Familienbeihilfe, Kinderbeihilfe, Pflegebeihilfe) organisieren und zum Dritten Sozialhilfe für jene zur Verfügung stellen, die nicht fähig sind, über selbstständige Erwerbsarbeit für sich selbst zu sorgen (Invalidität, Behinderung, psychische Erkrankung, chronische Erkrankungen etc.).

Männer beantworten diese Veränderungen seit mehr als einem Jahrzehnt mit Widerstand gegen Familiengründung, d.h. immer mehr Männer entscheiden sich gegen Kinder (vgl. Dinklage 2005), oder sie verstärken ihre Erwerbstätigkeit im Falle von Vaterschaft (vgl. Meuser 2009). Verantwortlich für den Geburtenrückgang in den europäischen Ländern ist – so alle relevanten Studien zu dieser Frage – weniger der „Gebärstreik“ der Frauen als der „Zeugungsstreik“ der Männer. Und in

keinem der europäischen Länder ist eine nennenswerte Zunahme des Engagements von Vätern in der Kinderbetreuung zu verzeichnen, trotz vielfältiger sozialstaatlicher Maßnahmen, diese Entwicklung zu unterstützen (vgl. Wullink 2012).

Zugleich werden Kinder mit der Feminisierung von Kindheit in fast allen europäischen Ländern zur Privatangelegenheit gemacht. Es sei naheliegend, so die norwegische Kindheitssoziologin An-Magritt Jensen in der Studie „Children’s Welfare in Ageing Europe“ (Jensen 2004), davon auszugehen, dass die Entscheidung für Kinder privatisiert wird, weil Männer heute weder Familie noch Kinder brauchen, um ihren Status auf dem Arbeitsmarkt und in der Öffentlichkeit zu festigen und zu stärken. Der Status als Familienvater ist im beruflichen Feld und für Karrieren nicht mehr ausschlaggebend für den Erhalt der „patriarchalen Dividende“. Diese hat sich dahingehend verselbstständigt, dass Vaterschaft zunehmend dafür keine Voraussetzung mehr darstellt. Galten Kinder in den letzten Jahrzehnten noch als ökonomisch wertlos, aber emotional unbezahlbar, werden sie heute zunehmend als existentielles Risiko betrachtet, auf das sich privat und öffentlich zunehmend nur mehr Frauen einlassen, weil sie weniger zu verlieren haben als Männer. Die in den letzten beiden Jahrzehnten zu be-

obachtenden Bemühungen um die Väter hängen also *auch* mit bevölkerungspolitischen und volkswirtschaftlichen Überlegungen zusammen, zumal Europa mit einem einschneidenden demographischen Wandel zu kämpfen hat. „Immer mehr junge Erwachsene wagen es nicht mehr, Kinder aufzuziehen. Die radikale Reaktion angesichts unsicherer Arbeitsverhältnisse, unberechenbarer Arbeitszeiten und ungenügender Bedingungen für die Auslagerung von Sorgearbeiten bei hohen eigenen Ansprüchen an elterliche Sorgearbeit ist der Verzicht auf Kinder, oft entgegen eigenen Wünschen. Mehr als vierzig Prozent der gut ausgebildeten überlässt die generationale Reproduktion anderen“ (Zeiger 2005, 207f).

ZENTRALE AUFGABE EINES GESCHLECHTERGERECHTEN SOZIALSTAATES

Es muss also dem modernen Struktureffekt Einhalt geboten werden, dass eine Feminisierung gesellschaftlich notwendiger Arbeit immer mit Entwertung in ökonomischer, finanzieller und symbolischer Hinsicht einhergeht. D.h. es bedarf einer Offensive zur Qualifizierung, Professionalisierung und Höherbewertung von personenbezogenen Dienstleistungen im Bereich von Erziehung, Bildung und Gesundheit. Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Mütter und Väter



zu ermöglichen, sind als zentrale Aufgabe eines geschlechtergerechten Sozialstaates folgende Voraussetzungen zu schaffen: 1) die angemessene Entlohnung von EduCare-Arbeiten im Öffentlichen und Privaten; 2) eine gute Qualität von Betreuungseinrichtungen, die ihrerseits von Professionalisierung und ausreichender Finanzierung abhängig sind; 3) die Reduktion der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich für Mütter und Väter bis zum Ende der Schulpflicht ihrer Kinder.

Auf Mikroebene bedarf es einer Kultivierung von Männlichkeitskonzepten, die zum einen vereinbar sind mit der Tatsache berufstätiger Mütter, die heute ebenso wie die berufstätigen Väter die Außenwelt repräsentieren, ökonomisch die Familien erhalten (z.B. werden in Österreich 32% der Familien ökonomisch von Müttern erhalten) und innerfamiliäre Entscheidungen treffen. Zum anderen muss längerfristig die Vorstellung von Männlichkeit mit der Idee des involvierten Vaters vereinbar werden. Denn bislang ist das zentrale Problem, dass die mediale und wissenschaftlich hervorgebrachte Diskursfigur des „involvierten Vaters“ noch immer nicht zu den gängigen Vorstellungen von „echter Männlichkeit“ passt (vgl. Meuser 2009). Auch gehe, so Michael Meuser, bislang das

größere Engagement des Vaters nicht einher mit einer Entlastung der Mutter (ebd.). Aus geschlechtersoziologischer Perspektive ist zu kritisieren, dass Kinder möglicherweise einen „neuen Vater“ bekommen (wobei sich in der medialen und wissenschaftlichen Debatte die neue Fürsorgefunktion des Vaters meist auf den „Vater als Spielkamerad“ in der „Beziehung zum Sohn“ beschränkt), aber nicht die Mütter einen neuen Partner im Hinblick auf neue elterliche Aufgabenverteilung.

LITERATUR

CONNELL, ROBERT W. (1999): Der gemachte Mann: Konstruktion und Krise von Männlichkeiten. Opladen: Leske + Budrich.

DINKLAGE, MEIKE (2005): Der Zeugungsstreik: warum die Kinderfrage Männersache ist. München: Diana-Verlag.

HELFFERICH, CORNELIA (2009): Männer in der Familie. In: Kapella, Olaf (Hrsg.): Die Vielfalt der Familie. Tagungsband zum 3. Europäischen Fachkongress Familienforschung. Opladen u.a.: Verlag Barbara Budrich, 188-200.

JENSEN, AN-MAGRITT (2004): Children's Welfare in Ageing Europe: Norwegian Centre for Child Research.

O'BRIAN, MARY (1997): Die Dialektik der Reproduktion. In: Dölling, Irene/Krais, Beate

(Hrsg.): Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis. Frankfurt/M: Suhrkamp, 75–104.

O'BRIAN, MARY (1981): The Politics of Reproduction. Boston, London and Henley: Routledge & Kegan Paul.

MEUSER, MICHAEL (2009): Männer und Familie. Perspektiven aus der Männlichkeitsforschung. In: Kapella, Olaf (Hrsg.): Die Vielfalt der Familie. Tagungsband zum 3. Europäischen Fachkongress Familienforschung. Opladen u.a.: Verlag Barbara Budrich, 145-153.

WULLINK, KAREN (2012): Väter in Elternzeit – Wirkfaktoren der Inanspruchnahme. Deutschland, Island und die Niederlande im Vergleich. Bachelorarbeit Erziehungswissenschaft. Universität Innsbruck.

ZEIHER, HELGA (2005): Der Machtgewinn der Arbeitswelt über die Zeit der Kinder. In: Hengst, Heinz/Zeiber, Helga (Hrsg.): Kindheit soziologisch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 201-226.

AUTORIN

MARIA A. WOLF, Mag.^a, Dr.ⁱⁿ, a.Univ.-Prof.ⁱⁿ, Leiterin des Instituts für Erziehungswissenschaften, Universität Innsbruck



AKTUELL

UMSCHULUNG IN CARE-BERUFE FUNKTIONIERT NICHT

Knapp 23.000 ehemalige Schlecker-MitarbeiterInnen, großteils Frauen, sind arbeitslos. Der Vorschlag der deutschen Arbeits- und Sozialministerin Ursula von der Leyen, arbeitslose Schlecker-Frauen zu Erzieherinnen und Altenpflegerinnen umzuschulen, erweist sich laut einem Zeitungsbericht in der Praxis als nahezu unmöglich. Nur 81 der knapp 23.000 ar-

beitslos gemeldeten ehemaligen Beschäftigten absolvierten eine mehrjährige Umschulung, etwa zur Erzieherin oder Altenpflegerin. Etwa 97 Prozent der knapp 23.000 von der Schlecker- und IhrPlatz-Pleite Betroffenen sind Frauen, rund ein Viertel von ihnen hat bisher eine neue Arbeit gefunden. 3.950 haben sich laut der Zeitung bei den Arbeitsagenturen ganz abgemeldet, weil sie in Mutterschutz gingen, vor der Pension stehen oder keine Leistungen erhalten, etwa weil ihr Ehepartner zu viel verdient. 10.000 Betroffene absolvierten Weiterbildungsmaßnahmen. Die von der Ministerin geforderte Umschulung zur Erzieherin scheitert häufig an den Vorgaben: So dürfe die Bundesagentur eine Umschulung maximal zwei Jahre fördern – die Ausbildung von Erzieherinnen dauere jedoch drei Jahre. Wer das dritte Jahr bezahlen muss, ist demnach zwischen Bund und Ländern umstritten. Nur in Einzelfällen sei bisher eine Lösung gefunden worden. (APA, 2.10.2012)

CARE ARBEIT: NEU BEWERTEN – NEU VERTEILEN – NEU GESTALTEN

BARBARA STIEGLER



Die Krise im Pflegesystem wird oft mit dem demografischen Wandel erklärt: In Zukunft würde es immer mehr pflegebedürftige Menschen geben und immer weniger Jüngere, die sie pflegen. Damit werden die geplanten Beitragssteigerungen oder Leistungskürzungen begründet. In Wirklichkeit erschließen sich die Krisenursachen aber viel deutlicher, wenn man die Pflegearbeit selbst betrachtet: die private, die ehrenamtliche, die semiprofessionelle und die professionelle. Erst dieser Blick eröffnet die tiefer liegende Problematik, die mit der gesellschaftlichen Arbeitsorganisation, der Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen und der gesellschaftlichen Bewertung der Pflegearbeit zusammenhängt. Die Analyse von Arbeit hat im feministischen Diskurs eine lange Tradition: Schon immer geht es dort um die Teilung in bezahlte und unbezahlte Arbeit, ihre Zuordnung zu Männern und Frauen und ihre gesellschaftliche Organisation.

1. CARE ARBEIT UND DIE PFLEGearBEIT ALS IHR WEITGEHEND UNENTDECKTER TEIL

In der Debatte um die Sicherung des Wohlstandes in der Zukunft, die vor allem unter der ökonomischen Perspektive geführt wird,

spielt die Care Arbeit kaum eine Rolle. Feministische Ökonomen haben auf die Blindheit der traditionellen Ökonomie hingewiesen und ihre Theorien als unvollständig charakterisiert, weil ihre Analysen ohne die Beachtung der (unbezahlten) Care Arbeit auszukommen meinen. Wirtschaftliche Zusammenhänge können aber nicht richtig begriffen werden, wenn die Basis der unbezahlten Arbeit außen vor gelassen wird.

Der Begriff „Care Arbeit“ umfasst bezahlte und unbezahlte Arbeit, die in der Fürsorge für Abhängige (sei es wegen Alter, Krankheit oder Behinderung) besteht.

Im Gegensatz zu Dienstleistungen und zur Produktion von Sachen geht es bei der Care Arbeit ganz wesentlich darum, zwischenmenschliche Beziehungen herzustellen und zu erhalten. Diese Arbeit kann deswegen auch nicht einfach vervielfältigt oder gar automatisiert werden, ohne dass die ihr eigene Qualität verloren geht. Die Care Arbeit unterliegt einer anderen Logik als die Produktion von Sachen und Dienstleistungen, sie sperrt sich sozusagen gegen profit-orientiertes Vermarkten. Ihre „Produktivität“ muss deshalb auch anders definiert werden. Als Indikator eignet sich nicht der „Output pro Stunde“, der durch Kapitalinvestitionen oder technische Verbesserungen immer mehr erhöht werden kann. Vielmehr definiert sich die der Care Arbeit eigene Produktivität (wenn man überhaupt dieser Begrifflichkeit hier folgen will) über die Qualität fürsorglicher Arbeit und über das Wohlbefinden der Umorgten. Diese Produktivität hat da ihre Grenze, wo die Qualität der Beziehung und damit die Care Arbeit selbst in Frage gestellt wird.

Care Arbeit ist im Vergleich zu anderer Arbeit schlechter bewertet und wird vor allem von Frauen verrichtet. Der Umfang und die Art und Weise der Care Arbeit werden in jeder Gesellschaft aber politisch gesteuert. Es ist politisch

gestaltbar, wer die Verantwortung für diese Arbeit trägt (privat oder öffentlich), ob und wie sie bezahlt wird und welche Rechte diejenigen haben, die diese Arbeit leisten („care giver“) und die, die sie in Anspruch nehmen („care receiver“).

Wenn Care Arbeit in den Fokus gesellschaftlicher Diskussionen rückt, so ist es vor allem die Kinderbetreuung. Hier gibt es Diskussionen zum Fachkräftemangel, zur Professionalisierung und zur Aufwertung. Die Care Arbeit für Pflegebedürftige ist dagegen noch ziemlich unterbelichtet.

Der Umfang privater Care Arbeit für Pflegebedürftige ist erst seit kurzem bekannt: Erste Analysen (Backes 2008) zeigen, dass es sich dabei um circa 4,9 Milliarden Stunden handelt, ein Arbeitsvolumen, das in etwa 3,2 Millionen Vollerwerbsarbeitsplätzen entspricht. Über die Geschlechterverhältnisse im Pflegesystem wissen wir:

- » Die private Pflegearbeit wird überwiegend von Frauen geleistet. Frauen pflegen häufiger als Männer. Die familiäre Verpflichtung als Partnerin, als Tochter oder Schwiegertochter ist stärker als die der Männer, die allenfalls als Partner pflegen.
- » Das Durchschnittsalter pflegender Frauen liegt zwischen 50 und 60 Jahren, also noch in der erwerbsfähigen Lebensphase, das der Männer liegt bei 80 Jahren, also im Ruhestand.
- » Die enorm hohe Bereitschaft besonders von Frauen, die als Ehefrauen, Töchter, Schwestern oder Schwiegertöchter die Angehörigen pflegen, führt häufig zu der Aufgabe oder Reduktion der Erwerbsarbeit: 60 Prozent aller Pflegenden sind nicht erwerbstätig, 27 Prozent gaben ihre Erwerbsarbeit für die Pflege auf. Frauen arbeiten eher Teilzeit, um Erwerbsarbeit und Pflegearbeit zu vereinbaren.



- » Frauen geraten daher weitaus häufiger als Männer in finanzielle Abhängigkeit vom Partner oder vom Staat, wenn sie private Pflegearbeit leisten.
- » Pflegende Angehörige haben ein stark erhöhtes gesundheitliches Risiko.
- » Aufgrund des höheren Lebensalters des Partners und dessen geringerer Lebenserwartung ist für Frauen die Wahrscheinlichkeit viel höher, dass sie bei Pflegebedürftigkeit alleine leben und nicht mit einem pflegenden Partner rechnen können, wie dies umgekehrt für Männer der Fall ist.
- » Alleinstehende haben wenige Chancen, im Alter jemanden für die eigene Pflege zu finden.
- » Das Armutsrisiko von Alleinlebenden in der Altersklasse ab 65 Jahre ist doppelt so hoch wie das der Personen in Paarhaushalten.
- » Frauen mit einer geringen Rente (oft wegen der Kinderbetreuung oder der Arbeit in einem typischen Frauenberuf) stehen als Pflegebedürftige vor dem Problem, dass die Pflegeversicherung die Kosten der Dienstleistungen nicht abdeckt, die sie für eine Versorgung zu Hause brauchen. So bleibt ihnen nur der Weg in ein Heim.
- » Eine Analyse der Pflegeversicherung zeigt, dass viele Regelungen pflegende (weibliche) Familienangehörige voraussetzen

und damit die geschlechtliche Arbeitsteilung zementieren.

Betrachtet man den professionellen Teil der Pflegearbeit, so zeigt sich die Abwertung der Care Arbeit in einem anderen Gewand: Die meisten Frauen können von ihrer beruflichen Pflegearbeit nicht leben: Die Löhne in den typischen Frauenberufen wie Altenpflege oder Haushaltshilfe sind zu gering. Im Pflegebereich ist selbst die Einführung von Mindestlöhnen schon von erheblichen Widerständen begleitet. Aber auch die Organisation der Arbeit in einer Vielzahl prekärer Arbeitsverhältnisse, von Teilzeit bis zum Minijob, tragen zur mangelnden Existenzsicherung bei. Und oft liegt die Lösung für das („rund um die Uhr“) Pflegeproblem auf den Schultern von schlecht bezahlten (Pendel-)Migrantinnen, die wegen der geforderten Arbeitsbedingungen wiederum eigene Kinder und Pflegebedürftige in ihren Herkunftsländern nicht versorgen können.

In Deutschland sind die Diskussionen um die notwendigen Veränderungen im Pflegesystem noch rudimentär. Eine umfassende Vision und ein politisch getragenes Konzept zur Gestaltung der Pflegearbeit in Zukunft stehen noch aus. Dabei geht es gerade nicht nur um die finanzielle Absicherung des Pflegerisikos. Es fehlt ein konzeptioneller Diskurs über vielfältige Formen der Versorgung durch Angehörige und professionelle Kräfte, ihr Zusammen-

spiel und ihre jeweiligen Verantwortlichkeiten und zwar unter der Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit. Ein genaueres Bild über den heutigen Umfang der Arbeit, die Strukturen sowie über die Lebenslagen derer, die pflegen, und derer, die gepflegt werden, würde zeigen, dass in Zukunft erheblich andere Rahmenbedingungen erforderlich sind. Die Formen, in denen heute gepflegt wird, würden sich als nicht tragfähig für die Zukunft erweisen: Dann wird es nämlich einerseits zu einem Anwachsen der Anzahl der Pflegebedürftigen kommen und zum anderen werden die „familialen Pflegepotentiale“, also überwiegend die Frauen, immer weniger zur Verfügung stehen können oder wollen. Die Gründe für das Anwachsen der Anzahl der Pflegebedürftigen liegen im zunehmenden durchschnittlichen Lebensalter und in der Tatsache, dass in Zukunft geburtenstarke Jahrgänge in das Alter kommen, in dem die Wahrscheinlichkeit der Pflegebedürftigkeit wächst. Das weitere Sinken der ohnehin schon niedrigen Geburtenrate und die Zunahme Kinderloser führen dazu, dass familiäre Bindungen nicht mehr private Pflegearbeit garantieren. Die Gründe für das schwindende „Potential“ liegen auch im wachsenden Erwerbsarbeitsvolumen von Frauen in jedem Alter und in den steigenden Anforderungen an Mobilität und Flexibilität in der Erwerbsarbeit. Sie machen eine tagtägliche Betreuung von Pflegebedürftigen an einem Ort zu vorbestimmten Zeiten immer schwieriger. Dadurch wird das Problem

der Vereinbarkeit von Pflege und Erwerbsarbeit für immer mehr Personen immer drängender.

2. GESCHLECHTERGERECHTE GESTALTUNG DER CARE ARBEIT IST MÖGLICH: ZWEI BEISPIELE

Im Folgenden werden zwei Vorschläge zur Diskussion gestellt, die einer geschlechtergerechten Gestaltung des Pflegesystems entsprechen: das 1000 Stunden-Modell zur Vereinbarkeit von Pflege- und Berufsarbeit und das kommunale Dienstleistungszentrum für Bürgerinnen und Bürger als Garant einer guten Versorgung von Hilfebedürftigen vor Ort.

2.1. DAS 1000 STUNDEN-MODELL

Folgende Grundpositionen tragen diesen Vorschlag:

- » Die Pflege ist keine private sondern eine gesellschaftliche Aufgabe. Es ist demnach nicht das private Problem erwerbstätiger Menschen, wenn sie eine Pflegeverantwortung übernehmen, sondern gesellschaftliche und betriebliche Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, damit sie diese Aufgabe bewältigen können.
- » Vereinbarkeit bedeutet, dass es nicht zu einem „Entweder–oder“ von Erwerbsarbeit und Pflege kommen darf, sondern dass eine Erwerbsarbeitssituation geschaffen wird, in der auch der Pflegeverantwortung gerecht werden kann.
- » Pflegearbeit, die mit der Erwerbsarbeit zu vereinbaren ist, kann nicht die gesamte Betreuungs- und Pflegearbeit für pflegebedürftige Menschen durch die erwerbstätige Person beinhalten. Das meiste dieser Arbeit gehört in fachliche Hände. Für die fachgerechte Ausübung von Pflegehandlungen ist eine Ausbildung erforderlich. Laienpflege bedarf immer der professionellen Unterstützung und Ergänzung, ansonsten führt sie zur Überforderung der Laien.
- » Wenn Pflegearbeit durch Erwerbstätige also nicht in der Rund-um-die-Uhr Betreuung eines Pflegebedürftigen durch die erwerbstätige Person bestehen kann, geht

es bei den Erwerbstätigen vielmehr um eine fürsorgliche Begleitung, um das tätige Sich-kümmern um die pflegebedürftigen Menschen und das Übernehmen der Verantwortung für ein Pflegenetzwerk. Pflege durch Erwerbstätige bezieht sich auf den Aufbau und das Aufrechterhalten eines Netzwerkes, das sich aus verschiedenen Personen mit verschiedenen Qualifikationen zusammensetzt. Auch Tagespflegeeinrichtungen, Pflegeheime und Krankenhäuser sind Teile eines solchen Netzwerkes, ebenso professionelle, semi-professionelle und ehrenamtliche Kräfte, NachbarInnen und FreundInnen.

- » Erwerbstätige mit Pflegeverantwortung erfüllen damit eine, vielleicht die wichtigste Stelle in diesem Netzwerk. Aus dieser Funktion darf ihnen aber in der Erwerbsarbeit kein Nachteil entstehen: Je mehr erwerbstätige Männer und Frauen sich in Pflegenetzwerken engagieren, desto normaler wird es, dass Erwerbstätige auch immer eine Fürsorgeverpflichtung haben, sei es für kleine, behinderte oder pflegebedürftige Menschen: Diese bisher eher als weiblich betrachtete Verpflichtung muss zu einer allgemeinen, also geschlechtsunabhängigen Normalität werden.

Freistellungsregelungen für Erwerbstätige mit Pflegeverantwortung

- » Eine bis zu zehntägige bezahlte Freistellung bei Eintritt eines akuten Pflegebedarfs: mit Lohnersatzleistung;
- » eine bezahlte Freistellung im Rahmen eines Zeitbudgets von 1.000 Arbeits-Stunden, das flexibel über einen großen Zeitraum verteilt und in Tranchen verwendet werden kann;
- » eine Freistellung für die Sterbebegleitung;
- » alle Freistellungen werden mit einem Rechtsanspruch auf Inanspruchnahme und Rückkehr auf den Arbeitsplatz abgesichert;
- » das Zeitbudget steht jeweils einmal pro Pflegebedürftigen zur Verfügung;
- » die Lohnersatzleistung ist in Analogie zum

Elterngeld ausgestaltet.

- » Um aber dieses Modell überhaupt zu realisieren, muss eine bedarfsgerechte und eine fachlich auf dem neuesten Stand stehende Versorgung für die Pflegebedürftigen vor Ort bereitgestellt werden. Dazu ist der zweite Vorschlag gedacht:

2.2. DAS KOMMUNALE DIENSTLEISTUNGSZENTRUM FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER (DZB)

Auch dieser Vorschlag beruht auf einigen Grundsätzen:

- » Die Pflege von älteren Menschen ist primär eine Aufgabe der Gesellschaft und nicht der „Familien“.
- » Insbesondere Frauen müssen von der privaten Pflegearbeit entlastet werden.
- » Ältere Menschen sollen selbstbestimmt entscheiden, wie und wo sie im Alter wohnen und leben wollen.
- » Die Pflege in der häuslichen Umgebung hat solange wie möglich Vorrang vor der Versorgung in Pflegeheimen.
- » Die Pflege soll Inklusion (Behinderte, Schwerstkranke, Pflegebedürftige) ermöglichen.
- » Pflegen ist eine qualifizierte, anspruchsvolle und gesellschaftlich sehr wertvolle Arbeit.
- » Arbeitsbedingungen für professionell Pflegenden sollen im Sinne der „guten Arbeit“ gestaltet sein.

Struktur

Die Kommune ist zuständig für die Einhaltung des (noch nicht durchgesetzten) individuellen Rechts auf qualitativ gute Pflege. Sie ist ferner zuständig für die Erhebung des lokalen Bedarfs an guter Pflege sowie die Information über das Angebot. Sie ist der Träger des DZB. Dienstleister sind freie Träger, Verbände, Selbsthilfegruppen, bürgerschaftlich Engagierte und gegebenenfalls auch Angestellte der Kommune.

Kernangebote des Zentrums

- » Koordination und Steuerung der Unterstützungsdienstleistungen (Case Management);

- » ambulante Pflegedienstleistungen;
- » haushaltsnahe Dienstleistungen;
- » Mobilitätshilfen;
- » medizinische Dienstleistungsangebote (z.B. Haus- und Fachärztinnen, PhysiotherapeutInnen etc.);
- » Angebote der Gesundheitsförderung und Prävention für alle Altersgruppen;
- » Tagespflege;
- » Begegnungstätten;
- » Dienstleistungen für Familien mit Kindern;
- » Angebote für Menschen mit Demenz;
- » Angebote für Selbsthilfegruppen;
- » kulturelle Angebote;
- » Unterstützung für bürgerschaftlich Engagierte.

Solche Zentren sind flächendeckend einzurichten.

3. FAZIT

Durch die gegenwärtige Gestaltung des Pflegesystems werden in doppelter Weise geschlechtsbezogene Ungerechtigkeiten aufrechterhalten: Die private, unbezahlte Arbeit ist überwiegend Sache der Frauen und bringt für sie ein finanzielles Absicherungsproblem, die professionell geleistete Arbeit ist durchgängig unterbezahlt. Die demografischen Ver-

änderungen verschärfen die Probleme, sie sind nicht dessen Ursache. Die feministische Diskussion könnte an ihre alten Erkenntnisse anknüpfen und innovative Vorschläge zur Gestaltung der Care Arbeit entwickeln: Der hohe Wert der Care Arbeit für die Lebensqualität und eine geschlechtergerechte Verteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit stünden dabei im Mittelpunkt.

VERÖFFENTLICHUNGEN DER FRIEDRICH EBERT STIFTUNG ZU GESCHLECHTERPOLITIK IN DER PFLEGE

BACKES, GERTRUD MARIA/WOLFINGER, MARTINA/AMRHEIN, LUDWIG (2008): Gender in der Pflege: Herausforderungen für die Politik. Online verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/05587.pdf> (Abruf 03.10.2012).

BACKES, GERTRUD MARIA/WOLFINGER, MARTINA/AMRHEIN, LUDWIG (2011): Geschlechterpolitik zu Pflege/Care: Anregungen aus europäischen Ländern. Online verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08222.pdf> (Abruf 03.10.2012).

ENGELMANN, DIRK/STIEGLER, BARBARA (2011): Zeit und Geld für pflegende Angehörige: Eckpunkte für eine geschlechtergerechte Gestaltung der Vereinbarkeit von Beruf und

Pflege.

Online verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08192.pdf> (Abruf 03.10.2012).

GUMPERT, HEIKE (2009): Wenn die Töchter nicht mehr pflegen...: Geschlechtergerechtigkeit in der Pflege. Online verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06694.pdf> (Abruf 03.10.2012).

STIEGLER, BARBARA (2011): Gute Pflege - gute Arbeit: das kommunale Dienstleistungszentrum für Bürgerinnen und Bürger. Online verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08477.pdf> (Abruf 03.10.2012).

AUTORIN

BARBARA STIEGLER, Dr. phil., Diplompsychologin, Diplompädagogin; bis Ende 2011 Leiterin des Arbeitsbereichs Frauen- und Geschlechterforschung in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich Ebert Stiftung. Forschungsarbeiten zur Humanisierung der Arbeit. Seit 1982 im Bereich der Frauenforschung tätig. Seit 1998 Forschung und Beratung zum Thema Gender Mainstreaming und Gender Budgeting, seit 2007 Beratungsprojekte zu Care/Gender/Alter.



AKTUELL

TAG DER ABRECHNUNG

Gratis arbeiten heißt es für Oberösterreichs Frauen ab 20. September. Es ist Equal Pay Day. Oberösterreichs Männer haben also bereits jenes Einkommen erreicht, für das Frauen noch bis zum Jahresende arbeiten müssen. 103 Tage verbleiben bis dahin. Demnach liegt der aktuelle Nachteil der Fraueneinkommen gegenüber jenen der Männer in Oberösterreich

bei 28,1 Prozent (im Vergleich bei ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung). Österreichweit sind nur die Vorarlbergerinnen (31,8 Prozent) noch schlechter dran. Am geringsten ausgeprägt ist die geschlechtsspezifische Einkommensschere in Wien mit 20 Prozent. Österreichweit findet der Equal Pay Day in diesem Jahr am 6. Oktober statt, Frauen verdienen im Durchschnitt also um 23,7 Prozent weniger als Männer. Diese Zahlen stammen von der Arbeiterkammer Oberösterreich und wurden auf Datenbasis der Lohnsteuerstatistik 2010 der Statistik Austria berechnet. Equal Pay Day 2012 in den Bundesländern: Vorarlberg: 6.9.; Oberösterreich: 20.9.; Tirol: 25.9.; Salzburg: 27.9.; Niederösterreich: 3.10.; Steiermark: 5.10.; Burgenland: 7.10.; Kärnten: 8.10.; Wien: 19.10. (dieStandard.at 20.9.2012)

CARE ARBEIT IN ÖSTERREICH

KOMMENTAR ZU BARBARA STIEGLER: CARE ARBEIT: NEU BEWERTEN – NEU VERTEILEN – NEU GESTALTEN

EVA FLEISCHER

Da ich die grundlegenden Einschätzungen von Barbara Stiegler teile, werde ich in meinem Kommentar zunächst auf die österreichische Situation eingehen, sofern sie sich von der dargestellten deutschen Situation unterscheidet. Anschließend setze ich mich mit den von ihr vorgestellten zwei Modellen zur Neuorganisation von Care Arbeit auseinander.



DATEN UND FAKTEN ZUR PFLEGEARBEIT IN ÖSTERREICH

Etwa 80 % der pflegebedürftigen Personen werden zu Hause gepflegt, überwiegend von Frauen. 5,1 % werden durch 24-Stunden-Pflege betreut, diese ist seit 2007 legalisiert und staatlich subventioniert. 51,3 % werden ausschließlich durch Angehörige versorgt, 25,6 % durch mobile Dienste (oft in Kombination mit Angehörigen) (ÖBIG 2005; Ruddy et al. 2008, 1). 78 % der pflegenden Angehörigen sind

weiblich. Dabei werden die Pflegeleistungen zu 40 % von Ehe- bzw. LebenspartnerInnen geleistet, über 25 % werden von Kindern (überwiegend von Töchtern) erbracht (ÖBIG 2005, 1). Die Pflege unter Nicht-Verwandten ist ebenfalls fast ausschließlich Frauensache (83 %) (Statistik Austria 2003, 44-45).

Bei den Senioren- und Pflegeheimen finden sich Kommunen, Nichtregierungsorganisationen sowie gewinnorientierte Träger. Diese gewinnorientierten Träger sind allerdings – im Gegensatz zu Deutschland – in der Minderheit, ca. 22 % (Nam 2003, 2). Ambulant werden Hauskrankenpflege, Altenpflege und Heimhilfe sowie Sachleistungen wie Essen auf Rädern angeboten, die in Tirol (Innsbruck ausgenommen) über kommunale Sozialsprengel organisiert sind, d.h. in einer Region gibt es ein Anbietermonopol, womit keine Wahlfreiheit gegeben ist. Jedes Bundesland hat eine andere Organisationsstruktur der ambulanten Altenpflege, was die Vergleichbarkeit sehr erschwert. Neben den „klassischen“ Angeboten wie Heimen oder ambulanten Dien-

sten entwickeln sich langsam neue Formen wie Tagesstrukturen oder betreutes Wohnen. Die staatlichen Ausgaben für Pflege setzen sich zusammen aus Direktzahlungen an die pflege- und betreuungsbedürftigen Personen und Sachleistungen. Die Transferleistung richtet sich an die pflegebedürftige Person (Pflegegeld), damit diese Pflegeleistungen zukaufen kann. Zwei Mrd. Euro werden jährlich als Pflegegeld ausbezahlt. Da die Höhe des Pflegegeldes den Pflegebedarf zu Markt-

preisen keineswegs decken kann, z.B. stehen bei einem Pflegebedarf bei Stufe 5 von 160 Stunden monatlich umgerechnet 5,01 Euro pro Stunde zur Verfügung, wird damit implizit das familiäre Pflege „personal“ als Ressource vorausgesetzt. Dies umso mehr, als für diese Pflegestufe eine „dauernde Bereitschaft“ notwendig ist, um überhaupt so „viel“ Geld zu bekommen. Die Bruttokosten für Pflegesachleistungen beliefen sich 2010 auf 2,7 Mrd. Euro. Davon gingen 2,1 Mrd. Euro in den stationären Bereich, 700 Mio. Euro an Einrichtungen der ambulanten Pflege (Statistik Austria 2012).

Die Finanzierung erfolgt durch Länder und Gemeinden sowie Eigenbeiträge. Hierzu ist anzumerken, dass die Gestaltung der Selbstbehalte sehr unterschiedlich erfolgt. Im stationären Bereich wird bundesweit auf das Einkommen und das gesamte Vermögen (bis auf einen Freibetrag für die Beerdigung) zugegriffen, in Kärnten und der Steiermark sind auch die Kinder regresspflichtig. Innerhalb der Gruppe der Erbenden sind die Beiträge je nach Gesundheitszustand der Eltern und deren Voraussicht, Angespartes rechtzeitig an die Kinder zu übertragen, ungleich verteilt. Hier ist eine generelle Neuregelung der Erbschafts- und Schenkungssteuer anzustreben. Alle ErbInnen sollten zur Finanzierung der Pflege herangezogen werden, da derzeit manche fast 100 % besteuert werden, andere hingegen gar nicht.

Wenn von Kosten und Finanzierung der Pflege die Rede ist, dann müssen auch die unentgeltlich erbrachten Pflegeleistungen berücksichtigt werden. Je nach Berechnung erbringt die Personengruppe der informell Pflegenden eine Leistung zwischen zwei und drei Milliarden Euro jährlich (Schneider et al. 2006, 15).

DIENSTLEISTUNGSZENTRUM FÜR BÜRGERINNEN

Diese Idee ist grundsätzlich zu begrüßen. Es gibt in Tirol bereits Ansatzpunkte für Modelle in diese Richtung: Kommunal organisierte Sozialsprengel fungieren als Koordinationsstellen für die Organisation der ambulanten Pflege und Betreuung. Hier sind allerdings noch Lücken vorhanden: Wochenend- bzw. Nachtangebote fehlen, es gibt keine sozialarbeiterische Beratung (Case Management). Ein großes Problem stellt auch die Finanzierung dar. Ab vier Stunden Betreuung pro Tag gilt die Betreuung zu Hause als „unrentabel“ und das Heim ist finanziell günstiger. Deshalb existieren parallel dazu Anbieter für 24-Stunden-Pflegedienste außerhalb der Sozialsprengel. Generell gilt es, das Denken im Rahmen der Alternative „Pflege zu Hause“ versus „Pflege im Heim“ zu überwinden. „Weg von dichotomen Modellen hin zu einem Kontinuum“ sollte das Leitbild sein. In dem Modell des Dienstleistungszentrums ist dies mit den Tageszentren teilweise angesprochen, aber ist das genug? Welche Vision von Leben und Wohnen steht hinter dem Leitbild der „Pflege zu Hause“? Pflege zu Hause kann auch Vereinsamung heißen, kann auch Leben in unzureichenden Wohnsituationen und Abhängigkeitsverhältnissen sein. Deshalb sollte unbedingt über Modelle wie betreutes Wohnen nachgedacht werden.

Darüber hinaus braucht es auch eine Änderung der Leitbilder bei den direkt Beteiligten. Es geht darum, den Fokus von der familiären Verantwortung hin zu einer gesellschaftlichen Verantwortung zu richten. In Österreich gibt es nach wie vor das Phänomen, dass mobile Pflege von den zu Pflegenden abgelehnt wird, obwohl die Angehörigen gerne mehr Unterstützung hätten. Pflege gilt in Österreich vorrangig als familiäre Pflicht – auch

von Seiten der Nachkommen. So gaben in Österreich 54,4 % der Befragten an (Deutschland 63,4 %), dass sie die familiäre Versorgung ihrer Eltern im Falle einer Pflegebedürftigkeit bevorzugen würden, im Gegensatz zu 16,4 % in Schweden (Theobald 2008).

DAS 1000-STUNDEN-MODELL

Das 1000-Stunden-Modell halte ich insofern für einen spannenden Ansatz, weil es die familiäre/freundschaftliche Zuständigkeit für die Pflege und Betreuung an sich ablehnt, wohl aber die Zuständigkeit im Sinne eines Netzwerkmanagements anerkennt. Beim Stichwort „Netzwerkmanagement“ möchte ich anfügen, dass es für diese Aufgabe begleitende Strukturen braucht. Dies könnte in den oben erwähnten Dienstleistungszentren geschehen.

Es gibt in Österreich Ansätze, die die arbeitnehmerInnenliche Verantwortung für Hilfebedürftige anerkennen, allerdings bleibt dies auf die Familie beschränkt und die Frage der Existenzsicherung ist z.T. unbefriedigend gelöst. Hier ist zum einen die Familienhospizkarenz zu nennen. Dabei handelt es sich um einen Rechtsanspruch auf Herabsetzung, Änderung oder Freistellung von der Normalarbeitszeit für ArbeitnehmerInnen zur Begleitung sterbender Angehöriger, „reine“ Pflegefälle sind von dieser Regelung ausgenommen. Als Angehörige gelten Ehegatten, eingetragene PartnerInnen, LebensgefährtenInnen, Kinder, Wahl- oder Pflegekinder, (Ur-)EnkelInnen, Eltern und (Ur-)Großeltern, Geschwister, Schwiegereltern und Schwiegerkinder, Wahl- und Pflegeeltern, leibliche Kinder des Ehegatten bzw. der LebensgefährtenInnen. Es muss kein gemeinsamer Haushalt gegeben sein. Diese Freistellungsmöglichkeit ist damit für Angehörige von Betroffenen aller Altersgruppen relevant.

Für schwersterkrankte Kinder gibt es allerdings weiter reichende Regelungen. Während die allgemeine Familienhospizkarenz grundsätzlich drei Monate dauert und auf sechs Monate verlängert werden kann, ist bei Kindern die Inanspruchnahme fünf bzw. neun Monate möglich. Wer sie wahrnimmt, bleibt kranken- und pensionsversichert. Diese Freistellung ist mit keinen sozialstaatlichen Transferleistungen verbunden, bei völligem Einkommensverlust gibt es nach dem Fürsorgeprinzip Zahlungen aus dem Familienhospiz-Härteausgleichsfonds.

Ein weiteres wesentliches soziales Recht ist die Freistellung für Pflegetätigkeiten bei Weiterbezug des Entgeltes (Pflegefreistellung). Diese gilt für die notwendige Pflege einer/eines – im gemeinsamen Haushalt lebenden – erkrankten nahen Angehörigen. Für Kinder können bis zu zwei Arbeitswochen in Anspruch genommen werden, für andere Angehörige eine Woche. Als Angehörige gelten jene Personen, die in gerader Linie verwandt sind (z. B. Kinder, Enkelkinder, Eltern, Großeltern), Wahl- und Pflegekinder, EhegattInnen, eingetragene PartnerInnen. Problematische Bedingungen hierbei sind die Notwendigkeit des gemeinsamen Haushalts, die fehlende Absicherung bei längerer Erkrankung sowie die Familienbezogenheit.

Zum Schluss möchte ich noch die Problematik ansprechen, dass das 1000-Stunden-Modell (genauso wie die Familienhospizkarenz oder die Pflegefreistellung) implizit von einem Normalarbeitsverhältnis ausgeht, das ja für immer weniger Menschen, insbesondere Frauen, Realität des Erwerbsarbeitslebens ist. Die Herausforderung liegt darin, den demografischen Wandel mit den Auswirkungen auf die Altersstruktur und damit auch auf Pflegebedürftigkeiten in Bezug zu den Veränderungen im Bereich der Erwerbsarbeit

zu setzen. Beide Entwicklungen sind zusammen zu denken, um Perspektiven entwickeln zu können, die feministischen Vorstellungen vom „Guten Leben“ genügen.

LITERATUR

NAM, HYUN-JOO (2003): Alten- und Pflegeheime in Österreich – Trägerstruktur, Angebotsstruktur und Beschäftigung. Erste Ergebnisse aus dem Projekt „Beschäftigung im österreichischen Nonprofit-Sektor“. Wirtschaftsuniversität Wien, Institut für Sozialpolitik. Wien. Online verfügbar unter <http://www.lebensweltheim.at/cms/dv/images/nam%20studie%5B1%5D.pdf> (Abruf 6.8.2012)

ÖSTERREICHISCHES BUNDESINSTITUT FÜR GESUNDHEITSWEISEN (ÖBIG) (2005): Situation pflegender Angehöriger. Endbericht. Unter Mitarbeit von Elisabeth Pochobradsky, Franz Bergmann und Harald Brix-Samoylenko et al. Herausgegeben vom Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz. Wien.

RUDDA, JOHANNES/FÜRSTL-GRASSER, MARGARETHE/RUBISCH, MAX (2008): Neue Tendenzen der Pflegevorsorge in Österreich. In: Soziale Sicherheit. Juni 2008. Online verfügbar unter www.sozialversicherung.at/mediaDB/MMDB1340004_Rudda_et_al_Pfle-

gevorsorge-Artikel.pdf (Abruf 6. 8. 2012).

SCHNEIDER, ULRIKE/ÖSTERLE, AUGUST/SCHOBER, DORIS/SCHOBER, CHRISTIAN (2006): Die Kosten der Pflege in Österreich. Ausgabenstrukturen und Finanzierung. Wirtschaftsuniversität Wien, Institut für Sozialpolitik. Wien. (Forschungsbericht 02).

STATISTIK AUSTRIA 2003

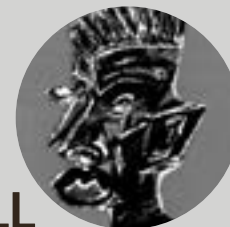
STATISTIK AUSTRIA 2012

STATISTIK AUSTRIA: Pflege- und Betreuungsdienste. Online verfügbar unter http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/sozialeleistungen_auf_landesebene/pflege_und_betreuungsdienste/index.html (Abruf 6. 8. 2012).

THEOBALD, HILDEGARD (2008): Modelle von Care-Politiken in Europa – Ein Überblick. Häusliche Betreuung und Pflege zwischen Qualitätsanspruch und Kosten – Europäische Lösungsansätze im Vergleich. Fachtreffen der Europäischen Akademie der Regionen. Universität Frankfurt/Hertie-Stiftung. Frankfurt, 20.10.2008. Online verfügbar unter www.iwak-frankfurt.de/VortragFrankfurtCaremodelleOkt08.ppt (Abruf 3.10.2012).

AUTORIN

EVA FLEISCHER, Mag.^a Dr.ⁱⁿ, FH-Professorin, Management-Center Innsbruck.



AKTUELL

PARTNEREINKOMMEN ANGERECHNET: NOTSTANDSHILFE WEG, WEIL DER MANN VERDIENT

Im ersten Halbjahr 2012 wurde 1190 OberösterreicherInnen die Notstandshilfe wegen Anrechnung des Partnereinkommens gestrichen. Diese Anrechnung erfolgt nicht nur bei Verheirateten, sondern auch bei Menschen in Lebensgemeinschaften, obwohl hier nicht einmal ein Unterhaltsanspruch besteht, berichtet die Arbeiterkammer (AK) und fordert die sofortige Abschaffung der Anrechnung des Partnereinkommens. Aufgrund ihrer niedrigen Einkommen sind vor allem Frauen betroffen: 81 Prozent der Fälle, in denen die Notstandshilfe gestrichen wurde, betrafen im ersten Halbjahr 2012 Frauen. 344 Personen bekamen trotz Anspruchs keine Notstandshilfe, weil sie in einer Lebensgemeinschaft leben. Der ungerechtfertigte Verlust eines eigenen Einkommens durch die Anrechnung des Partnereinkommens sei eine „diskriminierende Regelung“ und müsse fallen, sagte AK-Präsident Johann Kalliauer und kritisierte diese Situation als „völlig absurd“. Selbst wenn zwei Menschen einfach nur zusammenwohnen, ohne verheiratet zu sein und eine/-r aufgrund der prekären finanziellen Situation des/der anderen einen Teil der Mietkosten übernimmt, wird schon von einer Lebensgemeinschaft ausgegangen, und die Notstandshilfe wird gestrichen. Oft reiche schon ein Partnereinkommen von 1.200 Euro, damit trotz jahrelangen Einzahlens in die Arbeitslosenversicherung vom eigenen Notstandshilfeanspruch nichts mehr übrigbleibe, formuliert die AK. Das Partnereinkommen wird abzüglich eines Freibetrags herangezogen, der nur 515 Euro pro Monat beträgt. Für Kredite, für Krankheitskosten oder für Kinder gibt es zusätzliche, aber sehr geringe Freibeträge. Gestrichen werde ein ohnehin schon geringes Einkommen, betont die AK. (dieStandard.at 10.9.2012)

MEHR EINKOMMEN, WENIGER ARBEIT? EINE GESCHLECHTERKRITISCHE BEWERTUNG DES BEDINGUNGSLOSEN GRUNDEINKOMMENS

MARGIT APPEL



Die Tagung des Vereins Netzwerk Geschlechterforschung nahm Perspektiven in Zeiten der Finanzkrise in den Blick. Krisen, zu dieser Sichtweise haben sich zahlreiche gesellschaftliche AkteurInnen mittlerweile aufgerafft, sind die Möglichkeit „Neues“ zu denken – so auch das Erwerbsleben bzw. die Erwerbsarbeit. Das bedingungslose Grundeinkommen wird hier als eine solche Möglichkeit positioniert, Erwerbsleben und Erwerbsarbeit neu zu denken; es wird positioniert als ein Hebel zu einer „Nachkrisenordnung“, die ein Stück „postpatriarchaler“ und ein Stück „postkapitalistischer“ sein soll als die herrschende Ordnung. Dabei geht es nicht um die Vorstellung eines Königinnenweges, sondern um eine kritische Überprüfung der Möglichkeiten und Grenzen des bedingungslosen Grundeinkommens. Auch das Grundeinkommen kann, so wie jedes zu solitär gesetzte politische Projekt, ins Reaktionäre geraten, wenn es nicht durch Offenheit gegenüber bzw. in der Bündelung mit anderen politischen Projekten nach einer emanzipatorischen Qualität der Gesellschaftsveränderung strebt.

Im Rahmen einer umfassenden Kritik der immer wieder hergestellten und herrschenden geschlechterhierarchischen Arbeitsteilung punk-

tet das Grundeinkommen durch Bedingungslosigkeit: Es müssen keine Ansprüche erworben werden, weder durch bezahlte oder unbezahlte Arbeitsleistungen, noch durch die Einhaltung bestimmter Lebensformen und Rollen. Gleichzeitig ist aber kritisch zu fragen, ob in der Konzeptualisierung des Grundeinkommens die herrschende Zuweisung jeder Form der Bedingungslosigkeit an den Haushaltssektor und dort vorrangig an Frauen ausreichend berücksichtigt ist und in seinen Folgen sozusagen „verstanden“ wurde.

HEBEL ZUR ÄNDERUNG DES ERWERBSARBEITSREGIMES UND DER VORSTELLUNGEN VON LEISTUNGSGERECHTIGKEIT

Das Grundeinkommen punktet an einer zentralen Krisenstelle unserer Wirtschaftsweise und unserer politischen Ordnung, weil es die Funktionsweise der bestehenden Erwerbsarbeitsordnung wie unter einer Lupe überdeutlich zeigt und so Schwachstellen – im Sinne von ursprünglichen Konstruktionsfehlern und sich ständig ereignenden Verschlechterungen – deutlich macht, die im Rahmen einer von verschiedenen Seiten sehr kurzatmig geführten Debatte zur ungebrochenen gesellschaftlichen und individuellen Bedeutung von Erwerbsarbeit so nicht in den Blick genommen werden.

Der Begriff des „Erwerbsarbeitsregimes“ (André Gorz) macht deutlich, dass ausschließlich der Besitz eines Erwerbsarbeitsplatzes Zugang zu zentralen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechten verschafft, es aber für die Mehrzahl der Menschen kaum Chancen gegeben hat und gibt, die Schaffung von Arbeitsplätzen zu beeinflussen bzw. das Verhältnis von eigener Beschäftigungsfähigkeit und den Erfordernissen des Arbeitsmarktes verlässlich zu gestalten. Gorz spricht davon, dass man/frau erst

einmal glücklich und wie durch ein Nadelöhr in den Besitz eines Arbeitsplatzes gekommen sein muss um – zumindest vorübergehend – Zugang zu diesen Rechten zu haben. Jeder andere Status – erwerbslos, in prekären Arbeitsverhältnissen, krank, betreuend, pflegend, verweigernd, bürgerschaftlich engagiert – führt in der einen oder anderen Facette zu einem benachteiligten BürgerInnenstatus. Diese Seite der herrschenden Erwerbsarbeitsordnung wird auch von feministischen AkteurInnen oft zu wenig beachtet und zu wenig kritisch analysiert.

Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens würde in dieses Erwerbsarbeitsregime durch die Trennung von Erwerbsarbeit und Einkommen intervenieren und den Zugang zu wirtschaftlichen Rechten (z.B. existenzsicherndes, personenbezogenes Einkommen) und einigen sozialen und politischen Rechten sicherstellen (z.B. ein anerkannter sozialer und politischer Status; Grundeinkommen als Adressierung der BürgerInnen als politische Subjekte und nicht reduziert auf ihre Brauchbarkeit als ErwerbsarbeiterInnen, KonsumentInnen, etc.). Die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens würde auch in das Zusammenspiel von Erwerbsarbeitsregime und politischer Ordnung intervenieren, weil mit einem Grundeinkommen die Sicherung der Einkommen und die dafür notwendige Umverteilung als zentrale Aufgabe von Politik gesetzt wird und nicht – wie es aktuell geschieht – die Sicherung jedes volkswirtschaftlich und arbeitsrechtlich auch noch so bedenklichen Arbeitsplatzes Priorität hätte.

Ebenso wie sich das Grundeinkommen als Lupe zur Verdeutlichung und schließlich als Hebel zur Veränderung der herrschenden Erwerbsarbeitsordnung eignet, eignet es sich auch als Lupe zur Hinterfragung des aktuell vorherrschenden

den Leistungsbegriffs bzw. der aktuell vorherrschenden Vorstellungen von Leistungsgerechtigkeit. Was, so ist aus der Perspektive eines bedingungslosen Grundeinkommens zu fragen, rechtfertigt den Unterschied an Einkommen, an Zugang zu Rechten und an gesellschaftlichem Status zwischen der Bettlerin, die acht Stunden vor dem Supermarkt Dienst macht, und dem Security-Mann, der gleich daneben acht Stunden vor dem Juwelier seinen Dienst versieht? Zwischen der Frau, die Tag für Tag an den Scanner-Kassen zur Sicherung der Kreisläufe des „realen“ Warenhandels tätig ist, und dem Börsenhändler, der Tag für Tag an seinen Bildschirmen die Kreisläufe des „virtuellen“ Finanzhandels vorantreibt? Des Weiteren eignet sich das bedingungslose Grundeinkommen auch als Reflexionsfolie gegenüber der voranschreitenden Ökonomisierung aller Lebensbereiche.

MEHR FREIHEIT: IN DER LEBENSFÜHRUNG, DER KONZEPTION UND DER WAHL VON LEBENSENTWÜRFEN

An der Krisenstelle der herrschenden und immer wieder hergestellten geschlechterhierarchischen Arbeitsteilung punktet das Grundeinkommen vor allem durch Bedingungslosigkeit. Es müssen keine Ansprüche erworben werden um sich eines Grundeinkommens „würdig zu erweisen“: weder durch bezahlte oder unbezahlte Arbeit, noch durch die Einhaltung bestimmter Lebensformen und Rollen, eben auch nicht durch die Erbringung von Leistungen, die bislang mit spezifischen Rollenzuschreibungen und -erwartungen verbunden sind. Nicht nur „der Surfer von Malibu“ (van Parijs) bekommt ein Grundeinkommen, sondern auch die Frau, die ihr Kind nach der Geburt in die Obhut von Pflegeeltern gibt; auch die Frau, die Nein sagt zur häuslichen Pflege ihrer Schwiegermutter, und auch die, die gar nicht daran denkt, auch nur irgendwie in die Nähe bislang als „weiblich“ geltender Rollenmuster zu kommen.

Das Grundeinkommen wirkt als Baustein eines gesellschaftlichen Umbaus zu einer „post-patriarchalen“ Gesellschaft, in dem die materielle Sicherheit von Frauen substantiell verbessert wird und das Zusammenwirken von Existenzsicherung, Personenbezogenheit und Bedingungslosigkeit die individuelle Freiheit und damit die Selbstbestimmtheit im Lebensentwurf und in der Lebensführung ausweitet – und das ist an dieser Stelle der gewollte zentrale Hebelpunkt zur Veränderung der bisherigen Geschlechter- und Erwerbsarbeitsordnung.

Diese Betonung der Bedingungslosigkeit und der Stärkung individueller Freiheit ist nicht als Gegensatz zu Theorieansätzen und argumentativen Beeinspruchungen des Grundeinkommens-Konzeptes zu sehen, in denen ein Recht auf Arbeit argumentiert wird bzw. in denen eine Perspektive entwickelt wird, die allen Menschen den Zugang zu Arbeit in allen zentralen Lebensbereichen sichern soll (der Erwerbsarbeit, der Sorgearbeit um sich und andere und dem politisch-gesellschaftlichen Engagement; vgl. etwa Frigga Haug). Die Herausforderung besteht wohl darin, von der bedingungslosen Freiheit nicht abzugehen und sie so mit „dem Notwendigen“ zu verbinden, dass alle an allem beteiligt sind. Ina Prätorius¹ formuliert in einem Interview zu ihrem Engagement in der Schweizer Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen ihr Verständnis von Freiheit in Anlehnung an Hannah Arendt so, dass es Freiheit nur im Sinne von Gestaltungskraft in bleibender Abhängigkeit gibt. Einem weiteren Text von ihr, ebenfalls im Zusammenhang mit der Schweizer Volksinitiative entstanden, ist eine knappe Formulierung zu entnehmen, die diese Herausforderung der Verbindung der Freiheit mit dem Notwendigen adressiert: „Das Grundeinkommen ist nicht die Lösung aller Probleme. Es könnte lediglich Teil einer

neuen Ausgangslage sein: Damit in der Wirtschaft alle das tun können, was gleichzeitig ihren unverwechselbaren Fähigkeiten und Wünschen und den gegebenen Notwendigkeiten entspricht.“ Diese Aussage wäre allerdings hier nicht brauchbar, wenn nicht schon davor das umfassende Verständnis von Wirtschaft, das dem Gebrauch des Begriffs an dieser Stelle zugrunde liegt, deklariert worden wäre: „Wirtschaft‘ ist zu verstehen als eine Gesamtbezeichnung für alle Maßnahmen zur Bedarfsdeckung, also Güterbeschaffung, -verteilung und -verwendung: vom placentaren Tauschverhältnis zwischen Fötus und Mutterleib bis zum Supermarkt, von der Muttermilch bis zum weltweiten Devisenhandel.“

WENIGER ARBEIT?

Trotz dieser Stärken des bedingungslosen Grundeinkommens ist immer wieder kritisch zu fragen, ob die Theoriebildung zum bedingungslosen Grundeinkommen die herrschende Zuweisung jeder Form der Bedingungslosigkeit an den Haushaltssektor und dort vorrangig an Frauen „verstanden“ hat bzw. konzeptuell ausreichend berücksichtigt. Die „bedingungslose Liebe/Fürsorge“ findet sich als überhöhter Wert und als gesellschaftlich ungebrochen eingeforderte Haltung und gelebte Praxis im Binnenbereich familiärer Lebensformen; in etwas anderer Form auch in Bereichen der Nachbarschaftshilfe und der Freiwilligentätigkeit; auch im Bereich schlecht bezahlter Dienstleistungs-jobs.

Die Geschichte von Frauenarbeit und das Beharrungsvermögen geschlechterhierarchischer Arbeitsteilung ist bekannt: Schließung von Bildungswegen, Berufen und beruflichen Positionen für Frauen, Einkommensbenachteiligung, höhere Armutsgefährdung, Mehrfachbelastung, de jure und de facto äußerst einge-

schränkter Zugang zu und Verfügbarkeit über Geld und Eigentum. Das Interesse an Frauen-erwerbstätigkeit im Rahmen einer kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Wirtschaftsweise erklärt sich aus dem primären und vitalen Interesse des Kapitalismus, möglichst viele Menschen in Beschäftigung zu bringen, um über die Aneignung von Zeit zu möglichst geringen Kosten den größtmöglichen Profit zu erzielen. Gleichzeitig ist es ebenso Interesse des Kapitalismus, dass Menschen in ihrer Lebenszeit einen möglichst hohen Beitrag zur Erhaltung der Produktivkraft von Arbeit (also zur Reproduktion ihrer eigenen und fremder Arbeitskraft) erbringen, ja mehr noch: dass sie einen möglichst hohen Beitrag zur eigentlichen „Produktion von Arbeitskraft“ (Geburtenrate) leisten. Aufgrund der herrschenden „sekundärpatriarchalen“ Ordnung (Ursula Beer) und der Intersektionalität zwischen Klasse und Geschlecht, Produktion und Reproduktion ist in dieser Ordnung für die Geschlechtergruppe der Männer vor allem eine möglichst ausgedehnte Arbeitszeit „vorgesehen“; das gilt in zunehmendem Maß auch für die Geschlechtergruppe der Frauen. Allerdings bleibt deren Zuständigkeit für die unentgeltliche Versorgungsarbeit fast ungebrochen – überhöht und ideologisiert als natürliches Bedürfnis der Frauen, aus Liebe und ohne für sich etwas dafür zu fordern – bedingungslos – diesen Dienst am Leben, an der Welt und damit auch an den Interessen des Kapitals und den von der kapitalistischen Ordnung profitierenden Männern tun zu wollen. Erst die Ordnung der unbezahlten Arbeit, pointiert gesprochen die Existenz eines „Sektors der Bedingungslosigkeit“, bietet im Rahmen der herrschenden Gesellschaftsstrukturen die Möglichkeit, alle anderen gesellschaftlichen Sektoren nach einer völlig anderen Wertordnung, nämlich dem gesamten Popanz an Leistungs-, Konkurrenz-, Hierarchie- und stark missverstandenen Autonomiedenken, zu organisieren.

Aufgrund des großen Beharrungsvermögens geschlechterhierarchischer Arbeitsteilung muss von jedem alternativen Konzept Antwort gegeben werden, wie sich die jeweilige Theorie, wie sich konkrete Modelle und auch poli-

tisch-zivilgesellschaftliche Aktivitäten auf diese Arbeitsteilung und auf den Bereich der unbezahlten Care Arbeit beziehen, auf welche Menschenbilder und Vorstellungen von Wirtschaft dabei abgestellt wird. Das gilt auch für das bedingungslose Grundeinkommen, und hier braucht es eine verstärkte und vertiefte Auseinandersetzung und konzeptuelle Schärfung, wenn BefürworterInnen des Grundeinkommens nicht wollen, dass das Grundeinkommen als weiteres patriarchales Projekt (miss)verstanden wird.

ANMERKUNG

1) <http://www.bzw-weiterdenken.de/2012/04/postpatriarchal-gedacht-macht-das-grundeinkommen-sinn/> (Abruf 5.10.2012).

LITERATUR

BEER, URSULA (1991): *Geschlecht, Struktur, Geschichte. Soziale Konstituierung des Geschlechterverhältnisses*, Frankfurt/New York.
 HAUGG, FRIGGA: *Die Vier-in-Einem Perspektive und das Bedingungslose Grundeinkommen*. Online verfügbar unter: <http://www.friggahaug.inkrit.de/documents/Grundeinkommen2011.doc>
 NETZWERK GRUNDEINKOMMEN UND SOZIALER ZUSAMMENHALT – Österreich, Netzwerk Grundeinkommen – Deutschland (Hg.), *Grundeinkommen – in Freiheit tätig sein*. Beiträge

des ersten deutschsprachigen Grundeinkommenskongresses, 2006, Avinus / Berlin.

VAN PRIJS, PHILIPPE (1991): 'Why Surfers should be fed: The Liberal Case for an Unconditional Basic Income', *Philosophy & Public Affairs*, 20(2), 101–31.

ROBEYNS, INGRID (2008): Introduction: Revising the Feminism and Basic Income Debate, *Basic Income Studies*, 3(3), 1-6.

WIDE-DEBATTIERCLUB (2012): "Aus der Sicht der feministischen Ökonomie: Kritische Einwände zum bedingungslosen Grundeinkommen" (pdf-Dokument), online verfügbar unter: <http://www.wide-network.ch/de/arbeitsmen/Debattier-Club.php>.

AUTORIN

MARGIT APPEL, Mag.^a, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Frauenforschung an der Universität Wien. Seit 1998 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Katholischen Sozialakademie Österreichs; derzeit Leiterin des Bereichs Gesellschaftspolitik. Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Frauen und Armut“ der Armutskonferenz. Gründungsmitglied von Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt – BIEN Austria.



KOMMENTAR ZU MARGIT APPEL: MEHR EINKOMMEN, WENIGER ARBEIT? EINE GESCHLECHTERKRITISCHE BEWERTUNG DES BEDINGUNGSLOSEN GRUNDEINKOMMENS

MAX PREGLAU



Was die Analyse der gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse betrifft, bin ich grundsätzlich mit Margit Appel einverstanden:

- » Der Zwang zur Erwerbsarbeit in der Erwerbsarbeitsgesellschaft beschränkt die Freiheit und Geschlecht, Staatsbürgerschaft und Arbeitsmarkt wirken als „Demarkationslinien zwischen Drinnen und Draußen“ in der Gesellschaft;
- » Frauen sind am Arbeitsmarkt nicht wirklich angekommen, in Österreich wirkt ein ausgeprägtes Geschlechterdifferenzmodell;
- » Globalisierung, Flexibilisierung und Deregulierung der Märkte, mehr Unabhängigkeit durch stärkere Bildungs- und Erwerbsbeteiligung der Frauen, Migration und Einwanderungsgesellschaft bedingen eine abnehmende Integrationskraft von Erwerbsarbeit, bürgerlicher Ehe und Normalfamilie und Staatsbürgerschaft.

Auch was das freiheitserweiternde Potential des BGE (Bedingungslosen Grundeinkommens) betrifft, stimme ich mit Margit Appel überein: Es verspricht die Wahlfreiheit zwischen Er-

werbsarbeit und Nicht-Erwerbsarbeit, die Unabhängigkeit von der Familie und die freie Wahl der Lebensformen. Es bietet (bei Anknüpfung an den legalen Aufenthalt) Unabhängigkeit von der Staatsangehörigkeit.

Allerdings würde ich auch die Fallstricke eines BGE ernster in Betracht ziehen als Margit Appel:

- » Druck auf Lohnniveau – Begünstigung der Entstehung eines Niedriglohnsektors;
- » Gefahr des institutionellen Sozialabbaus;
- » BGE als Armutsfalle – nicht ausreichend, schwer zu überwinden;
- » BGE als Frauenfalle – gerade in unserer vom Geschlechterdifferenz-Ansatz geprägten Kultur (auch Margit Appel zeigt sich nicht ganz frei davon, wenn sie Vorteile des BGE angesichts der Brüchigkeit weiblicher Erwerbsbiographien hervorhebt!);
- » Steuerflucht durch Übersiedelung/Zweitwohnsitze in Steueroasen;
- » Kapitalflucht in „Investitionsparadiese“ ohne Arbeits- und Sozialschutz.

Dementsprechend ist auch meine politische Perspektive ein wenig anders als die von Margit Appel akzentuiert:

» Ich plädiere nicht für „**Einkommen statt Arbeit**“, sondern für „**Umverteilung von Arbeit und Einkommen**“:

- Umverteilung von Erwerbsarbeit von den Erwerbstätigen zu den Arbeitslosen und von den Männern zu den Frauen; Umverteilung der Sorgearbeit von den Frauen zu den Männern, Gleichverteilung von unbezahlter Arbeit und Gemeinwesenarbeit;
- Umverteilung von Einkommen: bessere Entlohnung anspruchloser, belastender Arbeit; schlechtere Entlohnung anspruchsvoller Arbeit; Beseitigung genderspezifischer Ungereimtheiten bei der Arbeitsbewertung; Anhebung von Spitzensteuersätzen, Vermögensbesteuerung.
- » Damit das BGE nicht zur Armuts- und Frauenfalle wird, muss weiterhin neben dieser monetären Leistung die „**institutionelle Grundsicherung**“ – Arbeits- und Sozialpolitik, Gleichstellungspolitik etc. – **aufrechterhalten und weiterentwickelt werden**:
 - Mindestlöhne, Arbeits- und sozialrechtlicher Schutz;
 - Maßnahmen zur Förderung der Erwerbsarbeit von Frauen, Maßnahmen zur Förderung der Sorgearbeit von Männern;
 - Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Eltern- und Pflegekarenzen, familien- und elternfreundliche Arbeitszeitmodelle, bedarfsorientierte öffentliche Kinderbetreuungsangebote.
- » Um weiterhin wirksame Beschäftigungs-, Arbeits- und Sozialpolitik, Familienpolitik und Gleichstellungspolitik betreiben zu können, muss die seit den 1980er-Jahren eingeleitete **Verlagerung des Gewichts von der Politik zur Wirtschaft**

aufgehalten und wieder umgekehrt werden.

- » Um den Kostendruck der globalen Märkte und den sozialpolitisch ruinösen Standortwettbewerb der Nationen zu durchbrechen, bedarf es einer **nachholenden wirtschafts- und sozialpolitischen Europäisierung und Globalisierung** – Harmonisierung von Steuersätzen, Mindestlöhnen und arbeits- und sozialrechtlichen Standards.
- » Die genannten Maßnahmen auf politisch-institutioneller Ebene werden allerdings nur dann erfolgreich sein, wenn es auch zu einer **„Revolution“ auf kultureller Ebene** kommt:

- Dekonstruktion von Geschlechternormen und Rekonstruktion jenseits des überholten Male Breadwinner/Female Caregiver-Mindsets;
- Dekonstruktion der Erwerbsarbeitszentrierung: „Sein“ (Selbsterfahrung, kreatives Gestalten, Mitfühlen) statt „Haben“ (Karriere-, Besitz-, Konsum- und Erlebnisorientierung), Work-Life Balance statt Workaholism und Heimchen am Herd.
- » Zur Erprobung und Feinabstimmung des BGE und zur kulturellen Gewöhnung daran empfiehlt sich ein **iteratives Vorgehen (schrittweise Annäherung)** bei der Umsetzung:

- von befristeten Ansätzen (z. B. Sabbatjahr; „Volkspension“) zur unbefristeten Endausbaustufe;
- von zweckgebundenen Ansätzen (z.B. Karenzen; Teilnahmeeinkommen) zur zweckentbundenen Endausbaustufe;
- von einer Minimalvariante an der Armutsgrenze (60 % vom Medianeinkommen) zur vollen Teilhabe im Ausmaß des Durchschnittseinkommens.

AUTOR

MAX PREGLAU, Dr. Univ.-Prof., Institut für Soziologie, Universität Innsbruck.



AKTUELL

MÄNNER VERDIENEN UM 27 PROZENT MEHR

In der österreichischen Privatwirtschaft verdienen unselbstständig beschäftigte Männer um 26,7 Prozent mehr als Frauen. Während der typische Bruttostundenlohn für Männer im Jahr 2010 bei 13,99 Euro lag, verdienten Frauen 11,04 Euro pro Stunde, geht aus der aktuellen Verdienstrukturhebung der Statistik Austria für das Jahr 2010 hervor. In den vier Jahren zwischen 2006 und 2010 sind die Bruttolöhne für Frauen um 13,7 Prozent, jene für Männer um 11,3 Prozent gestiegen. Mit zunehmendem Alter steigen zwar generell die Verdienste, bei Frauen allerdings nicht so stark wie bei Männern. Während 20- bis 29-jährige Frauen im Mittel 10,00 Euro und damit um rund 15 Prozent weniger verdienten als Männer in dieser Altersgruppe (11,70 Euro), lagen die Verdienste der Frauen im Alter von 50 bis 59 Jahren bei 11,45 Euro und somit um 28 Prozent unter jenen der Männer mit 15,95 Euro.

Sowohl für Männer als auch für Frauen steigen die Verdienste auch nach dem Senioritätsprinzip, also mit der Dauer der Zugehörigkeit zum Unternehmen. Es erreichten jedoch nur rund 2 Prozent der Frauen und 6 Prozent der Männer eine Zugehörigkeit zum Unternehmen von 30 und mehr Jahren.

Starke Unterschiede zeigen sich zwischen den einzelnen Branchen: Am höchsten waren die Verdienste in der Energieversorgung (21,33 Euro), im Bereich Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (18,86 Euro) und im Bereich Information und Kommunikation (18,55 Euro). Die niedrigsten Bruttostundenverdienste wurden in der Beherbergung und Gastronomie (7,89 Euro) gezahlt.

Einen eindeutig positiven Einfluss auf die Höhe der Verdienste hat die Ausbildung: Während Beschäftigte mit höchstens Pflichtschulabschluss 9,67 Euro brutto pro Stunde verdienten, lagen die mittleren Verdienste von Personen mit einem Lehrabschluss mit 12,42 Euro um rund 28 Prozent darüber. Beschäftigte mit BHS-Matura verdienten mit 15,18 Euro um rund 22 Prozent mehr als Absolventinnen und Absolventen einer Lehre. Der Abschluss einer Universität oder Fachhochschule brachte mit 20,45 Euro im Mittel ein Plus von 35 Prozent gegenüber einem BHS-Abschluss. (dieStandard.at 12.7.2012)

Erwerbsleben neu denken

ERWERBSLEBEN

BREWERSLEBEN
BEWERBSLEREN
WERBESBRELEN

LEBENSWERBER
LESBENWERBER
BRESBEWENLER
WELENSBERBER

ERLBEWESBERN
BERNSBRELEWE
SELENWERREBB
LERNSBREWEBE

NEUDENKEN

KUENEDENN
UNKENENDE
DUENEKENN

ENENKUNDE
NEKENNEUD
KUENENEND
NENNEKEUD

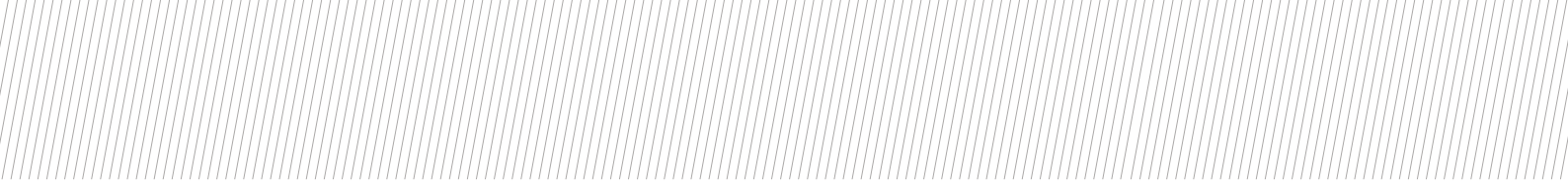
KENNEDUNE
NENNEKUDE
UNDEKENEN
ENKENNUDE

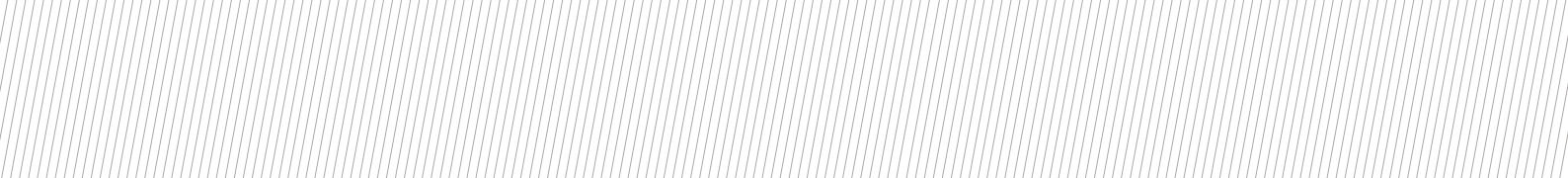
KUNDEWERBEBRENNEESELN
WEBERSEEENKRENNUEDELN
LESEKENNEWERBENDRUBEN
LEBEDENKERENNESBRUWEN

LEBENSRUNDENEHENWERKE
BRUNNENSEELEDENKWERBE
BRENNWESBKUNDENLEERE
KUNDENERBENLEBENSWERE

WERERKENNEBUNDBELESSEN
BRUDERKENNENLEBEWESSEN
NELKENBENNSWEREBUERDE
RBKENNENLEBENSWUERDE

MATHILDE SCHMITT, Dr.phil., Dipl.Ing.agr., studierte Agrar- und Sozialwissenschaften und promovierte in Soziologie. Seit 2008 arbeitet sie am Institut für Gebirgsforschung: Mensch & Umwelt der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Innsbruck. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Rurale Frauen- und Geschlechterforschung, Agrar-, Ernährungs-, Umweltsoziologie, Methoden der empirischen Sozialforschung, Inter- und Transdiszi-







Sobiech Gabriele, Andrea Ochsner (Hrsg.): **Spielen Frauen ein anderes Spiel? Geschichte, Organisation, Repräsentationen und kulturelle Praxen im Frauenfußball**

VS Verlag für Sozialwissenschaften/ Springer Fachmedien Wiesbaden 2012, 235 S., ISBN 978-3-531-19133-1, 41,07 Euro



Bereits seit Beginn des 20. Jahrhunderts erkämpften sich Frauen fußballerische Spielräume massivem sozialen Gegenwind zum Trotz. Als roh und aggressiv galt der Fußballsport, als „unpassend“ für den weiblichen Körper, den frau besser durch klassischen Gesundheitssport ertüchtigen sollte. Bis 1970 waren Frauen im Deutschen Fußballbund DFB nicht zugelassen, erst danach – nachdem sich in den vergangenen Jahrzehnten Fußball als reine Männerbastion entwickeln konnte – setzte die Institutionalisierung des Frauenfußballs ein. In den letzten zehn Jahren hat sich der Frauenanteil im DFB um 27 % erhöht und Frauen und Mädchen gelten angesichts des stagnierenden männlichen Zulaufs als Rekrutierungsressource der Zukunft. Allseits spürbar wurde dieser Trend bei der Austragung der Fußball-Weltmeisterschaft der Frauen im Jahr 2011 in Deutschland. Erstmals wurde Frauenfußball als sportliches und mediales Großereignis zelebriert und inszeniert. Trotz dieser Entwicklungen scheinen Frauen im Vergleich

zum dominanten Männerfußball in vielerlei Hinsicht – besonders bezüglich des sozialen Status und der finanziellen Absicherung – „ein anderes Spiel zu spielen“. In ihrem Sammelband vereinen die deutsche Soziologin Gabriele Sobiech und die schweizerische Kulturwissenschaftlerin Andrea Ochsner elf wissenschaftliche Aufsätze im Umfang von jeweils rund 20 Seiten zu vier verschiedenen Kernbereichen des Frauenfußballs.

Der erste thematische Abschnitt beschäftigt sich mit historischen Aspekten. Die Geschichte des Frauenfußballs wird am Beispiel seiner Entwicklung in der Schweiz nachgezeichnet. Ein weiterer Aufsatz behandelt die Anfänge des Frauensports als gesundheitsförderndes Mittel und geht besonders auf drei Ärztinnen – u.a. Hope Bridge Adams Lehmann – ein, die schon im 19. Jahrhundert den Fußballsport für Frauen guthießen. Der zweite Themenblock firmiert unter den Schlagworten „Organisation und Mobilität“. Obgleich Frauen und Mädchen als Zukunftspotential der Fußballvereine gelten, sind Mängel bei der Eingliederung der Abteilungen für Frauen und Mädchen und der ihnen zugestandenen Ressourcen offensichtlich. Neben der Darstellung der Organisationsstrukturen kommen in diesem Abschnitt auch Wünsche und Anregungen der Spielerinnen im Bereich der Talentförderung zur Sprache. Viele ambitionierte Spielerinnen suchen Erfahrungen in Kernländern des Frauenfußballs um dort als Profispielerinnen zu können. Im dritten Aufsatz dieses Blockes wird die, in engem Zusammenhang mit dem (oftmals unzureichenden) Organi-

sationsgrad des Frauenfußballs stehende, Mobilität der Spielerinnen untersucht.

Ausgehend von der Annahme, dass Medien die Realität nicht einfach abbilden, sondern durch Sprache und Bilder konstruieren, beschäftigt sich der folgende Abschnitt „Berichterstattung und Repräsentation“ mit der medialen Darstellung von Frauenfußball. So wird in einem Beitrag der Kinokassenschlager des Jahres 2002 „Bend it like Beckham“ und dessen filmische Aufarbeitung der Intersektionalität von Kultur und Geschlecht im Kontext des Frauenfußballs analysiert. Ein weiterer Beitrag nimmt die Berichterstattung zur Fußballweltmeisterschaft der Frauen 2011 unter die Lupe und wirft anhand der Vielzahl von Human-Interest-Stories die Frage nach dem Versagen bzw. der Feuilletonisierung des Sportjournalismus auf. Die These, Sportredaktionen und Sportsponsoren würden Spielerinnen, welche heteronormativen Körperidealen entsprechen, bevorzugen, wird durch eingehende Befragungen von SportjournalistInnen und VertreterInnen Sportsponsoring betreibender Unternehmen erforscht.

Der letzte Teil dieses Buches betrachtet in drei Beiträgen Frauenfußball vor dem Hintergrund kultureller Praxen. Ausgehend von der Theorie der symbolischen Gewalt und dem profitträchtigen Risikohandeln hegemonialer Männlichkeit, wird zunächst das Risikoverhalten von Frauen auf dem Fußballfeld studiert. Mittels Gruppendiskussionen versucht der folgende Aufsatz mehr über die Verbreitung frauenfeindlicher und homophober Vorbehalte im Frauen- wie im Männerfußball zu



erfahren. Der letzte Beitrag begibt sich in die Mädchen-Fußball-AG einer deutschen Hauptschule und analysiert in diesem Kontext die soziale Interaktion und den permanenten Kampf um Machtverhältnisse und persönliche Spielräume.

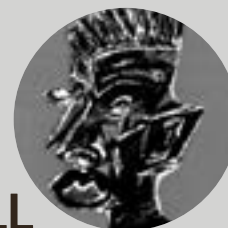
Dieser Sammelband sei allen, die sich für Fußball und seine Hintergründe interessieren, ans Herz gelegt! Geboten wird ein Überblick zur internationalen Verfasstheit des Frauenfußballs, Hauptaugenmerk liegt aber, dem Tätigkeitsschwerpunkt der AutorInnen entsprechend, in Deutschland. Es handelt sich um ein wissenschaftliches Fachbuch, das die Konzentration seiner LeserInnen fordert, aber nicht überstrapaziert, im Gegenteil sogar zu fesseln vermag.

Kristina Weber

EU-PLÄNE ZU FRAUENQUOTE WERDEN VORGELEGT

Die Frauenquote dürfte nun doch kommen: Viviane Reding, EU-Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, hat ihren Vorschlag für eine Frauenquote in Aufsichtsräten vorgestellt. Reding sieht vor, dass bei gleicher Qualifikation Mitglieder des unterrepräsentierten Geschlechts – in der großen Mehrheit sind das Frauen – den Job im Aufsichtsrat bekommen. Die Vorgabe soll für Firmen gelten, in denen Frauen oder Männer weniger als 40 Prozent der Posten im Aufsichtsrat haben. Reding erklärte, bei der Gleichstellung von Frauen und Männern seien in diesem Bereich in den vergangenen Jahren keine Fortschritte erkennbar gewesen. Deshalb seien gesetzliche Maßnahmen notwendig. Auch an Sanktionen hat Reding gedacht, denn es drohen Strafen, falls der Auswahlprozess nicht gerecht ist und falls die Unternehmen die 40-Prozent-Quote im Jahr 2020 nicht erreicht haben. Für diesen überarbeiteten Vorschlag soll Reding nun eine Mehrheit in der Kommission haben. Die Pläne brauchen die Zustimmung von Europaparlament und EU-Staaten. (dieStandard.at 12.11.2012)

AKTUELL



EUROPARAT KRITISIERT SCHLEPPENDE GLEICHSTELLUNG IN ÖSTERREICH

Der Europarat in Straßburg hat Österreich zu einem besseren Schutz für Asylsuchende aufgefordert. Trotz eines gut funktionierenden Systems der Menschenrechte „braucht Österreich noch die Schließung einiger Lücken, speziell was die Rechte von Asylsuchenden, Frauen und Behinderten betrifft“, erklärte der Menschenrechtskommissar des Europarats, Nils Muiznieks. Kritik übte er an den äußerst schleppenden Fortschritten bei der Gleichstellung von Frau und Mann. Frauen seien nach wie vor in der Politik unterrepräsentiert und verdienten ca. 25 Prozent weniger als Männer, betonte er: „Eine fehlende Ganztagsbetreuung für Kinder und geschlechtsspezifische Stereotypen sind nach wie vor die größten Hürden für die Gleichstellung. Diese Hürden müssen eliminiert werden.“ Der Kommissar zeigt sich außerdem besorgt über die Tatsache, dass Gewalt gegen Frauen, u.a. häusliche Gewalt, weiterhin ein grassierendes Problem in Österreich ist, trotz kontinuierlicher Maßnahmen, die zur Bekämpfung dieses Problems ergriffen werden.

(dieStandard.at 11.9.2012)



Villa Paula-Irene, Julia Jäckel, Zara S. Pfeiffer, Nadine Sanitter, Ralf Steckert (Hrsg.): Banale Kämpfe? Perspektiven auf Populärkultur und Geschlecht

VS Verlag für Sozialwissenschaften/ Springer Fachmedien Wiesbaden 2012, 271 S., ISBN: 978-3-531-18213-1, 39,95 Euro



Populärkultur ist insgesamt als der kommerzialisierte, gesellschaftliche Bereich anzusehen, der Themen industriell produziert, massenmedial vermittelt und großen Teilen der Bevölkerung ein Vergnügungs-, Informations- und Unterhaltungsangebot bietet. Populärkultur ist aber nicht nur dies, sondern auch ein dynamischer Ort, an dem gesellschaftliche und sozioökonomische Deutungen verhandelt werden. Geschlecht ist dabei auf allen Ebenen (in Diskursen, symbolischen Repräsentationen, Interaktionen und Praxen) bedeutsam.

Dieser Sammelband will seinen Blick richten auf die Widersprüche, Paradoxien und Heterogenitäten, auf die Kämpfe um interdependente Geschlechterverhältnisse, die im Feld der Populärkultur ausgetragen werden. Der pessimistisch-kritische Blick auf die Populärkultur vertritt die These, dass wegen der hochgradigen Standardisierung und Kommerzialisierung eine Herausforderung oder Subversion von Herrschaft nicht möglich ist; ja dass Herrschaft in perfider Weise verschleiert und letztlich gefestigt

wird. Die Kulturwissenschaftlerin Angela McRobbie hat in ihrem Buch „Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes.“ Populärkultur als einen Bereich bestimmt, der vor allem dazu diene, hegemoniale Geschlechtervorstellungen zu bestätigen: Frauen würde zwar eine neue und massiv intensiviertere Sichtbarkeit angeboten, dies jedoch nur unter der Bedingung, feministische Forderungen zu verabschieden und sich bestimmten Selbsttechnologien zu unterwerfen. Diesen pessimistischen Blick teilen die AutorInnen des Sammelbandes nicht ganz. Sie meinen, dass Populärkultur auch als „diskursproduzierende Instanz“ Bedeutungen innerhalb gesellschaftlicher Machtverhältnisse produziert, die ständig neu verhandelt werden. Und Populärkultur öffnet grundsätzlich einen Raum für Überschreitungen und Übertreibungen, für Spitzfindigkeiten, die den gesellschaftlichen Alltag aufs Korn nehmen, an den Nerven der Zuseher_innen zerran und gerade dadurch gesellschaftliche Machtverhältnisse als grundsätzlich ‚veränderbar‘ entwerfen. Es gibt, fragwürdigen Sexualisierungen zum Trotz, nicht mehr nur eine hegemoniale Vorstellung davon, wie ‚Frau‘ oder ‚Mann‘ zu sein haben, sondern in der Populärkultur (re-)produzieren sich verschiedene, zum Teil widersprüchliche Repräsentationsformen von Männlichkeiten und Weiblichkeiten, deren Grenzen jedoch auch zu sehen sind, wenn subversive Repräsentationen sehr schnell in den ‚kommerzialisierten Mainstream‘ integriert und infolgedessen von widerständigen politischen Inhalten befreit werden.

Zahlreiche Beiträge beschäftigen sich mit Filmen und den darin verhandelten Geschlechterbildern, wobei Frauen nicht nur durch ihr Geschlecht bestimmt, sondern die Figuren durch interdependente Macht- und Herrschaftsverhältnisse unterschiedlich positioniert werden, wobei ‚Race‘ und Sexualität eine bedeutsame Rolle spielen. Immer wieder wird der Frage nachgegangen, ob die Geschlechterverhältnisse in der Populärkultur kritisch unterlaufen werden, wenn z.B. Lady Gaga sich in einem Kleid aus Fleisch präsentiert. Dass Populärkultur bestehende Normen und Hierarchien affirmiert und dazu einlädt, sich in Konformität zu üben, ist auch heute noch sehr viel plausibler als Populärkultur mit Widerständigkeit in Verbindung zu setzen.

Wo liegt die Grenze zwischen Selbstbestimmung und neoliberaler Selbstausbeutung? Wie weit kann Widerstand gehen, wie weit kann ein Ausbrechen gehen, wenn ein Star wie Britney Spears sich die Haare völlig abschert und dann – aus welchen Gründen auch immer – in die psychiatrische Klinik eingewiesen wird. Zumindest Sichtbarkeit ist gegeben, diese Sichtbarkeit stellt eine Möglichkeit dar, die gesellschaftliche Zuweisung von Macht und Privilegien wahrzunehmen und damit diskussions- und kritikwürdig zu machen.

Die Beiträge befassen sich in unterschiedlicher Form mit all diesen Fragen, mit der Frage nach Konformität und Widerständigkeit, sie behandeln Filme, Popstars – männliche wie weibliche, das Missy-Magazine als Dritte-Welle-Praxis, sie befassen sich



mit Konstruktionen von Weiblichkeit, Folter und Geschlecht sowie mit Werwölfen in Film- und Fernsehserien, mit neuen Formen von Handarbeit, mit Life-Style in „The L-Word“, mit Pornofeminismus (Lady Gaga) und der Frage, wie Haare von Popstars (u.a. Britney Spears) inszeniert und als ge-

schlechtliche bzw. sexuelle Identität rezipiert werden. Es ist ein hochinteressantes Buch, nicht nur für Feministinnen sondern für alle Kulturschaffenden und -konsumentInnen.

Monika Jarosch

Adamietz, Laura: **Geschlecht als Erwartung. Das Geschlechtsdiskriminierungsverbot als Recht gegen Diskriminierung wegen der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität**

Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011, 288 S., ISBN 978-3-8329-6628-7, 65,80 Euro



Laura Adamietz zeigt in ihrem Buch die unterschiedlichen Wirkungen eines engen und eines weiten Verständnisses von ‚Geschlecht‘ auf die Anwendung im europäischen und deutschen Gleichbehandlungs- und Antidiskriminierungsrecht. Sie plädiert für ein weites Verständnis von ‚Geschlecht‘

und zeigt, dass es gerade im Gleichbehandlungs- und Antidiskriminierungsrecht bei der Antwort auf die Frage, ob Diskriminierung vorliegt, zentral darauf ankommt, welche Gruppe als Vergleichsmaßstab herangezogen wird. Ihr Ansatzpunkt des ‚Geschlechts als Erwartung‘ meint, dass dazu zunächst gefragt werden muss, welche Geschlechternormen – also Erwartungen an eine Person aufgrund des ihr zugeschriebenen Geschlechts – vorhanden sind. Sie geht damit davon ab, nach Vergleichspersonen zu suchen, sondern fragt nach den an eine Person gerichteten Erwartungen. Wenn sich eine Person den Geschlechternormen zuwider verhält und sie nur deswegen benachteiligt behandelt wird, liegt eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts im Verständnis von Adamietz vor. Geschlechternormen prägen die Geschlechtsidentität, die Wahl des

Partners/der Partnerin und die Art wie man die eigene Geschlechtszugehörigkeit empfindet und ausdrückt.

In den ersten beiden Kapiteln klärt Adamietz, was der juristische Diskurs unter den Begriffen ‚Geschlechtsidentität‘ und ‚sexuelle Orientierung‘ versteht und inwieweit sie von Diskriminierungsverboten aufgrund des Geschlechts erfasst sind. Sie zeigt dabei die Ein- und Ausschlüsse in und durch die Rechtsprechung verschiedener nationaler, internationaler und supranationaler Gerichte. Adamietz sucht im deutschen Verfassungsrecht nach einer Definition von ‚Geschlecht‘. Sie wird aber nicht fündig und vermutet, „[...] weil sein Inhalt so selbstverständlich erscheint.“ (S.12) Nach der Bestandaufnahme des juristischen Diskurses widmet sich Adamietz dem „Verständnis von Geschlecht in verschiedenen Teilbe-



reichen der Gender Studies. Dadurch werden die diskursiven Wahrheiten im juristischen Diskurs als solche entlarvt und es wird offengelegt, dass „[...] die Wortlautgrenze des Begriffs Geschlecht [...]“ (S. 15) erweitert werden muss.

Die ersten drei Kapitel sind wohl für Nicht-Jurist_inn_en wie Jurist_inn_en gleichermaßen interessant. Wohingegen das vierte Kapitel überwiegend für Jurist_inn_en spannend sein dürfte. In diesem Kapitel analysiert Adamietz tiefgründig unter Zugrundelegung der Erkenntnisse aus den vorangegangenen Kapiteln die Rechtsprechung

des deutschen Bundesverfassungsgerichts zu Transsexualität, Homosexualität und zur Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Ihre Hauptleistung in diesem Kapitel ist das Aufzeigen von Widersprüchen in der Argumentation und Rechtsanwendung des Höchstgerichts. Im letzten Kapitel leitet Adamietz aus diesen Widersprüchlichkeiten ab, dass es ein neues Konzept für die Auslegung und Anwendung von Rechtsnormen, die vor Diskriminierung aufgrund des Geschlechts schützen sollen, braucht. Dadurch soll die Rechtsprechung kohärenter und damit das Rechtsschutzniveau erhöht und der Rechtsschutz verbessert werden. Das neue

Konzept begreift Geschlecht als Erwartung. Es soll im Antidiskriminierungs- und im Gleichbehandlungsrecht nicht mehr nach Vergleichspersonen, sondern nach den Geschlechternormen, die an Personen gerichtet werden, gesucht werden. Jede Abweichung von diesen Normen soll vom Tatbestand der ‚Diskriminierung aufgrund des Geschlechts‘ umfasst sein. Es ist zu wünschen, dass sich Adamietz’ Konzept durchsetzt, denn dann wären viele Fehlentscheidungen der nationalen und internationalen Gerichte nicht mehr möglich.

Caroline Voithofer



AKTUELL

JA ZUM KIND IST FÜR JEDE DRITTE GLEICHZUSETZEN MIT KARRIERE-AUS

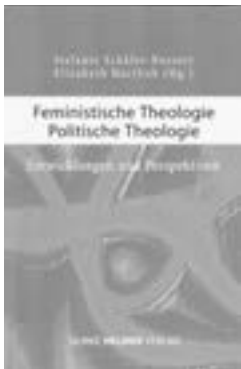
Viele Beschäftigte in Deutschland fühlen sich in ihrem Unternehmen nicht ausreichend dabei unterstützt, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Lediglich acht Prozent der Frauen sind der Meinung, dass ihr Betrieb alle wesentlichen Leistungen dafür bereithält, wie eine Un-

tersuchung der Unternehmensberatung A.T. Kearney ergab. Nur 13 Prozent der Männer mit Kindern fühlen sich demnach von ihren Unternehmen aktiv dabei unterstützt, ausreichend Zeit für ihre Familien zu finden. Die überwiegende Mehrheit der Befragten (83 Prozent) ist der Überzeugung, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in ihrem Unternehmen noch keine Selbstverständlichkeit ist. Nur elf Prozent der Frauen mit Kinderwunsch zwischen 30 und 40 Jahren finden, dass sich Führungskräfte in ihrem Betrieb „glaubhaft und nachhaltig“ für die Vereinbarkeit von Familie oder Kindern und Beruf einsetzen. Generell befürchtet der Umfrage zufolge fast jede dritte Frau in Deutschland, dass die Entscheidung für Familie gleichbedeutend ist mit einem Votum gegen die Karriere. 42 Prozent der Frauen stimmen der Aussage zu, dass bei familienbedingter Teilzeitbeschäftigung der „Zug ohne sie weiter fährt“. Für die Umfrage wurden knapp 1.800 Beschäftigte aus mehr als 400 Unternehmen befragt. (APA, 26.9.2012)



Schäfer-Bossert, Stefanie (Hrsg.): Feministische Theologie – Politische Theologie. Entwicklungen und Perspektiven

Ulrike Helmer Verlag Sulzbach/Taunus 2012, 251 S., ISBN-978-3-89741-341-2, 30,80 Euro



Der Grundstock dieses Buches wurde 2010 auf der Tagung der Deutschen Sektion der ESWTR (Europäische Gesellschaft für Theologische Forschung von Frauen/ European Society of Women in Theological Research) gelegt, wo es darum ging, sich den Begriff der Politischen Theologie wieder anzueignen. In 15 Beiträgen geht der vorliegende Sammelband der Verhältnisbestimmung von Feministischer und Politischer Theologie nach. In der feministischen Theologie, die sich als Befreiungstheologie versteht, war der Zusammenhang von Politik, privatem Alltag und Theologisieren konstitutiv. Heute scheint die Politische Theologie aus der Tagesagenda von Theologie und Kirchen verschwunden zu sein. Dieses Buch ist ein kräftiges Lebenszeichen von politischer, feministischer Theologie, in kritischer solidarischer Verknüpfung. Es zeigt die Wechselwirkungen von Gender Studies, Frauenforschung und Theologien in thematischer, methodischer und kontextueller Vielfalt und Breite auf, ergänzt um postkoloniale Positi-

onen und Theoriestränge aus der Ökologiebewegung und den Disability-Studies. Es nimmt die Debatte um die politische Relevanz der Gendertheologie auf und zeigt das Potenzial hin zu einem politisch-kirchlichen An-Stoß. Die feministische Option einer Parteilichkeit für Frauen aus der Gründungszeit: „Keine ist befreit, wenn nicht jede befreit ist“ (Christine Schaumberger) erfuhr in den vergangenen Jahrzehnten in Folge der globalen Verflechtungen, Ambivalenzen und widersprüchlichen Kontexte eine Weitung hin zum Blick auf eine dezidierte Parteilichkeit für Marginalisierte unter der Analysekategorie „Schuld und Macht“. Dieser Sammelband zeigt interdisziplinär, interkulturell und interreligiös die ganze Bandbreite und Vielfalt politisch engagierter Theologie von Frauen auf.

Das Buch ist in drei Abschnitte gegliedert. Der erste gibt einen Überblick über die theoretischen Grundlagen der Tradition der Neuen Politischen Theologie und ihre Verknüpfung mit der Feministischen Theologie. Der Name der evangelischen Theologin, Dorothee Sölle, steht an prominenter Stelle für die Verknüpfung von Feministischer Theologie und Politischer Theologie gegründet auf die Politische Theologie des katholischen Fundamentaltheologen Johann Baptist Metz. Ein ausgezeichnete Überblick über die Theologie Sölles befindet sich im zweiten Abschnitt des Buches, der sich den biblischen und spirituellen Perspektiven von feministischer, politischer Theologie widmet. Richtig spannend wird es im dritten Abschnitt, kommen doch hier die Praxen als

herausfordernde Lernfelder der feministisch-politischen Theologie zur Sprache. Und da wagen die Autorinnen die Antworten zur ausstehenden Definition, wie z.B. Ulrike Auga, Humboldt-Universität Berlin: „Die Aufgabe von kritischer politischer Theologie und Religionswissenschaft muss meines Erachtens die Verbindung von Religion und epistemischer Gewalt und die Dekonstruktion biopolitischer Regulierungen sein sowie das Herausarbeiten von Imaginationen von Solidarität und Gemeinschaftlichkeit im Kontext von Religion.“

Das Buch ist sehr lesenswert, bietet es doch einen ausgezeichneten Einblick in die Komplexität des Theologietreibens, wenn Theologie in der Verknüpfung mit Erkenntnissen anderer relevanter Wissenschaften betrieben wird und so Utopien und Ansätze für eine gerechte Welt entworfen werden. Für gesellschaftspolitisch Interessierte zeigt es deutlich auf: Religion hat eine öffentlich relevante Rolle. Religion ist politisch, religiöse Menschen sind Subjekte mit politischen und anderen Rechten sowie Praktiken.

Zum Schluss noch ein Tipp: Ein besonderes, poetisch-aktivistisches Zuckerl ist der Text zum Chor, mit dem das Plenum der erwähnten ESWTR-Tagung eröffnet wurde und der dort ad hoc live mit allen Teilnehmerinnen gesprochen wurde: Ist politisch jetzt privat?

Angelika Ritter-Grepl



Helmer, Ulrike: Muschiland. Exkursion in eine kulturelle Intimzone

Ulrike Helmer Verlag Sulzbach/Taunus 2012, 176 S., ISBN 978-3-89741-271-2, 15,40 Euro



Die Autorin widmet sich in diesem Buch ganz der Betrachtung und Bezeichnung weiblicher Genitalien: wie benennen, das „da unten“? Seit den Vagina-Monologen sind einige Tabus gebrochen worden, neue Begrifflichkeiten gesetzt, wenn auch die Autorin meint: eigentlich hätte es Vulva-Monologe heißen müssen. In dem Buch

werden viele Fragen beantwortet, Mythen und Zerrbilder entlarvt und die Klitorisforschung aktualisiert. Helmer zitiert unter anderem die australische Urologin und Chirurgin Helen O'Connell, die erstmals im Jahr 1998 darauf hinwies, dass die Klitoris mehr ist, als nur ein kleiner Knopf und auch ganz gewiss mehr als eine Art Mini-Phallus. Frau stelle sich vor, was sie alles über die Klitoris nicht wusste. Rund um das Projekt Körper werden viele Fragen aufgegriffen: Wie ist der Trend zu beurteilen, dass der Körper an sich geschmückt und gepierct wird mit schmerzhaften Eingriffen, von allen Haaren befreit wird, chirurgische Schamlippenkorrekturen vorgenommen werden? Ist es wirklich unsere selbstbestimmte Entscheidung geworden, in welchem Körper wir leben wollen? Oder doch eine Selbsttäuschung oder kollektiver, mo-

discher Zwang? Was haben weibliche Genitalverstümmelung und Labioplastik gemeinsam? Tabus bestehen immer noch, wenn Menstruationsblut in der Werbung blau gefärbt dargestellt wird oder die „Regel“ in der Hand stattfindet. Die Autorin lässt neben ihren eigenen Texten auch Eva Heller, Brigitte Schulz, Fana Asefaw und Heide Göttner-Abendroth zu Wort kommen. Zu sehr wird jedoch meiner Meinung nach das „Weibliche“ hochstilisiert und aufgewertet. Die Heteronormativität wird nicht oder kaum angezweifelt und Lesben werden nur kurz behandelt. Aber insgesamt sind die Reflexionen über die „intime Geographie des weiblichen Körpers“ interessant, unterhaltsam und lesenswert.

Monika Jarosch

AKTUELL



ANONYME BEWERBUNGEN: FRAUENMINISTERIN STARTET PILOTPROJEKT

Was in einigen Ländern bereits Usus ist, könnte bald auch in Österreich Realität werden. Anonymisierte Bewerbungsverfahren könnten zumindest in Teilen des öffentlichen Diensts Einzug halten. Ein entsprechender Vorstoß kommt jetzt von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ). Die Forderung, Diskriminierungsmechanismen bei Stellenbesetzungen zu eliminieren, ist schon



Ellmeier, Andrea (Hrsg.): Kultur der Gefühle. Wissen und Geschlecht in Musik, Theater, Film

Verlag Böhlau Wien 2012, 166 S., ISBN 978-3-205-78783-9, 24,90 Euro



Das Buch gehört als Band 3 der Reihe „mdw Gender Wissen“ zu einer Buchreihe der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien/mdw. Die Publikationen dieser Reihe möchten dazu beitragen, die Wirkmächtigkeit

von Gender (soziales Geschlecht) in Wissens- und Kunstproduktionen an der mdw sichtbar zu machen. Ein zentrales Anliegen ist es, Kunst, Wissenschaft und Geschlecht/Gender zusammen zu denken.

Die Beiträge des vorliegenden Bandes fragen nach der „Kultur der Gefühle“ in Musik, Theater und Film und spannen einen weiten Bogen in der Geschichte, sie reflektieren den Einsatz von und den Umgang mit Gefühlen in diesen Künsten und dies unter besonderer Berücksichtigung der Gender-Perspektive, d.h. auch, wie Gefühle auf weibliche und männliche Rollenbilder bezogen werden. In unserem vorherrschenden bipolaren Geschlechterbild gelten ja Gefühle und Emotionen als weiblich während Männer gefühlsmäßig unterentwickelt seien und ihnen das Denken, die Logik und die Vernunft zugeschrieben werden, was, wie die Herausgeberinnen meinen,

eine Behauptung und kein Beweis für diese Behauptung ist. Demgegenüber steht wohl die These, dass Fühlen kein Geschlecht habe. Gibt es eine Kultur der Gefühle? In den Texten von Marie-Luise Angerer, Andreas Holzer, Kordula Knaus, Anna Maria Krassnigg, Monika Meister, Peter Röbbke, Heide Schlüppmann und Claudia Walkensteiner-Preschl werden die Un/Möglichkeiten einer solchen Kultur in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft untersucht. Es wird die Expression und Performativität von Gefühlen in klassischer Musik, Oper und Musikwissenschaft, in feministischer Filmwissenschaft, im Filmmelodrama und dem Theater von Elfriede Jelinek diskutiert. Die Beiträge sind wissenschaftlich-theoretisch – sie erfordern ein konzentriertes Sich-hinein-vertiefen, das aber dann auch belohnt wird mit vielen neuen Erkenntnissen.

Monika Jarosch

seit längerer Zeit am Tapet. Organisationen wie SOS Mitmensch oder die Grünen haben sie erhoben, eine Versuchsreihe zu diesem Thema hat der Österreichische Integrationsfonds in Tirol initiiert. In dem Pilotprojekt des Frauenministeriums soll nun eruiert werden, ob standardisierte Bewerbungsbögen die Chancengleichheit erhöhen. Primär mit dem Ziel, Frauen, älteren Arbeitnehmern und Menschen mit Migrationshin-

tergrund den Zugang zu Jobs zu erleichtern. Wie eine Studie in Deutschland zutage förderte, sind Benachteiligungen beispielsweise alleine aufgrund des Namens keine Seltenheit. Bei gleicher Qualifikation erhielten Bewerber mit türkisch klingenden Namen um 14 Prozent weniger positive Antworten. (dieStandard.at 5.9.2012)



Visser, Anthonya: Körper und Intertextualität. Strategien des kulturellen Gedächtnisses in der Gegenwartsliteratur

Verlag Böhlau Köln 2012, 273 S., ISBN 978-3-412-20815-8, 35,90 Euro



Die Autorin, Professorin für Deutsche Sprache und Literatur an der Universität Leiden, legt eine ausführliche Studie zu Intertextualität und Körper vor. Intertextualität bezeichnet die Beziehung(en), die Texte untereinander haben und traditionell werden darunter erkennbare Verweise auf ältere, ebenfalls literarische Texte gefasst. Ganz allgemein gesagt, werden mit Intertextualität die Formen der Bezugnahme zwischen literarischen Werken untersucht, es

ist eine Beziehung zwischen Texten, da es den Textbegriff erweitert hat und größeren Aufschluss darüber gibt, was einen literarischen Text in seinem Wesen ausmacht, wodurch er zu einer spezifischen künstlerischen Tätigkeit des Menschen wird. Mit dem Poststrukturalismus wurde der Begriff erweitert und ist zur Bezeichnung sämtlicher Relationen zwischen Texten geworden. Intertextualität ist hier eine Grundeigenschaft von Texten.

Es sind Texte der Gegenwartsliteratur, ein Tattoo und ein Film, die die Autorin analysiert und Bezüge darin untersucht. Nach einer ausführlichen Diskussion des intertextualitätstheoretischen Forschungsstandes wendet sie sich den Analysen zu. Gedichte von Barbara Köhler, das Theaterstück „It-haka“ von Botho Strauß mit dem Beispiel Penelope, der Roman „Lisas Liebe“ von Marlene Streeruwitz, ein Tattoo und der Film „Submission“ von Ayaan Hirsi Ali und Theo van Gogh (Musliminnen) werden ana-

lysiert und unter dem Gesichtspunkt der intertextuellen Bezüge als Strategie kultureller Erinnerung untersucht. In diesen künstlerischen Werken gestalten weibliche Protagonisten ihre (fiktiven) Autobiographien, setzen sich damit auseinander und übernehmen dabei intertextuelle Verfahren. Von entscheidender Bedeutung ist zum einen der Körper: Die Autorin zeigt, wie sich fiktiv Autobiographisches im Körper festgesetzt und dort für eingespielte Verhaltens-, Wahrnehmungs- und Reaktionsweisen gesorgt hat. Zum anderen verbindet die eingesetzte Sprache diese individuelle Dimension mit der längeren menschlichen Erfahrung, dem kulturellen Gedächtnis. Das Buch ist nicht leicht zu lesen, für ExpertInnen gedacht, aber auch für allgemein literarisch Interessierte eröffnen sich völlig neue Perspektiven auf die analysierten Texte.

Monika Jarosch



Vajda, Miklos: Mutterbild im amerikanische Rahmen

Braumüller Literaturverlag Wien 2012, 222 S., ISBN 978-3-99200-046-3, 21,90 Euro



Der ungarische Übersetzer und Literaturkritiker Miklós Vajda schrieb mit 78 Jahren seinen ersten Roman – ein Roman über seine die vor 20 Jahren verstorbene Mutter – einen Roman über sich und sein ambivalentes Gefühl für die Mutter. Darin verwoben ist die Geschichte Ungarns, die beider Leben beeinflusste und bestimmte. Es ist das Ungarn der Vorkriegszeit, in der er in großbürgerlichen Verhältnissen aufwuchs. Seine Mutter – „eine der schönsten Frauen der Stadt“ verkehrte mit der gesellschaftlichen Prominenz. Budapests. Aber dann kamen die Pfeilkreuzler, die Nazis, der Krieg, Belagerung

Budapests, der Kommunismus. Der Vater ist Rechtsanwalt und getaufter Jude, er stirbt 1946. Die Mutter erleidet Repressalien, Verhaftungen durch Nazis und durch die nachfolgende kommunistische Diktatur – 1956 kann sie in die USA emigrieren, führt dort ein bescheidenes Leben als Babysitterin und Kuchenbäckerin – der Sohn bleibt zurück. Es ist das Leben einer starken Frau, das da beschrieben wird, einer Frau, die Geduld, Ruhe und kluges Verständnis ausstrahlt, aber für den Sohn gab es „keine unerwarteten Umarmungen, liebevolle Worte, grundlose Küsse“. Dies vermisst er, findet aber in dem Nachspüren ihres Lebens, in den furchtlosen Kämpfen für ihre Familie die Liebe und Zuneigung seiner Mutter, die sich kaum in Worten ausdrückte. Ein Bild der Mutter nach dem anderen blättert der Autor auf, „Meine Mutter im Abendkleid, im bodenlangen, gelben Seidenmorgenmantel, meine Mutter in ihren modischen Kostümen, Hüten, Pelzen..... meine Mutter im Luftschutzkeller in langer Hose, in braunem Lodenmantel und dann, bei der Trümmerbeseitigung, in Schnürstiefeln, meine verwitwete Mutter mit einer be-

reits bescheidenen Eleganz.....hinter ihrer Kaffeemaschine ihres Bistros, meine Mutter in Sträflingskleidung, meine Mutter in ihrem grauen Arbeitskittel im Warenhaus Corvin, dann erneut in Sträflingskleidung..... und wieder in Lodenmantel und Schnürschuhen....1956, für ihre riskante, nächtliche Flucht gekleidet,als sie im Wagon des schäbigen Personenzuges vor meinen Augen verschwindet.“ Das sind alles Bilder seiner Mutter. Er erzählt nicht in zeitlicher oder auch thematischer Reihenfolge, aber dies geschieht so geschickt, dass es die Erzählatmosphäre umso mehr steigert. Beim letzten Besuch trifft der Sohn seine Mutter in einem Altersheim bei Philadelphia, sie ist todkrank, sie wissen um den endgültigen Abschied. „Keiner von uns beiden bricht in Tränen aus, dabei wäre es so viel einfacher. Wir weinen nie. Ich weiß, was sie fühlt. Sie weiß, was ich fühle.“

Es ist ein schönes, sehr gut geschriebenes, eindrucksvolles und auch immer wieder humorvolles Buch.

Monika Jarosch



Arsel, İlhan: Frauen sind eure Äcker

Verlag Alibri Aschaffenburg 2012, 400 S., ISBN 978-3-86569-027-2, 24,70 Euro



Das Buch ist ein hoch politisches Buch, besagt es doch, dass die Gleichberechtigung von Frauen, wie sie in demokratischen Staaten vertreten wird, mit dem Islam und dem islamischen Recht nicht vereinbar ist und damit auch die geltenden islamischen, ethischen Werte nicht mit denen einer aufgeklärten, demokratischen Gesellschaft vereinbar sind. Der Autor ist Jurist und Verfassungsrechtler und war als Anhänger Atatürks 1960 an der Ausarbeitung der türkischen Verfassung beteiligt. Er unterrichtete über 30 Jahre an der juristischen Fakultät in Ankara, gab seine Professur unter Protest auf und lehrte dann an verschiedenen Universitäten in den USA, wo er 2010 verstarb. In mehreren umfassenden Werken setzte er sich kritisch mit der Religion und ihren gesellschaftlichen Auswirkungen auseinander. In den Mittelpunkt seiner Analyse stellte der Verfassungsrechtler das Handeln Mohammeds und die daraus abgeleiteten religiösen Gesetze, die er als Grundlage des heute noch geltenden

islamischen Wertesystems kritisierte. Sein Buch, das in der Türkei unter dem Namen „Die Scharia und die Frau“ erschien, wurde mehrfach verboten, diese Verbote konnten jedoch nicht aufrechterhalten werden, und es erschien in bisher 18 Auflagen. Auch die türkische Religionsbehörde Diyanet bekämpfte es, konnte jedoch ein Verbot nicht erreichen. Angesichts der Tatsache, dass deren deutscher Ableger Ditib vielen PolitikerInnen als bevorzugter Ansprechpartner für Integrationsfragen dient, ist dies ein wichtiger Punkt.

İlhan Arsel zeigt in seinem Buch „Frauen sind eure Äcker“, wie das islamische Wertesystem, aus dem Koran begründet, die Liebe zwischen Mann und Frau vergiftet und respektvolle Familienbeziehungen untergräbt. Wie es auch den Mann beleidigt, denn er wird zum Sklavenhalter seiner Frau gemacht, hilflos seinem sexuellen Trieb ausgeliefert, sobald er ein Frauenhaar erblickt. In zum Teil haarsträubenden und grausamen Details aus dem Koran zeigt Arsel auf, womit die Frauen verachtende Einstellung begründet wird. Auch räumt er auf mit oft gehörten Argumenten wie, der Islam werde nur falsch verstanden oder er habe „damals“ die Lage der Frau verbessert. (Das Gegenteil ist der Fall: In der vorislamischen Zeit gab es mächtige und verehrte Herrscherinnen und weibliche Gelehrte; Frauen besaßen mehr Rechte als im Islam.) All dies steht im Gegensatz zu den humanistischen Werten, denen sich der Autor verschrieben hat. Als ex-

plizit frauenfeindliche und jede Gleichberechtigung verbietende Verse des Korans sieht er die Bestimmungen, die besagen, dass die Männer über die Frauen erhaben sind, dass zwei weibliche Zeugen einem männlichen Zeugen entsprechen und dass der Mann einen Anteil erbt, der dem Anteil von zwei Frauen entspricht. Dies sind seine juristischen Argumente und die juristische Argumentation erscheint eindeutig. Damit vertritt der Autor eine strikte Position der Säkularisierung, der Trennung von Staat und Religion. Dies ist wichtig für die Türkei, die sich hin zu einem modernen demokratischen Staat entwickeln möchte, wo diese Trennung derzeit jedoch nicht durchzusetzen ist. Was die juristischen Argumente für die Integration von Musliminnen in unsere Gesellschaft bedeuten, erscheint ebenso eindeutig: das säkulare Recht wie Ehe- und PartnerInnenrecht, Erbrecht und Prozessrecht muss auch für Migrantinnen unter Berücksichtigung der Religionsfreiheit gelten. Die Konflikte, die sich hieraus ergeben, sind weder auf theoretischer wie praktischer Ebene gelöst. In dem Vorwort zur 16. Auflage seines Buches schrieb er: Sein Ziel war zu zeigen, „dass die Angaben und Aussagen des Islams nicht unfehlbar sind und unbedingt den Filter des Intellekts brauchen. Alle Aussagen des Islams müssen enttabuisiert und öffentlich zur Debatte gestellt werden.“ Es ist ein Buch gegen religiösen Fanatismus getragen von humanistischen Werten und Menschenrechten.

Monika Jarosch



Pilátová, Markéta: Mein Lieblingsbuch

Braumüller Literaturverlag Wien, 2012, 400 S., ISBN 978-3-99200-075-3, 22,90 Euro



Der zweite Roman von Markéta Pilátová erzählt von einem namenlosen Tätowierer in einer fiktiven Stadt Lateinamerikas. Dieser unterhält seine KundInnen mit Erzählungen und Geschichten, die er selbst miterlebt oder erzählt bekommen hat, um sie von den schmerzenden Nadelstichen abzulenken und um sein Überleben als Tätowierer zu sichern. Ein Buch slawischer Märchensammlungen dient ihm dabei als Inspirationsquelle um seine Geschichten auszuschnüffeln. Die Hauptfiguren seiner Geschichten sind Michael Vidal, anerkannter Wissenschaftler und Gründer des Schlangeninstitutes,

Pajita, eine junge Halbindianerin, die mit Schlangen kommunizieren kann, und Haré, eine sprechende Schlange, die im Institut gefangen gehalten wird. Der, der tätowiert, führt die LeserInnen dabei durch das Buch von Geschichte zu Geschichte. Die erzählten Lebensgeschichten beinhalten verschiedene Schicksale, die sich um Themen wie Trauer, Liebe, Leben und Tod drehen. Dabei wird besonders das Leid der Tiere (insbesondere das der Schlangen) aber auch das Leid der Menschen in den Vordergrund gestellt und zur tragenden Thematik des Buches. Die verschiedenen Lebens-, Liebes- und Trauergeschichten verstricken sich im Verlauf des Buches immer mehr, bis sie schlussendlich im letzten Kapitel in einem ineinander verwobenen, überraschenden wie auch spektakulären Ende zusammenfinden. Die Autorin thematisiert in einer unglaublich verstrickten aber dennoch sehr deutlichen Art und Weise die Zusammenhänge der globalisierten Welt: die reiche, wohlhabende und tonangebende erste Welt gegenüber der ausgebeuteten, armen und korruptionsbeladenen dritten Welt. Dabei argumentiert sie beispielsweise über den Sinn und Unsinn ver-

schiedener Hilfsprojekte oder diskutiert das Für und Wider moderner technischer Errungenschaften. Ein weiterer Zusammenhang findet sich in der Aufzeichnung der Gemeinsamkeiten der lateinamerikanischen Gegenwart und dem europäischen Holocaust Mitte des 20. Jahrhunderts. Die Grenzen zwischen den erzählten slawischen Märchen, den Realitätsbeschreibungen und den volkstümlichen Erzählungen sind fließend und führen zu komplexen, aber dennoch kunstvoll ausgebauten Hintergrundbotschaften. Einerseits schwingt die Botschaft gegen die weltweit verübte Gewalt und Grausamkeit an Tieren und Menschen mit, andererseits jene über die Nichtigkeit von finanziellem Reichtum und der Wichtigkeit von Freundschaft, Liebe und gegenseitiger Anerkennung. Pilátová hat, meines Erachtens, die treffende Beschreibung dieses spannenden und lesenswerten Romans schon selbst in ihm eingefügt: „Und so wie das Leben ein Netz mannigfach ineinander verflochtener Zufälle, sich unablässig wiederholender Unsinnigkeiten ist und manchmal nirgendwohin führt, so ist auch diese Geschichte.“

Johanna Kopf

AKTUELL



IN DER SCHWEIZ IST DIE ARBEITSLOSIGKEIT WEIBLICH

Frauen sind in der Schweiz stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer. Mit 4,5 Prozent liegt die durchschnittliche Arbeitslosenquote der Frauen 0,7 Prozentpunkte höher als jene der Männer, wie aus einem Bericht des Bundesamts für Statistik (BFS) hervorgeht. Zwar liegt die Zahl der erwerbslosen Frauen und Männern mit je rund 90.000 etwa gleich hoch. Dennoch ist die Arbeitslosenquote bei Frauen höher, weil die weibliche Erwerbsbevölkerung deutlich kleiner ist als die männliche. Ein Grund für die Differenz ist laut BFS das unterschiedliche Verhalten auf dem Arbeitsmarkt: Frauen legen in ihrem Erwerbsleben häufiger Pausen ein, um familiären Verpflichtungen nachzukommen. Das zeigt sich auch darin, dass lediglich 53 Prozent der Frauen auf Arbeitssuche zuvor erwerbstätig waren. Unter den arbeitslosen Männern sind 70 Prozent vorher einer Arbeit nachgegangen, die anderen waren mehrheitlich in Ausbildung. Unterschiede zeigt die Statistik auch bei der Dauer der Stellensuche: Frauen brauchen 245 Tage, bis sie eine Stelle finden, Männer hingegen nur 226 (Medianwerte). Nicht überall in Europa ist die Arbeitslosigkeit bei Frauen höher als bei Männern. In 15 von 30 Staaten der EU und EFTA – unter ihnen sämtliche skandinavischen Staaten, aber beispielsweise auch Deutschland – sind die Männer sogar häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen. In elf Staaten – vor allem im Süden Europas – ist die Arbeitslosigkeit bei den Frauen höher. In den anderen Ländern ist das Verhältnis ausgeglichen. Das BFS misst die Arbeitslosenquote nach ILO-Definition. Danach gilt als arbeitslos, wer in den vier Wochen vor der Erhebung aktiv nach Arbeit gesucht hat und für eine Tätigkeit verfügbar ist. (dieStandard.at 10.8.2012)

DISKREPANZ ZWISCHEN WUNSCH UND REALITÄT

In einer Umfrage des Linzer Marktforschungsinstituts „Spectra“ wurden die ÖsterreicherInnen nach 2005 zum zweiten Mal zu Ge-

schlechterrollen befragt. In persönlichen Interviews wurden 1.000 repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 15 Jahren ausgewählte Personen befragt. Es zeigt sich, dass sich traditionelle Rollenbilder im Vergleich zu 2005 verfestigt haben. Für Aufsehen sorgt das Ergebnis, dass immer mehr Frauen Gefallen an klassischen Rollenbildern finden. So meint etwa die Hälfte der Befragten, dass Haushalt und Kinder Frauensache sind und sich Männer um das Geldverdienen kümmern sollen. Der höchste Prozentsatz, nämlich 81 Prozent, ist sich darüber einig, dass ein Beruf für Frauen das beste Mittel ist, um unabhängig zu sein. Aussagen wie „Frauen sollten sich um Haushalt und Kinder kümmern“, „der Beruf der Hausfrau ist erfüllend“ oder „Männer sind für das Einkommen zuständig“ stimmen knapp über 50 Prozent der Befragten zu. Fast ein genauso großer Teil der Befragten lehnen diese Behauptungen ab. Dass es Männer im Berufsleben leichter haben als Frauen denken 78 Prozent der Befragten. In den vergangenen sieben Jahren deutlich gestiegen – von 39 auf 50 Prozent – ist die Zustimmung zu der Aussage, dass das männliche Geschlecht beim logischen Denken und in der Technik begabter und daher manche Jobs für das weibliche nicht ausübbar sind. 86 Prozent sind der Meinung, dass sich Väter genauso um die Kindererziehung kümmern sollten wie Mütter. 71 Prozent der weiblichen und 49 Prozent der männlichen Befragten finden, dass Männer dabei nur den angenehmen Teil übernehmen. 73 Prozent der ÖsterreicherInnen sind der Meinung, dass berufstätige Frauen genauso ein herzliches Verhältnis zu ihren Sprösslingen haben wie Frauen, die nach der Geburt ihres Kindes zuhause bleiben. 70 Prozent stimmten der Aussage zu, dass ein Kleinkind wahrscheinlich darunter leidet, wenn beide Elternteile berufstätig sind. Nach Ansicht von 69 Prozent gehören Kochen und Saubermachen nicht nur in Frauenhände. Befragt nach den eigenen Tätigkeiten im Haushalt entsprechen die Antworten den klassischen Rollenbildern: Frauen sind u.a. für alltäg-

liche Hausarbeiten, Kochen, Wohnraumgestaltung, Lebensmittel- und Kleidungskauf sowie für die Betreuung der Kinder hauptverantwortlich. Dieses Ergebnis widerspricht sich nicht mit der überwiegenden Ansicht, dass Hausarbeit auch Männersache sei (siehe oben). Als Männerdomäne gelten Reparaturen im Haus, der Autokauf, Versicherungsabschlüsse und die Finanzen.

Im Bericht des Marktforschungsinstituts heißt es: „Die Ergebnisse indizieren, dass die tradierten Rollenbilder und die ‚gelernten‘ geschlechtsspezifischen Zuweisungen noch fest in den Köpfen der Menschen verankert sind“. Gleichzeitig sei das Selbstbewusstsein der Frauen gestiegen. Insbesondere jüngere Frauen wollen sowohl privat als auch beruflich erfolgreich sein, schreiben die Studien-AutorInnen. Von den Männern werde erwartet, dass sie ihren Teil dazu beitragen, etwa durch mehr Partizipation im Haushalt und in der Kindererziehung. (dieStandard.at 10.8.2012)

SHULAMITH FIRESTONE IST TOT

Shulamith Firestone, Autorin von „The Dialectic of Sex“ und Mitgründerin mehrerer radikalfeministischer Gruppen, ist im Alter von 67 Jahren gestorben. Firestone stand in einer Reihe mit wichtigen US-amerikanischen Feministinnen wie Betty Friedan und Kate Millet. Firestone studierte an der Washington University in St. Louis, danach absolvierte sie ein Studium am Art Institute of Chicago (1967). Zu dieser Zeit war sie bereits an der Gründung einer feministischen Gruppe beteiligt, der „Westside Group“. Nach ihrem Umzug nach New York engagierte sie sich weiter für Frauenrechte und gründete mit anderen weitere feministische Organisationen, die sich als Alternativen zu etablierten Gruppen wie der unter anderem von Betty Friedan gegründeten National Organization for Women (NOW) verstanden: die „New York Radical Women“, die „Redstockings“ und die „New York Radical Feminists“. Ihr vielbeachtetes Buch „The Dialectic of Sex“ („Frauenbefreiung und sexu-

elle Revolution“) erschien 1970. Darin analysiert sie, unter anderem auf Basis des Marxismus, die Gründe für die Unterdrückung von Frauen. Ziel müsse sein, dass nicht nur die Privilegien bestimmter Klassen abgeschafft werden, sondern dass die Klassenunterschiede an sich verschwinden. Das müsse auch für die Privilegien von Männern gelten: Nicht nur diese müssten bekämpft werden, sondern die Unterschiede zwischen den Geschlechtern an sich. Neben Marx fand Firestone bei Sigmund Freud und Simone de Beauvoir weitere theoretische Bezüge. Für Firestone lag ein wesentlicher Grund für die Unterdrückung von Frauen in der Möglichkeit, Kinder zu gebären. Daher hatte sie die Vision einer Gesellschaft, in der Reproduktion vom Geschlecht völlig getrennt ist. Diese Trennung könnte laut Firestone durch eine gänzlich künstlich gestaltete Fortpflanzung möglich werden, zum Beispiel durch eine Schwangerschaft, die außerhalb des weiblichen Körpers in einer künstlichen Gebärmutter stattfindet. Die vielen Reaktionen, die ihr Buch – positiv wie negativ – auf sich zog, waren für Firestone nur schwer zu ertragen. In den Jahren nach der Aufregung über ihr Buch führte sie ein zurückgezogenes Leben. Sie widmete sich ihrer Leidenschaft, dem Malen, und publizierte hin und wieder Texte. Shulamith Firestone wurde 67 Jahre alt. (dieStandard.at 31.8.2012)

„FRAUEN HABEN DIE NASE VOLL“

Geringes Einkommen, keine Aufstiegsmöglichkeiten, Teilzeit, Diskriminierung: Frauen fühlen sich in der Arbeitswelt nicht wert geschätzt. 42 Prozent der Arbeitnehmerinnen fühlen sich beim Einkommen „gelegentlich“ bis „sehr häufig“ als benachteiligt. Fast ein Drittel hat Diskriminierung oder Belästigung im Arbeitsumfeld erlebt. „Es muss endlich Schluss damit sein, dass Frauen am Arbeitsmarkt so sehr benachteiligt werden. Jahr für Jahr haben wir die gleichen Zahlen. Die Frauen haben die Nase voll davon“, so

AKTUELL



die Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) bei der Präsentation des Arbeitsklima-Index. Im Arbeitsklima-Index werden beide Geschlechter nach (Un-)Zufriedenheiten abgefragt: Insgesamt variiert die Einkommenszufriedenheit stark nach Branchen. Im Geld- und Versicherungssektor sind 80 Prozent aller ArbeitnehmerInnen mit ihrem Entgelt zufrieden, in der Eisen-, Metall-, Elektro-Branche nur mehr 67, im Handel 56 und lediglich 49 Prozent aller Arbeitenden im Bauwesen sind mit ihrem Einkommen zufrieden. Vor allem Alleinerzieherinnen stehen neben dem Geld- auch vor dem Betreuungsproblem. Für die Frauenministerin eine Bestätigung, dass sie an den richtigen Themen ansetze: „Die Vereinbarkeitsfrage ist eine von Frauen und Männern. Frauen haben das Recht auf Kinderbetreuung und Kinder auf Bildung ab dem ersten Lebensjahr“. Von den 5,4 Milliarden Euro, die jährlich vom Bund für Familien bereitgestellt werden, sollen künftig mehr in Sachleistungen fließen, so der Plan der Sozialdemokratin. Heinisch-Hosek will den Papa-Monat in der Privatwirtschaft noch in dieser Legislaturperiode umsetzen und wünscht sich „mehr Windel wechselnde Papas und besser bezahlte Mamas“.

Weiter sieht sich rund ein Drittel der arbeitenden Frauen bei Beförderungen übergangen, 27 Prozent bei der Jobvergabe nach einer Bewerbung und 26 Prozent bei der Übertragung von Verantwortung in der Arbeit. Fast ein Viertel der Frauen sind der Meinung, dass ihre Arbeit zu wenig geschätzt wird. Generell herrsche eine hohe Unzufriedenheit: 70 Prozent der Frauen im Handel sagen, sie kommen mit ihrem Einkommen nicht aus und haben Angst vor den Auswirkungen auf ihre Pension.

Der Arbeitsklima-Index wird seit 15 Jahren erhoben. Jährlich werden dafür rund 4.000 Interviews mit ArbeitnehmerInnen geführt. Im Jahr 2012 legte die Arbeiterkammer Oberösterreich in Kooperation mit Sora und Ifes den Schwerpunkt auf Frauen in der Arbeitswelt. (dieStandard.at 7.9.2012)

DIE CHEFIN BLEIBT EINE „RANDERSCHENUNG“

Frauen schaffen inzwischen häufiger den Sprung in die Chefetagen der deutschen Privatwirtschaft, müssen sich dort aber immer noch mit deutlich weniger Gehalt als ihre männlichen Kollegen zufrieden geben. Zu diesen Ergebnissen kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in einer Studie. Weibliche Führungskräfte verdienen demnach 21 Prozent weniger. 2001 betrug die Verdienstlücke sogar 30 Prozent. Frauen kommen zudem weit weniger in den Genuss von Sonderleistungen wie Dienstwagen, Handy oder privat nutzbare Computer. Der Frauen-Anteil in den Führungsetagen erhöhte sich zwischen 2001 und 2010 von 22 auf 30 Prozent. Allerdings haben in den großen Unternehmen fast ausschließlich Männer das Sagen. „In den Vorständen der 200 größten Unternehmen waren Frauen Ende 2011 mit einem Anteil von drei Prozent nur eine Randerscheinung“, schrieb das DIW. Insgesamt waren 2010 knapp vier Millionen angestellte Führungskräfte in der Privatwirtschaft beschäftigt. Männer haben im Schnitt 33, Frauen nur 20 MitarbeiterInnen unter sich. Bei der Ausbildung sind hingegen kaum Unterschiede festzustellen: 64 Prozent der Frauen und 66 Prozent der Männer verfügen über einen Hochschulabschluss. Frauen haben zwar weniger Berufserfahrung – das aber vor allem deshalb, weil sie jünger in Führungspositionen aufrücken. EU-Justizkommissarin Viviane Reding drängt indes weiter auf eine Frauenquote von 40 Prozent in den Aufsichtsräten börsennotierter Konzerne. (dieStandard.at 3.9.2012)

BÜCHERTISCH ZUM THEMA IN DER AEP-FRAUENBIBLIOTHEK

WHO CARES? BETREUUNG UND PFLEGE IN ÖSTERREICH –
EINE GESCHLECHTERKRITISCHE PERSPEKTIVE

Appelt, Erna, Heidegger, Maria, Preglau, Max , Wolf, Maria (Hg.)

WAS REICHTÜMER VERMÖGEN

Armutskonferenz, ATTAC, BEIGEWUM (Beirat für gesellschafts-,
wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen)

ZWISCHEN KONKURRENZ UND KOOPERATION

ATTAC Österreich

ARBEIT UND GESCHLECHT IM UMBRUCH DER MODERNEN GESELLSCHAFT

Aulenbacher, Brigitte, Funder, Maria, Jacobsen, Heike (Hg.)

ARBEIT

Aulenbacher, Brigitte, Wetterer, Angelika (Hg.)

HAUPTSACHE ARBEIT? FEMINISTISCHE PERSPEKTIVEN AUF DEN
WANDEL DER ARBEIT

Baatz, Dagmar, Rudolph, Clarissa (Hg.)

MYTHOS NULLDEFIZIT

BEIGEWUM

GRUNDEINKOMMEN – IN FREIHEIT TÄTIG SEIN

Beiträge des ersten deutschsprachigen
Grundeinkommenskongresses

FRAUEN – MACHT – GELD

Dackweiler, Regina-Maria

INDETERMINATE! KOMMUNISMUS. TEXTE ZU ÖKONOMIE, POLITIK
UND KULTUR

DemoPunk

WIRTSCHAFT ANDERS DENKEN – VEREIN ROBINSON

Dullnig, Ursula, Golda, Hannah, Gubitzer, Luise (Hg.)

QUEER- I FEMINISTISCHE KRITIKEN NEOLIBERALER VERHÄLTNISSE

Groß, Melanie, Winkler, Gabriele (Hg.)

KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE

Heinrich, Michael

GLOBALISIERTE HAUSARBEIT

Hess, Sabine

SOZIALSTAAT, NEOLIBERALES WIRTSCHAFTEN UND
DIE EXISTENZSICHERUNG VON FRAUEN

Hieden-Sommer, Helga

FRAUENARBEIT MÄNNERARBEIT

Krais, Beate, Maruani, Margaret (Hg.)

GENUS OECONOMICUM. ÖKONOMIE – MACHT –
GESCHLECHTERVERHÄLTNISSE

Lemke, Meike, Ruhe, Cornelia (Hg.)

GESCHLECHT – ARBEIT – ZUKUNFT

Lenz, Ilse, Nickel, Hildegard (Hg.)

DIE GROSSE ENTWERTUNG

Lohoff, Ernst, Trenkle, Norbert (Hg.)

VOM WELTMARKT IN DEN PRIVATHAUSHALT

Lutz, Helma

MIA MESSER. ROMAN

Medusa, Mieke

FREISCHNORCHELN. ROMAN

Medusa, Mieke

GESCHLECHTERVERHÄLTNISSE IN DER ÖKONOMIE

Niechoj, Torsten, Tullney, Marco (Hg.)

THEORIEN ALTERNATIVEN WIRTSCHAFTENS

Notz, Gisela

ARBEITSMARKTPOLITIK IM AUFBRUCH

Stelzer-Orthofer, Christine (Hg.)

GENDER MACHT POLITIK. 10 FRAGEN UND ANTWORTEN ZUM KONZEPT
GENDER MAINSTREAMING

Stiegler, Barbara

MÄRKTE BRAUCHEN REGELN

Wall-Strasser, Sepp, Bauer, Lucia (Hg.)

DAS IMPERIUM DER SCHANDE

Ziegler, Jean

P.b.b.

Verlagspostamt 6020 Innsbruck

aep
informationen

Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft
Müllerstraße 26, 6020 Innsbruck
office@aep.at, bibliothek@aep.at
informationen@aep.at
familienberatung@aep.at
Tel. 0512/583698, Fax 0512/583698
www.aep.at

Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft

Unterstützen Sie den aep und werden Sie Mitglied in einem der ältesten Frauenvereine Österreichs.

Für 25 Euro pro Jahr sind Sie ordentliches Mitglied des **aep** und können unser umfassendes Angebot nutzen: Seit 1974 betreibt der **aep** eine **Frauen- und Familienberatung** und gibt die **Zeitschrift aep informationen**, feministische zeitschrift für politik und gesellschaft“ heraus, die Sie mit einer Mitgliedschaft gratis beziehen (4x im Jahr).

Sie erhalten in Abständen einen **Newsletter**, der Sie über feministische Neuigkeiten und Veranstaltungen informiert, und Sie können das **Angebot feministischer Bildungsveranstaltungen** im **aep** nutzen.

Überdies betreiben wir seit 1979 eine **Bibliothek**, in der Sie als Mitglied kostenlos Bücher aus dem umfassenden Bestand an Belletristik, Frauen und Politik, Feministische Wissenschaft, Beruf und Familie, Biographien etc. ausleihen können.

Die **aep informationen** – feministische zeitschrift für politik und gesellschaft gibt es in folgenden Buchhandlungen:

Buchhandlung Alex, Hauptplatz 21, A-4020 Linz · Fachbuchhandlung ÖGB, Rathausstraße 21, A-1010 Wien,

Buchhandlung ChickLit Verein zur Förderung feministischer Projekte Kleeblattgasse 7 1010 Wien,

Liber Wiederin, Erlenstraße 6, A-6020 Innsbruck · Tyrolia Buchhandlung, Maria-Theresienstr. 15, A-6020 Innsbruck

Wagner!sche Universitätsbuchhandlung, Museumstr. 4, A-6020 Innsbruck

AEP FAMILIENBERATUNG INNSBRUCK

WIR BERATEN SIE: in allen sozialen und rechtlichen Fragen des Mutterschutzes, in Fragen der Familienplanung, Empfängnisverhütung und Kinderwunsch, bei Schwangerschaftskonflikten und ungewollten Schwangerschaften, bei Partnerschaftskonflikten und Sexualproblemen.

PSYCHOLOGISCHE BERATUNG UND PAARBERATUNG: Drei Psychologinnen helfen Ihnen, Ehekrisen und Partnerschaftskonflikte anzugehen und zu bearbeiten; ebenso allgemeine Lebenskrisen, Neuorientierung nach einem einschneidenden Erlebnis oder Ablösungsprozesse kreativ zu bewältigen.

RECHTSBERATUNG: Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, unverbindlich und kostenlos mit einer Juristin über Ihre rechtlichen Angelegenheiten wie Scheidung, Unterhaltsfragen, Rechte der Frau in der Ehe, Sorgerecht für die Kinder, Besuchsregelung usw. zu sprechen.

DAS BERATUNGSTEAM: • eine Sozialarbeiterin • drei Psychologinnen • eine Juristin • eine Gynäkologin

BERATUNGSZEITEN: Mo 16.00–19.00 Uhr, Di 17.00–19.00 Uhr, Do und Fr 9.00–12.00 Uhr Telefon: 0512/57 37 98 – Fax: 0512/57 37 98

ÖFFENTLICHE FRAUENBIBLIOTHEK AEP

Feministische Literatur, Bücher zu Partnerschaft, Berufswelt, Erziehung, Geschlechterverhältnisse, Belletristik, etc.

ÖFFNUNGSZEITEN: Mo 16.30–19.30 Uhr, Do 16.30–19.30 Uhr und Fr 10.00–13.00 Uhr, Telefon: 0512/58 36 98 – Fax: 0512/58 36 98

Ich möchte mitarbeiten und ersuche um nähere Auskünfte

Ich bestelle die AEP-Informationen
(jährlich € 20,00 / Ausland € 23,00)

Ich möchte dem AEP beitreten:

als ordentliches Mitglied (€ 25,00 / Jahr)

als unterstützendes Mitglied (Beitragshöhe freigestellt)

Konto: Tiroler Sparkasse 0200-101061 BLZ 20503

IBAN: AT 592050300200101061, BIC: SPIHAT22HF

An: AEP Müllerstraße 26 6020 Innsbruck

Name:

Adresse:

Telefon:

Datum: Unterschrift: